Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. Juli 1977
Jg. 5 Nr. 28

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Carter und Schmidt verhandeln über die imperialistische Kriegsbeute

Für diese Woche sind der westdeutsche Bundeskanzler und sein Außenminister ins Weiße Haus nach Washington bestellt. Es geht – wie immer, wenn sich Imperialisten treffen – um Raub und Verteilung der Beute. US-Finanzminister Blumenthal hat letzten Freitag im „Handelsblatt" „praktische Zusammenarbeit" angeboten: „Ich denke außer Portugal auch an Spanien, die Türkei und andere Länder." Die BRD-Imperialisten haben die Schwächung der USA-Supermacht in den letzten Jahren genutzt, um ihren Beuteteil an der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Völker rund um die Welt und besonders in Westeuropa zu erhöhen. Seit Carter die Regierungsgeschäfte übernommen hat, verschärfen die US-Finanzbourgeois ihren Druck auf die westdeutschen Imperialisten und verlangen, daß diese ihnen nicht länger Weltmarktanteile abjagen. Als Begründung muß herhalten, daß Westdeutschland einen Außenhandelsüberschuß hat, während die USA aufgrund ihrer Öleinfuhr ein riesiges Defizit haben. Die USA-Finanzbourgeois verlangen von ihren Konkurrenten im Bündnis Gebühren für den Schutz der Supermacht für die Räuber. Schmidt seinerseits rechnet sich für die westdeutschen Imperialisten den größten Profit aus, wenn sie sich auf die US-Supermacht stützen. Die Gier nach Höchstprofit ist die einzige Klammer für das gegenwärtige Bündnis.

Sozialimperialisten sichern ihr Energiemonopol im RGW

Eine Tagung des RGW im Juni hat sich mit Energiefragen befaßt. Ziel ist die „Schaffung eines einheitlichen Energiesystems durch Zusammenlegung der Verbundnetze der europäischen sozialistischen Länder mit dem einheitlichen Energiesystem der UdSSR". Kürzer könnte man das ausdrücken durch: Herstellung des absoluten Monopols der Sozialimperialisten auf dem Energiemarkt der RGW-Länder. Westliche Zeitungen hören schon das Gras wachsen: „Das Gespenst der Energiekrise geht nun auch im Ostblock um." (Süddeutsche Zeitung, 5.7.77) „Energiekrise" heißt hier wie in den westlichen kapitalistischen Ländern nicht tatsächliche Verknappung der Energieressourcen, sondern: Krise der imperialistischen Extraprofite. Die Bourgeoisjournalisten sehen voraus, was die nächste Folge der Errichtung eines absoluten Monopols der Sozialimperialisten durch den „Energieverbund" sein wird: saftige weitere Preiserhöhungen unter Hinweis auf die Knappheit der Vorkommen. Schon heute lassen sich die Sozialimperialisten mit diesem Argument von ihren „Verbündeten" gigantische Verarbeitungs- und Pipeline-Anlagen bauen.

Auf derselben Linie liegt der Beschluß der RGW-Tagung, den Bau von Kernkraftwerken „energisch voranzutreiben". Auch hier beherrschen die Sozialimperialisten zu 100 % den RGW-Markt und können absolute Monopolprofite erzielen.

US-Marine-Stützpunkt auf Bahrain jetzt „zivil"

Die Militärs der US-Imperialisten ziehen ihre Uniformen aus: Am 30. Juni lief das Stützpunktabkommen zwischen Bahrain und den USA aus. Noch im Juni schrieb eine große amerikanische Zeitung: „Je mehr die Weltwirtschaft von ihrem Öl abhängt, desto offensichtlicher wird, daß – um es vorsichtig zu formulieren – die Vereinigten Staaten die Stabilität in der Golfregion garantieren müssen." Für diesen Expansionsplan der US-Imperialisten bildet der Inselstaat im persisch-arabischen Golf ein wichtiges Kettenglied zwischen der 6. US-Flotte im Mittelmeer und der 7. Flotte im Indischen Ozean. 50 Kriegsschiffe haben die beiden Supermächte im Ringen um die Vormachtstellung im Indischen Ozean derzeit aufgeboten.

Kann man da glauben, die US-Imperialisten würden sich von Bahrain „im gegenseitigen Einvernehmen" die Stützpunktrechte aufkündigen lassen? Das „Einvernehmen" besteht darin, daß

– die Marineschule der US-Imperialisten bestehen bleibt,

– weiterhin US-Kriegsschiffe jederzeit Bahrain anlaufen können, um Wasser, Treibstoff oder Vorräte an Bord zu nehmen,

– sämtliche mehrere tausend US-Soldaten plus Familien als „Zivilisten" weiterhin Bahrain bevölkern dürfen.

Die US-Imperialisten sind verhaßt. Mit Erpressung haben sie sich als „Zivilisten" verkleidet ihre Ansprüche auf Bahrain erhalten können. Es wird sie nichts nützen. Die Völker lassen sich nicht täuschen. Erst jüngst haben sie auf der afro-asiatischen Gipfelkonferenz ihren Zusammenschluß im Kampf für die Unabhängigkeit vom Imperialismus bekräftigt.

Schwere Lohnkämpfe stehen bevor:

„Neues Lohnkonzept" der Kapitalisten – so alt wie der Kapitalismus

Für die meisten Arbeiter und Angestellten sind die diesjährigen tariflichen Lohnerhöhungen bereits weg.

Niedrig genug waren sie. Oft sind Arbeiter und Angestellte, wenn sie ihren Reallohn einigermaßen halten wollen, gezwungen, sich immer mörderischeren Ausbeutungsbedingungen zu unterwerfen. Mancher bewirbt sich „freiwillig" zur Nachtschicht, gerade vor der Urlaubszeit und vor den Werksferien. Das Urlaubsgeld soll so aufgebessert werden. Der damit verbundene Verschleiß der Arbeitskraft kann nicht wieder gut gemacht werden.

Das bißchen zusätzliche Geld geht meist drauf mit gestiegenen Kosten, die durch die verschärfte Ausbeutung für die Arbeiter zustandekommen. Über Verkürzung der Arbeitszeit können die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker leicht und gerne debattieren, wenn die Löhne so niedrig sind, daß ein wachsender Teil der Arbeiter aus Geldmangel zu Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit gezwungen ist.

Wenn die geltenden Tarife halten, dann können die Arbeiter und Angestellten ihr Lebensniveau – meist elend genug – immer weniger halten. Ein Kampf für Lohnerhöhung kann die Verelendung nur bremsen. Die Verschärfung der Ausbeutung geht weiter, und die Ausplünderung durch den Staat, durch Steuern und Versicherungskosten ist mit Lohnerhöhungen schon gar nicht mehr auszugleichen. Die Teuerungsrate hat jetzt durchschnittlich wieder 4 % erreicht. Wen es am meisten trifft, kann man daran sehen, daß die Teuerung bei den Lebensmitteln besonders groß ist. Je ärmer einer ist, um so größer ist der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an seinen Gesamtausgaben. Nach und nach wird die Masse der Lohnabhängigen auf das physische Existenzminimum gedrückt. All das gilt schon für Arbeiter und Angestellte, die Arbeit haben. Fast eine Million haben keine Arbeit. Je schwieriger es wird, eine Arbeit zu finden, um so frecher werden die Beschimpfungen der Arbeitslosen

(Fortsetzung Seite 2)





Niemals wird das palästinensische Volk den bewaffneten Kampf für die Befreiung Palästinas aufgeben, seine gerechte Sache wird siegen, die imperialistische Bastion wird vernichtet werden, das wissen selbst die Kinder in den zerstörten Lagern im Libanon, die Jugendlichen trainieren für die nächsten Schlachten. (Artikel Seite 13)

Unerträgliche Lage der Landjugend – der Zusammenschluß wird organisiert

Seit einigen Wochen sind in verschiedenen Bundesländern Ferien, andere Bundesländer folgen. Für die Jugend auf dem Land heißt dies: In der Landwirtschaft anpacken und die Bauern bei der Arbeit unterstützen. Dies wird geregelt durch das Elternhaus, über die Verwandschaft oder aber durch nachbarschaftliche Unterstützung, die gerade in den Sommermonaten wichtige Vorraussetzung vor allem für die kleinen Bauern ist, ihre Arbeit zu schaffen. Urlaub gibt es für die Jugendlichen auf dem Lande nicht.

Deshalb ist für einen Banklehrling bei Bokel (Schleswig-Holstein) der Arbeitstag nicht automatisch bei Dienstschluß zu Ende, sondern 30 Kühe müssen gemolken werden, und die Schweine müssen im elterlichen Bauernhof gefüttert werden. Solche Fälle gibt es viele.

Die Landjugend wird immer mehr in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingesaugt. Nur wenige wollen den elterlichen Bauernhof übernehmen, weil die Bauern immer mehr ruiniert werden. Vielen geht es an ihre Existenz.

„Da gehen wir lieber in die Fabrik", wobei diejenigen, die die Unterdrükkung und Ruinierung der Bauern organisieren, auch hier die Arbeiter unterdrücken. Daran wird aber deutlich, wie schlecht es den einfachen Bauern geht, daß sie diesen Schritt machen müssen.

In Lemke bei Uelzen hat es nach Kriegsende 26 landwirtschaftliche Betriebe gegeben. Heute sind es mittlerweile nur noch elf und drei Nebenerwerbsbetriebe. Von diesen elf Bauernhöfen will nur noch ein Sohn den Hof später übernehmen.

Die Unterdrückung der Landjugend fängt bereits beim Besuch der Grundschule an. Oft müssen sie bis zu 20 km fahren, um zu ihrer Schule zu kommen. Bei der Gebietsreform sind die Schulen auf dem Dorf abgeschafft worden und ist die Schulgewalt zentralisiert worden. Die einfachen Dorfschulen wurden geschlossen und Dorfgemeinschaftsschulen vergrößert, oder die Kinder werden in die nächste größere Stadt geschickt.

In Borsfleth (Holstein) gab es früher eine Dorfschule mit 100 Jugendlichen, heute müssen die Jugendlichen in die nächstgrößere Stadt, nach Glücksstadt. Die Hin- und Rückfahrt dauert manchmal länger als der ganze Unterricht in der Schule. Oft kommen die Jugendlichen auch erst um 18.00 Uhr wieder nach Hause. Dies macht die Schikane der „Mittelpunktschulen", wie sie auch genannt werden, deutlich.

Dies hat der bürgerliche Staat auch nur gegen den Widerstand der Bevölkerung auf dem Land durchsetzen können. Verschiedene Kämpfe haben darum stattgefunden. Alleine im Kreis Verden (Niedersachsen) haben im letzten Jahr an einer Schule 300 Eltern die Einführung der Mittelpunktschule boykottiert und in der alten Schule den Unterricht fortgesetzt.

Die Jugendlichen auf dem Lande sollen mehr als einfache Produktionsarbeiter eingesetzt werden, das ist die Absicht des bürgerlichen Staates. Deshalb organisiert die Bourgeoisie diese Schikanen, die sie gleichzeitig erhebliche Gelder sparen läßt.

„In den Umlandgemeinden liegt der Anteil der Volksschulabsolventen am höchsten" (aus Entwicklungsplan Itzehoe und Umland). Vergleicht man damit den niedersächsischen Schulentwicklungsplan nach einem städtischen und ländlichen Bezirk, so macht man folgende Feststellung:

In Hannover waren 17 % aller Schüler Gymnasiasten, im Bezirk Aurich waren das nur 9 % der gesamten Schüler. Im ländlichen Bezirk gibt es wiederum zwischen den kleinen Städten und dem Land noch Unterschiede.

Zum Notendruck gegen die Schüler kommt jetzt noch eine festgelegte Marke der Unterdrückung ganzer ländlicher Regionen. Denn nach dem Gauß'schen Verfahren will die Schulbürokratie ja immer einen bestimmten Prozentsatz guter, mittlerer und schlechter Schüler haben.

Daß im Bezirk Aurich der Anteil der Hauptschüler höher ist als im Bezirk Hannover, muß von langer Hand vorbereitet sein. Der Notenterror in den Schulen muß besonders hoch gewesen sein.

Eine lange Schulzeit können sich die Familien auf dem Lande nicht leisten, weil der ökonomische Druck zu groß ist.

Die Kapitalisten rekrutieren aus der Landjugend billige Arbeitskräfte für ihren Produktionsprozeß. Und daß die Landjugend arbeiten kann, das weiß die Bourgeoisie.

Eine Lehrstelle bekommen die Jugendlichen am Ort nicht. Ziemlich viele gehen zur Polizei und zum Bundesgrenzschutz, weil sie keine Lehrstelle bekommen.

Zumeist müssen die Jugendlichen um die 50 km fahren, um einem Kapitalisten dort ihre Arbeitskraft anzubieten, der sie dann auch nimmt. Die hohe Arbeitslosigkeit hebt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Die Kapitalisten schätzen die Arbeitskräfte vom Lande. Sie sind das Arbeiten gewohnt, vor allem auch schwere und harte Arbeit. Die Jugendlichen vom Land sind zumeist robuster und gesünder gebaut als die Arbeitskräfte aus der Stadt. Die lange Anfahrt ist für die Kapitalisten die einzige Unsicherheit, daß die Arbeit pünktlich aufgenommen werden kann, besonders im Winter. So denken die Kapitalisten, wenn sie die Arbeiter bei der Einstellung überprüfen nach dem Nutzen, der für sie wichtig ist.

Der bürgerliche Staat hat durch den Notenterror an den Schulen die Grundlage geschaffen, die Landjugend für die einfachsten Arbeitsprozesse anzustellen. Nicht ohne Grund siedeln verschiedene Fabriken auf dem Land an. Um billige Arbeitskräfte anzukaufen und nebenbei noch eine Förderung der Regierung für die Neuansiedlung der Fabrik „feierlich entgegenzunehmen".

Die Kapitalisten wissen, daß die Ausbeutung und Unterdrückung der Bauern zu Widersprüchen führt, vor allem unter der Jugend. Dies können sie bei der Landjugend sehen. Der Bundesvorstand der Landjugend im Bauernverband steht zum Vorstand des Bauernverbandes Heremann in einem gespannten Verhältnis. Der Beschluß der Landjugend gegen Kernkraftwerke macht dies deutlich. Daß aber noch Illusionen über den bürgerlichen Staat existieren, wird an der Forderung nach Alternativ-Energie deutlich.

Die Bourgeoisie will über „ketzerische Pastoren" den Einfluß über die Landjugend nicht verlieren. Die Junge Union verstärkt ihre Arbeit bei der Landjugend ebenfalls. Die Widersprüche verschärfen sich, die bürgerlichen Kräfte wollen glattbügeln.

Innerhalb der Landjugend ist gerade in den letzten Monaten der Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat größer geworden.

Der Kampf der Landjugend gegen die Kernkraftwerke hat eine soziale Grundlage, denn der Bau der Kernkraftwerke zerstört den Bauern ihre Existenz.

Der Kampf um die Rechte der Arbeiter und Bauern wächst in der Landjugend, damit wächst auch das Interesse an der Revolution. In der Landjugend wissen viele Jugendliche, daß die Kapitalisten die Produktionsmittel besitzen und die Produktionsmittel in Händen der Kapitalisten zu Werkzeugen der Ausbeutung werden.

Am Kampf gegen die Kernkraftwerke und gegen das Energieprogramm der Bundesregierung zeigt sich: Wird eine richtige Politik der Aktionseinheit gemacht, unterstützen in der Landjugend viele den Kampf gegen die Kapitalisten.

Die Bourgeoisie will die landwirtschaftliche Produktion in den Händen weniger Großbauern konzentrieren, deshalb müssen die Bauern und die Landjugend unterdrückt werden. In der Landjugend gibt es einen Zusammenschluß dagegen, der sich positiv entwickeln kann, wenn sich die Landjugend revolutionär organisiert.

Die Fessel des „Sozialpakts“ wird gesprengt

Postarbeitersolidarität mit Grunwick-Arbeitern / Bergarbeiter und Transportarbeiter lehnen „Sozialpakt“ ab

Die britischen Arbeiter erringen im selbständigen Kampf einen Durchbruch und zerschlagen zunehmend die durch den „Sozialpakt“ organisierte Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der Regierung des britischen Monopolkapitals.

Die Verlängerung des „Sozialpakts“, dessen Zweck die Senkung des Reallohns der Arbeiter ist, um die Profite der britischen Imperialisten zu steigern und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, wurde am 5. Juli von den Delegierten der Bergarbeiter und am 7. Juli von der Transportarbeitergewerkschaft, die über 1,9 Millionen Mitglieder hat, zurückgewiesen.

Die Bergarbeiter schmetterten auch den Versuch der Labour-Gewerkschaftsführung und -regierung ab, sie über einen „Produktivitätsplan“ vor den Karren der britischen Monopolkapitalisten zu spannen. Indem Lohnerhöhungen an die Produktivitätssteigerung der einzelnen Betriebe gebunden werden sollten, sollten die Arbeiter nach Betrieben aufgespalten und außerdem Lohnerhöhungen von einer weiterer Verschärfung der Ausbeutung abhängig gemacht werden.

Die Bergarbeiter lehnten es auch ab, mit dem Kampf für höhere Löhne für ein Jahr nach den letzten Lohnerhöhungen zu warten, und kündigten an, ab 1. August für eine 90prozentige Lohnerhöhung zu kämpfen, um die durch das Betrugsmanöver mit dem Sozialpakt über Jahre erfahrene Senkung des Lebensniveaus auszugleichen.

Auch die Transportarbeiter stimmten auf ihrem Jahreskongreß für den „uneingeschränkten Tarifkampf“ ab 1. August und kündigten Lohnforderungen von mindestens 30 Prozent an. „Genug ist genug!“, „Wir sind betrogen worden!“, „Weisgemacht würde uns, Inflation und Arbeitslosigkeit würden durch Lohnsteigerungen verursacht – die zwei Jahre haben das Gegenteil bewiesen“, erklärten verschiedene Delegierte.

Auch der Kampf für die gewerkschaftlichen Rechte der Grunwick-Arbeiter gewinnt weiter an Kraft, indem er die Fesseln der reformistischen Gewerkschaftsführer sprengt. Nach massiven Einschüchterungsversuchen der Gewerkschaftsführer hatten nur etwa 20 Postarbeiter von den 60, die die Blockade des Grunwick-Kapitalisten beschlossen hatten, mit der Aktion begonnen. Als jedoch die Postverwaltung die Gelegenheit für günstig hielt, sie zu isolieren und den Kampf zu spalten, und sie suspendierte, schlossen sich fast alle etwa 100 Postarbeiter des Postamts Cricklewood an, auch diejenigen, die bereits zu Anfang gegen die Blockade gestimmt hatten. „Tom Jackson“, der sozialdemokratische Generalsekretär der Postgewerkschaft, „hat inzwischen alle Hände voll zu tun, seine Mitglieder von einem Sympathiestreik für die ,99prozentigen' von Cricklewood abzuhalten“, schreibt „Die Welt“ am 8. Juli.

Die Postarbeiter liefern trotz der Suspendierung und Verweigerung von fälligen Lohnzahlungen durch die Postverwaltung die Post der Privathaushalte mit eigenen Fahrzeugen aus. Der Postverkehr im Gebiet Nord-London für die zahlreichen Betriebe ist jedoch fast gänzlich lahmgelegt.

An mindestens zwei anderen Postämtern wurden Warnstreiks zur Unterstützung der Kollegen von Cricklewood und der Grunwick-Arbeiter bekannt, die Zugführergewerkschaft Aslef rief alle übrigen Eisenbahnergewerkschaften auf, den Schienenverkehr für die Betriebe Grunwicks lahmzulegen.



Paderborn. Mit der „größten Truppenschau in der englischen Geschichte“ ließ sich die britische Königin anläßlich ihres Besuchs im Sennelager vorführen, daß der britische Imperialismus nach wie vor gegenüber allen imperialistischen Konkurrenten die Zähne blecken kann. Den Volksmassen zeigten sich die Gallionsfiguren des westdeutschen und britischen Imperialismus, Scheel und Elizabeth, in herzlicher Eintracht. Sie erhielten nur spärlichen Beifall. Der Bezirksverband Ostwestfalen des KBW erhob die Parolen „Abzug aller fremden Truppen – Westdeutschland raus aus der NATO“ und sammelte für die Unterstützung des bewaffneten Kampfes des Volkes von Zimbabwe.

Die Drucker und Setzer der englischen Tageszeitung „Sun“, einem reaktionären Blatt ähnlich der „Bild-Zeitung“, strichen den Leitartikel und brachten die Zeitung mit einem weißen Fleck heraus, nachdem darin gegen die Grunwick-Arbeiter gehetzt wurde und an die Gewerkschaften gerichtet stand: „Zieht den Pöbel ab“.

Für Montag, den 11. Juli, haben die Bergarbeiter einen nationalen Kampftag und 3000 Bergarbeiter Verstärkung für die Streikposten der Grunwick-Arbeiter angekündigt.

Verzweifelt versuchen die sozialdemokratischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer der Arbeiterbewegung Fesseln anzulegen, mit immer weniger Erfolg.

Die Labour-Regierung ist am Wanken. Ihr Sturz kündigt sich an. Die Liberale Partei hat die Einstellung ihrer Unterstützung angekündigt, falls die Labour-Party ihre Funktion nicht mehr erfüllen kann, den Lohnkampf der Arbeiter zu verhindern. – (Z-Red.)

„Neues Lohnkonzept“ der Kapitalisten – so alt wie der Kapitalismus

(Fortsetzung von Seite 1)

durch die Kapitalisten. Die Arbeitslosen wollten nicht arbeiten. Seltsam, daß dann die Arbeitslosigkeit erst in den letzten Jahren mit der kapitalistischen Krise in Massenumfang ausgebrochen ist. Faulheit der Arbeiter kann wohl auch nicht der Grund dafür sein, daß die Einstellungsbüros überlaufen sind, so daß sich die Personalchefs wie Sklavenhalter aufführen.

Die allgemeine Lage der Lohnabhängigen macht die Lohnsituation nur noch unerträglicher. Gleichzeitig erschwert sie den Kampf für einen besseren Lohn. Ist die Frau arbeitslos, dann ist der Lohn nur noch die Hälfte wert. Aber muß man dann nicht alles vermeiden, was den eigenen Arbeitsplatz gefährden könnte? Daß die einen Lohn haben, soll – glaubt man den Kapitalisten – sowieso die Ursache dafür sein, daß die anderen keine Arbeit haben. Den Kapitalisten gefällt die Lage auf dem Arbeitsmarkt ausgezeichnet.

„Gesamtmetall sucht neues Lohnkonzept“, kann man lesen. Das Konzept ist einfach. Für wachsende Ausbeutung durch kapitalistische Rationalisierung soll es keinen höheren Lohn geben, und die Teuerung soll nicht berücksichtigt werden bei Lohnforderungen. Die Begründung ist etwas komplizierter: Würden mit der Ausbeutung durch wachsenden Maschineneinsatz auch die Löhne steigen, dann wären die Kapitalisten zu immer größeren Rationalisierungen gezwungen. Würde die Teuerung in den Lohnforderungen „berücksichtigt“, dann könnte die Teuerung nicht aufhören. Deutlich gesagt: „Ihr Arbeiter und Angestellten sollt euch schranken- und widerstandslos ausbeuten lassen.“

Und doch stecken die Kapitalisten in einem wirklichen Dilemma. Es entsteht aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise. Um die Ausbeutung zu verschärfen und die Löhne zu senken, steigern sie den Maschineneinsatz. Der Profit entspringt jedoch nur aus der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und nicht aus dem wachsenden Maschineneinsatz. Also sinkt die Profitrate. Sie soll aber steigen. Deshalb leiten die Kapitalisten aus ihrem steigenden Maschineneinsatz und der damit verbundenen steigenden Ausbeutung das Recht her, die Löhne zu senken. Gesamtmetall: „Dies muß in der Einkommenspolitik hinsichtlich der Verteilung des Volkseinkommens auf Kapital und Arbeit verstärkt berücksichtigt werden, damit den finanziellen Investitionsrisiken angemessen entsprochen werden kann.“

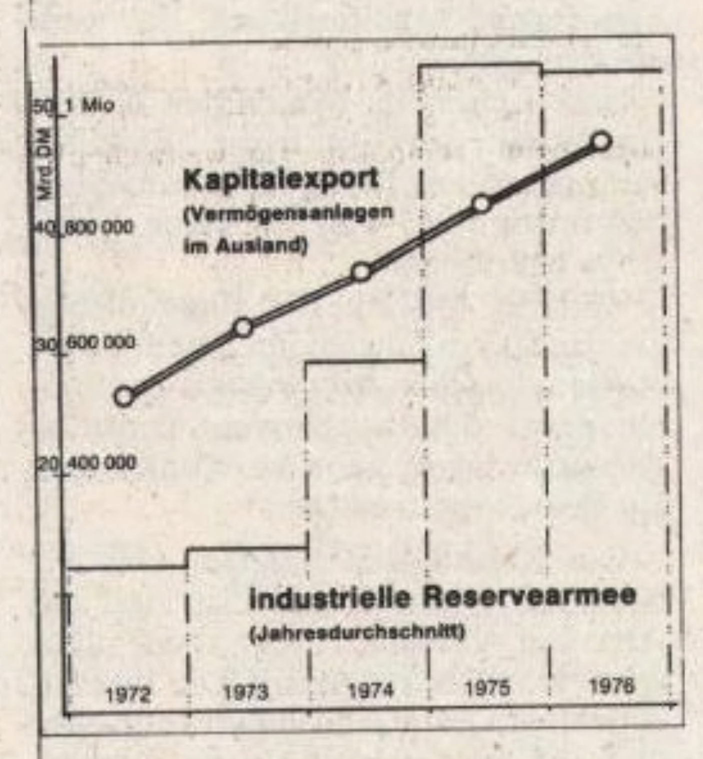
Noch kann ihnen nicht „angemessen entsprochen“ werden. Die Konzerne und Banken schwimmen in Geld. Aber sie kaufen damit in geringem Umfang Maschinen. Sie spekulieren mit dem Geld und machen in Staatspapieren, Anteilscheinen auf die Steuereinnahmen des Staates. So gehen die Kapitalisten von zwei Seiten an die Löhne heran: Sie müssen gesenkt werden, damit die Profitrate steigt, und sie müssen weggesteuert werden, damit die Kapitalisten, die im Geld schwimmen, ihr Geld trotz unproduktiver Anlage vermehren können.

Wer dabei ist, einen zu erwürgen, der rechnet mit dessen Gegenwehr. Das tun auch die Kapitalisten. Sie haben Grund dazu: Wenn eine Handvoll Monopolisten eine Klasse von Millionenmassen Ausgebeuteten erwürgen will, dann ist es mit ihrer Herrlichkeit bald am Ende, sobald sich diese Millionenmassen zusammenschließen und sich wie ein Mann erheben. Sowas versuchen die Kapitalisten durch Spaltung zu verhindern.

Dafür ist die Mitbestimmung gut. Glauben die Arbeiter daran, dann sind sie verkauft. Die Sozialdemokratie ist dazu da, damit die Arbeiter an die Mitbestimmung glauben. Mit „großer Empörung“ hat die Sozialdemokratie an der Spitze der Gewerkschaften auf die Verfassungsklage des Kapitalistenverbandes gegen das Mitbestimmungsgesetz reagiert. „Ich spreche nur noch von Tarifgegnern, und die Arbeitgeber haben jetzt unser Verhältnis endgültig auf Null gebracht.“ Das hat IG Metall-Vorsitzender Loderer gesagt. Aber Schleyer kennt diese Pappenheimer: „Die Lohnrunde wird wegen der schwierigen Konjunkturlage ohnedies nicht leicht sein. Dort entscheiden Sachargumente, bei denen es belanglos ist, ob wir in einem guten oder schlechten Kontakt zu den Gewerkschaften stehen.“ Ein paar der Sachargumente haben wir oben gehört. Die Sache, die hinter den „Argumenten“ steckt, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die darauf beruhende Herrschaft der Kapitalisten. Also kann es nicht um Mitbestimmung, sondern nur um Sturz dieser Herrschaft gehen. Die Kosten dieser Herrschaft wachsen für die Arbeiterklasse von Tag zu Tag. Sie nicht schrankenlos wachsen zu lassen, ist der nächste Zweck der Kämpfe der Arbeiterklasse. Im Herbst beginnt der Stahltarifkampf. Die Bedingungen dafür sind nicht schlecht. Die Konkurrenz unter den Kapitalisten ist groß, und Geld haben sie. Die Bedingungen für diesen Beginn der Tarifkämpfe werden um so besser, je weniger die Arbeiter der Metallindustrie und der anderen Branchen mit ihren Lohnforderungen erstmal das Ergebnis des Stahltarifkampfes abwarten. Sie können es auch gar nicht, wenn sie nicht in den Schraubstock der Kapitalistenklasse, zwischen den einzelnen Kapitalisten und dem imperialistischen Staat erdrückt werden wollen.

Kapitalexport und Arbeitslosigkeit

930 974 Arbeitslose waren im Juni registriert, fast 10 000 mehr als ein Jahr zuvor. Josef Stingl konnte dies zum ersten Mal im Fernsehen nicht mehr „saisonal“ begründen. Die verlogenen Bourgeois-



Prognosen über den angeblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit sind von der Wirklichkeit überrollt.

Es gibt die Behauptung, der Kapitalexport, der mit dem Jahre 1973 sprunghaft zugenommen hat, verringere die Arbeitslosigkeit noch. Diese Behauptung lenkt aber von den wirklichen Vorgängen ab.

Die gegenwärtige Reservearmee hat sich herausgebildet Ende 1974 aufgrund der Überproduktion von Kapital. Die vorhandene Kapitalmasse konnte sich nicht mehr mit einer ausreichenden Profitrate verwerten, und die Kapitalisten entließen Arbeiter. Gleichzeitig traten sie zur gegenseitigen Vernichtungsschlacht an. Jeder Kapitalist mußte versuchen, einen Extraprofit durch Steigerung der Ausbeutung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu machen. Im allgemeinen aber geht damit eine Änderung der Zusammensetzung des Kapitals einher. Der in Arbeitslohn angelegte variable Kapitalteil nimmt ab gegenüber dem konstanten Kapitalteil.

Der gegenwärtig hohe Anteil der Rationalisierungsinvestitionen bedeutet beständige Änderung der Zusammensetzung des Kapitals, bei der Kapital alter Zusammensetzung vernichtet wird, und beschleunigt diesen Vorgang noch.

Der Grund für die Existenz der industriellen Reservearmee ist daher die Überproduktion von Kapital und die progressive relative Abnahme des variablen Kapitalteils, zu der die Konkurrenz die Kapitalisten peitscht.

Die Arbeitslosigkeit wird nicht dadurch produziert, daß es den Kapitalisten an Kapital fehlt, z.B. weil sie welches exportieren. Es ist umgekehrt. Die Überproduktion von Kapital ist so groß, daß die Steigerung der Ausbeutung im Innern – die die Arbeitslosigkeit vermehrt – nicht ausreicht, um den Kapitalisten eine zufriedenstellende Profitrate zu liefern. Das überzählige Kapital drängt ins Ausland, dehnt seinen Herrschaftsbereich aus, führt die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt fort. Es ist aggressiv wie ein Wild, das sein Revier ausdehnt.

Arbeitslosigkeit wie Kapitalexport sind Ergebnis der Überproduktion von Kapital. Aber natürlich bedeutet dies nicht, daß es zuviele Produktionsmittel gibt. Es bedeutet, daß die bürgerliche Eigentumsordnung, in der die Produktionsmittel Kapital sind, unfähig ist, die gesellschaftliche Produktion zu ordnen. Ihr Modergeruch stinkt zum Himmel. – (Z-Red.)

Zukunftsinvestitionen

Pünktlich zum 30. Juni konnte man das „Schiffbauwunder“ bei Blohm & Voss erleben: Nachdem 14 Tage zuvor zwei neue Spezialfrachter noch trocken auf den Helgen lagen und der Stapellauf erst nach weiteren vier Tagen stattfand, bauten die Blohm & Voss-Arbeiter innerhalb von zehn Tagen die Schiffe ablieferungsfertig zu Ende. Normalerweise erstreckt sich der Zeitraum vom Stapellauf bis zur Ablieferung eines Schiffes in dieser Größe und mit der Ausstattung auf fünf bis sieben Wochen.

Für die Kapitalisten zahlt sich dieses „Schiffbauwunder“ dreifach aus: Sie machten einen schönen Extraprofit durch schnelleren Umschlag ihres angelegten fixen Kapitals. Indem sie die Ausbeutung enorm verschärften, konnten sie die Schiffe termingerecht abliefern und erhielten dafür 7,5 % Investitionszulage. Zugleich war der Bau dieser beiden Schiffe für die Kapitalisten eine gute Übung, was sie an Ausbeutung der Arbeiter mindestens beim Bau der beiden Fregatten erreichen können: Rund um die Uhr mußte gearbeitet werden, sieben Tage in der Woche, die Arbeit mußte zusätzlich um ein Drittel schneller als sonst erledigt werden.

Auch ein Ansporn für die Blohm & Voss-Kapitalisten, an der Kurzarbeit festzuhalten und gleichzeitig zu überprüfen, ob sie noch mehr als die bisher geplanten 300 Entlassungen durchziehen können.

Hier ging es „nur“ um 7,5 % Zuschuß, und das bei relativ kleinen Schiffen. Wie groß wird der Heißhunger der Blohm & Voss-Kapitalisten erst beim Bau der beiden Fregatten sein? Jede dieser Fregatten stellt einen Wert von 200 Millionen DM dar. Die Zuschüsse, die „Reederhilfe“, sind gerade rechtzeitig erhöht worden von 12,5 % auf 17,5 %. 230 Millionen DM machen sie in diesem Jahr aus. Je größer der Auftrag beim Neubau eines Schiffes, je größer der Zuschuß, desto gewaltiger die Antreiberei der Arbeiter durch die Kapitalisten, das Schiff pünktlich fertigzustellen.

Die Investitionshilfen, von den Bourgeoispolitikern dargestellt als Arbeitssicherungsmaßnahmen, organisieren durch die Bindung der Hilfe an bestimmte Termine ein einheitliches Niveau in der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse und treiben die Durchlöcherung der Schranken des Arbeitstages voran. Nur der Kapitalist, der dabei Erfolg hat, bekommt die Prämie.

Die Blohm & Voss-Kapitalisten setzen mit der Fertigstellung der beiden Spezialfrachter neue Maßstäbe. Sie werden dafür sorgen, daß sie auch beim Bau der Fregatten angewandt werden.

Die Mehrwertsteuererhöhung, das 16-Mrd.-Investitionsprogramm, die Steuererleichterungen für die Kapitalisten kommen passend: Durch die Steuererleichterungen für die Kapitalisten wird ein größerer Teil des Profits dem Kapitalisten überlassen, durch die Mehrwertsteuererhöhung wird das notwendige Geld für die Investitionen aus dem Lohn der Volksmassen herangeschafft.

Um in kurzer Zeit an weitere 200 Millionen DM aus Lohn heranzukommen, hat sich der Hamburger Finanzsenator Seeler eine besondere Dreistigkeit ausgedacht: Die Volksmassen sollen Anleihen ab 100 DM für 15 Jahre zur Sanierung des Hamburger Haushalts kaufen. Haben die Kapitalisten erstmal Blut geleckt, dann kennt ihre Gier nach Profit keine Grenzen.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 1611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 15. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 28: 32 000

OAU – Organisation für Afrikanische Einheit

Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung, Völker die soziale Revolution – diese historische Strömung bewirkte in Afrika auch, daß verbunden mit dem nationalen Befreiungskampf die Staaten und Völker Anstrengungen unternahmen, durch regionale und panafrikanische Organisationen die fortgesetzte wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung durch die Imperialisten zu bekämpfen. Der erste Schritt war der Beitritt der arabo-afrikanischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit in die 1945 gegründete Arabische Liga, von 1959 bis 1961 folgten bi- und multilaterale Zusammenschlüsse schwarzafrikanischer Staaten. Die Rivalität der revisionistisch entarteten Sowjetunion mit den westlichen Imperialisten und alten Kolonialmächten bewirkte 1961 den Zusammenschluß von Ghana, Guinea, Mali, Marokko, Libyen, Ägypten, Algerien zur „Casablanca-Gruppe", die zum Programm erhob die Bildung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos, eines gemeinsamen Marktes und die sozialistische Entwicklung für ganz Afrika. Dagegen organisierten sich im gleichen Jahr die übrigen neun als rückständig bezeichneten unabhängigen Staaten zur „Monrovia-Gruppe", die die Eigenständigkeit jedes Staates betonten. Die Spaltung wurde mit der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) 1963 überwunden. Auf ihrer ersten Ministerratstagung vom 23. bis 26. Mai 1963 wurde die Auflösung aller bisher entstandenen regionalen Gruppierungen und der militärischen Bündnisse mit imperialistischen Blöcken beschlossen. Die Charta legt als Ziele fest, „zur Einheit und Solidarität dieser Staaten beizutragen; ihre Zusammenarbeit und ihre Bemühungen um eine Hebung des Lebensniveaus der afrikanischen Völker zu koordinieren; Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit zu verteidigen; alle Arten des Kolonialismus in Afrika auszumerzen; die internationale Zusammenarbeit unter Achtung der UN-Charta und der Menschenrechtsdeklaration zu entwickeln; diesen Zielen entsprechend auf allen Gebieten der Innen-, interafrikanischen, Wirtschafts- und Außenpolitik zusammenzuarbeiten. Treue zu folgenden Grundsätzen: souveräne Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, des unveräußerlichen Rechts auf Unabhängigkeit jedes Staates, friedliche Regelung von Differenzen durch Verhandlung und Vermittlung, vorbehaltlose Verurteilung politischer Morde und aller Wühltätigkeiten in anderen Staaten, vollständige Hingabe für die vollständige Befreiung noch abhängiger afrikanischer Territorien, Nichtpaktgebundenheit gegenüber allen Machtblöcken." (Nach: „Africa" Yearbook 1977, London)

1963 Gründung der OAU, Bildung eines Koordinierungskomitees der Befreiungsbewegungen

1964 Ministerratstreffen beschließt den Boykott von Luft- und Schiffstransport von und nach Südafrika, Aufruf zu strengen wirtschaftlichen, militärischen, politischen und diplomatischen Sanktionen. Eine Kommission wird eingesetzt, die Zaire hilft, die nationale Einheit und die Normalisierung der Lage mit den Nachbarstaaten zu erreichen.

1965 Außerordentliche Ministerratssitzung zur Lösung des Kampfes gegen das Siedlerregime in Zimbabwe

1968 Resolution zur Unterstützung der Einheit Nigerias, Forderung des Abzugs aller fremden Truppen von arabischem Territorium

1970 Aufruf an alle Nationen, sich nicht am Cabora-Bassa-Dammprojekt zu beteiligen, Verurteilung der militärischen und anderen Zusammenarbeit der NATO-Staaten mit den Kolonialregimes im südlichen Afrika; Resolution fordert den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, Verurteilung von Waffenverkäufen an Südafrika, insbesondere durch die BRD, Großbritannien und Frankreich.

1972 Verurteilung der militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika, Forderung nach Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen

1973 OAU-Befreiungskomitee verabschiedet 2-Punkte-Erklärung, die bekräftigt, daß die Befreiung von Territorien unter „Fremdherrschaft" nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann. Außerordentliche Ministerratssitzung unterstützt die arabischen Staaten gegen Israel. Aufruf an die arabischen Staaten, die südafrikanische Kolonialregime, Rhodesien und Portugal mit Ölieferungen zu boykottieren bis diese Staaten die UNO-Resolution zur Dekolonisierung erfüllen.

1974/1975 Ankündigung der Einrichtung eines Militärbüros, um militärische Strategien für den Befreiungskampf auszuarbeiten. Verurteilung der Einmischung der imperialistischen Supermächte in Angola und Aufruf zur Einheit der drei Befreiungsbewegungen

1975 Unterstützung der Frontstaaten bei Verhandlungen für die Unabhängigkeit von Namibia und Rhodesien, Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, verstärkter Druck gegen Israel.

(Afrika-Jahrbuch, London 1977)

14. OAU-Gipfelkonferenz im Zeichen des Zusammenschlusses gegen alle Imperialisten

Vom 2. bis 5. Juli fand in Libreville, in Gabun in Anschluß an die 28. Ministerratssitzung die 14. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit, OAU, statt. Die Staatschefs von 49 unabhängigen afrikanischen Staaten bzw. die Regierungschefs und Vertreter der Befreiungsbewegungen berieten über Maßnahmen im Kampf gegen die fortgesetzte Unterdrückung, Ausbeutung und Einmischung der Imperialisten. Vor und während der Gipfelkonferenz spekulierten die Imperialisten auf die Spaltung der Konferenz über verschiedene, von ihnen verursachte und geschürte Widersprüche.

„Somalia und Äthiopien liegen sich wegen Djibouti und Ogaden in den Haaren, Kenia befürchtet somalischen Expansionismus, Zaire beschuldigt Angola in Shaba der Aggression mit sowjetisch-kubanischer Hilfe, Marokko und Mauretanien müssen ihre Annexion der ehemals spanischen West-Sahara rechtfertigen, Tschad wirf Libyen Gebietsraub vor – die Liste ist nicht komplett",

frohlockte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" noch am 5.7. Rasch mußten die Imperialisten jedoch erkennen, daß der Wille zur Einheit gegen die Imperialisten stärker ist.

„Der überragende Eindruck, den die 14. Gipfelkonferenz in Libreville, die gestern endete, hinterläßt, war der Wunsch unter den afrikanischen Staatschefs, Übereinstimmung zu erzielen"

mußte die führende Zeitung der US-Imperialisten, „The Times", feststellen.

Die höchsten Vertreter der 49 unabhängigen afrikanischen Staaten beschlossen die Anerkennung der Patriotischen Front als Befreiungsorganisation des Volkes von Zimbabwe. Ein Delegierter erklärte:

„Wir haben das Deck freigemacht für einen Krieg in vollem Umfang. Wir sind geeint darin, in Zimbabwe eine militärische Lösung zu suchen."

Der sambische Präsident Kaunda erklärte zum erneut angelaufenen Verhandlungsmanöver der westlichen Imperialisten, der „anglo-amerikanischen Initiative":

„Wir werden der anglo-amerikanischen Initiative nicht im Wege stehen, vorausgesetzt, sie steht nicht unserer starken Unterstützung für den bewaffneten Kampf in Zimbabwe im Wege. (...) Zimbabwe kann nur aus dem Lauf eines Gewehres kommen."

Neben der verstärkten politischen und militärischen Unterstützung der Patriotischen Front wurde die militärische Unterstützung der Frontstaaten, insbesondere Mozambiques, gegen die Angriffe des rhodesischen Kolonialregimes beschlossen und die Einrichtung eines Solidaritätsfonds von einer Million US-Dollar. Die arabischen Staaten wurden aufgefordert, die Ölwaffe gegen Südafrika einzusetzen.

Die afrikanischen Staaten stärken ihren Zusammenschluß gegen jedwede imperialistische Einmischung. So betonte der nigerianische Staatschef Obaranjo:

„Afrika ist Zeuge wachsender Spannung zwischen OAU-Mitgliedsländern. Diese aber entspringen im wesentlichen den Machenschaften unserer sogenannten Freunde von außerhalb."

Während die sechziger Jahre im Zeichen der Entlarvung des US-Imperialismus standen, wächst jetzt die Wachsamkeit gegenüber der sozialimperialistischen Politik der Sowjetunion. Der sudanesische Staatschef Numeri erklärte:

„Die neue Strategie der Sowjetunion in Afrika besteht darin, unter dem Aushängeschild des 'Fortschritts' und des 'Sozialismus' seine Lakaien zur Invasion unabhängig werdender freier afrikanischer Staaten zu bewaffnen..."

Zur Beseitigung der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Staaten wurden Untersuchungskommissionen bestimmt. Die Frage des Befreiungskampfes des Volkes von Westsahara soll auf einer Sondersitzung noch in diesem Jahr behandelt werden. Die Regierungschefs sind sich darüber einig, den Zusammenschluß zur Beseitigung der Kolonialregimes im südlichen Afrika zum Zentrum ihrer Anstrengungen zu machen. – (Z-Red.)

Ränkeschmieden, Enttäuschung und unverhohlene Drohung auf seiten der Imperialisten

Zitate aus der bürgerlichen Pressebericht-erstattung

„Keine Vorstellungskraft (...) kann einer Ansammlung von Ländern, deren einziger gemeinsamer Nenner die Tatsache ist, daß sie auf demselben Kontinent liegen, die Ehre antun, als ‚Organisation' bezeichnet zu werden. Noch waren all die Mitglieder ‚Afrikaner', da sie Araber und einige Asiaten, vor allem Inseln im Indischen Ozean einschlossen. Was das Wort ‚Einheit' angeht, so demonstrierten die jährlichen Gipfelkonferenzen der Organisation lebhaft, wie tief gespalten die Mitglieder untereinander waren. (...)"

„Beifall für einen Schlächter. Beifall für Idi Amin. Für den Schlächter von Afrika, den Menschenjäger. Es klatschten: Staatsmänner aus 49 Ländern des schwarzen Kontinents. Politiker, die einstmals selbst gejagt wurden – von Weißen. Nun Applaus für den schwarzen Jäger. Absurdes Welt-Theater? Schlimmer! Es ist die Wahrheit." (Bild-Zeitung, 4.7.77)

„Wenn sich die Hunde streiten, ist es dem Knochen egal – besagt eine afrikanische Redensart. Der Knochen sind genug, wie ein Blick auf jede bessere Landkarte verrät: Rohstoffe, Transportwege, Stützpunkte und nicht zuletzt Märkte sind der Preis, der den Hunden in Afrika winkt. (...)

Die schwarzen Staatsmänner, Potentaten, Diktatoren und Fürsten sind gegen jeden Einmischungsversuch von außen Jahr für Jahr empfindlicher geworden. (...) Neue Ansätze in der Afrikapolitik des Westens kommen also nicht von ungefähr und waren sicher nicht sehr viel länger mehr hinauszuschieben. Wo ist aber nun die Konzeption, die sowohl vor den afrikanischen Ansprüchen bestehen als auch die Interessens des Westens nachhaltig vertreten, den dringend benötigten täglichen Knochen zuverlässig sichern kann?

(...) Ein solcher Zustand ist jedem anständigen Hund zuwider." (Die Welt, 9.7.77)

Die OAU erkennt die Patriotische Front als Nationale Befreiungsfront Zimbabwes an

Beschluß der OAU / Stellungnahme von A. Gumbo, Sekretär der ZANU für Information

„Die Entscheidung der OAU ist eine ausgezeichnete Entwicklung als sie dazu beiträgt, die Einheit des Volkes von Zimbabwe zu festigen. Sie hilft, die reaktionären Kräfte in Zimbabwe zu isolieren und auch das Smith-Regime zu isolieren. Für uns in der ZANU ist die Patriotische Front der wahre Ausdruck des Willens des Volkes von Zimbabwe, sie ist die Grundlage, auf der alle demokratischen Kräfte Zimbabwes sich zusammenschließen können, um in Zimbabwe einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Wir glauben, die Entscheidung der OAU wird eine entscheidende Hilfe sein, die Einheit in Zimbabwe zu festigen und den bewaffneten Kampf zu intensivieren.

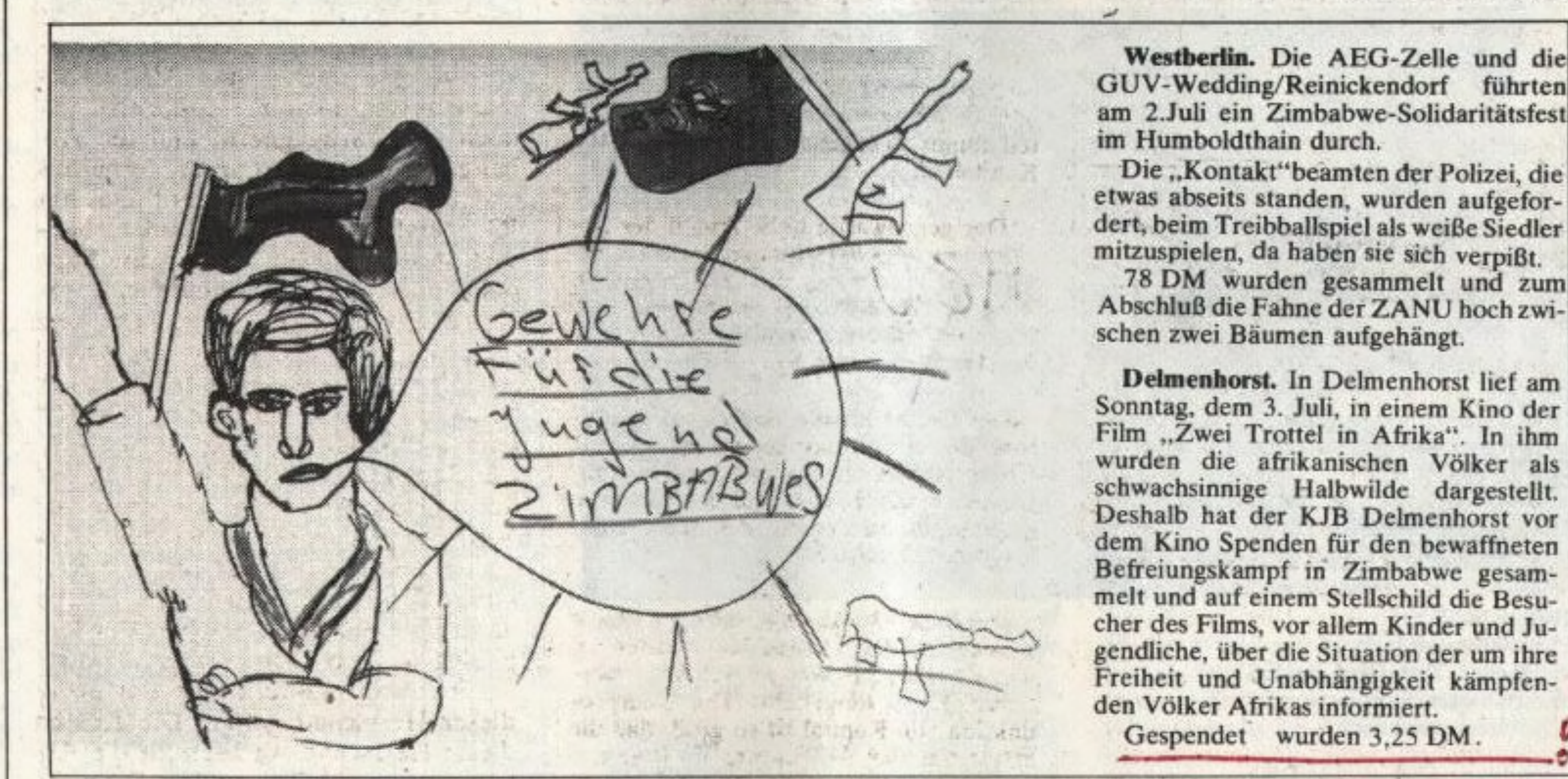
Zur Frage der von den britischen Imperialisten vorgeschlagenen Friedensstreitmacht:

Die Position der ZANU zur Friedensstreitmacht ist sehr klar. Diejenigen Zimbabwer, die selber den bewaffneten Kampf führen, sind die einzige Friedenskraft, die in Zimbabwe Frieden schaffen kann. Wir akzeptieren weder eine Friedensstreitmacht des Commonwealth noch eine der Vereinten Nationen. Nur das Volk von Zimbabwe selber kann im Land den Frieden herstellen. Deshalb weisen wir diese Vorstellung der Einmischung in Zimbabwe vollständig zurück.

Der wichtigste Grundsatz, der den bewaffneten Befreiungskampf leitet, ist, daß das Volk von Zimbabwe über eine unabhängige Streitmacht verfügt. Wir halten nichts davon, daß Kräfte von außen in unserem Lande Frieden herstellen, weil sie unserem Land nicht Frieden, sondern Chaos bringen. Der einzige Grund, weshalb sie in unser Land kommen, ist die Absicht, uns ihre eigenen Vorstellungen und ihre Interessen aufzuzwingen. Die Commonwealth-Länder sind offensichtlich kapitalistische Länder. Die Streitmacht hätte die Aufgabe, dem Land eine kapitalistische Entwicklung aufzuzwingen und die Gruppen an die Macht zu bringen, die damit einverstanden sind.

Wir verstärken unseren Krieg im Land und dehnen die Operationen weiter aus. Letzte Woche z.B. im Radio des Smith-Regimes berichtet, daß drei seiner Kreaturen getötet wurden. Die Entwicklung im Land hat die Widersprüche im Lager des Feindes verschärft. Das Smith-Regime zerfällt von Tag zu Tag. Es hat mit der Rhodesischen Front Schwierigkeiten, der Vorsitzende Frost ist zurückgetreten und vor wenigen Tagen trat der Minister für Information zurück, er will sich nach Südafrika absetzen.

Die Beteiligung des Volkes von Zimbabwe am Befreiungskampf wächst. Vor zwei Tagen haben Genossen einer Versammlung von Schülern einer Mittelschule gesprochen, der Schulleiter informierte die Polizei, die Schule wurde von ihnen geschlossen. Jetzt kommen 400 Schüler in unsere Lager, um sich den Reihen der Befreiungskämpfer anzuschließen. Die Lage ist für uns ausgezeichnet." – (Maputo, 8. Juli 1977)



Westberlin. Die AEG-Zelle und die GUV-Wedding/Reinickendorf führten am 2.Juli ein Zimbabwe-Solidaritätsfest im Humboldthain durch.

Die „Kontakt"beamten der Polizei, die etwas abseits standen, wurden aufgefordert, beim Treibballspiel als weiße Siedler mitzuspielen, da haben sie sich verpißt.

78 DM wurden gesammelt und zum Abschluß die Fahne der ZANU hoch zwischen zwei Bäumen aufgehängt.

Delmenhorst. In Delmenhorst lief am Sonntag, dem 3. Juli, in einem Kino der Film „Zwei Trottel in Afrika". In ihm wurden die afrikanischen Völker als schwachsinnige Halbwilde dargestellt. Deshalb hat der KJB Delmenhorst vor dem Kino Spenden für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe gesammelt und auf einem Stellschild die Besucher des Films, vor allem Kinder und Jugendliche, über die Situation der um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker Afrikas informiert.

Gespendet wurden 3,25 DM.

„Die Konferenz der Staatschefs und Regierungen, die vom 2. bis 5. Juli 1977 in Libreville, Gabun, ihre 14. ordentliche Sitzung abhielt, hat den Bericht des amtierenden Generalsekretärs über den Befreiungskampf in Zimbabwe zur Kenntnis genommen. In Kenntnis der Entscheidung der Frontstaaten vom 9. Januar 1977 in Lusaka gewährt sie alle politische, diplomatische und materielle Unterstützung der Patriotischen Front von Zimbabwe. In Erwägung der Empfehlung der 20. Sitzung des Koordinierungskomitees der OAU für die Befreiung Afrikas anerkennt sie die Patriotische Front. ... In Erwägung der Argumente, die der Ministerrat der Konferenz der Staatschefs und Regierungen zur Anerkennung der Patriotischen Front vortrug, und der klaren Erklärung, die Präsident Sir Kenneth T. Kaunda der Republik Sambia für die übrigen Frontstaaten über die politische, militärische Entwicklung im Kampf für die Befreiung Zimbabwes abgegeben hat, drückt die Versammlung:

1. ihre Genugtuung aus über die erfolgreiche Fortsetzung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe, der geführt wird von der Volksarmee Zimbabwes unter der Führung der Patriotischen Front;
2. ruft alle Zimbabwer, die sich dem Kampf für die Befreiung ihres Landes widmen, auf, dies im Rahmen der Patriotischen Front zu tun;
3. alle Mitgliedstaaten werden dringend aufgefordert, von der Unterstützung einzelner Individuen abzusehen, da man sonst riskiert, mehr als eine Armee für die Befreiung und Verteidigung des unabhängigen Zimbabwes zu schaffen;
4. sich bemühen, die Empfehlungen der 28. Sitzung des OAU-Koordinationskomitees für die Befreiung Afrikas über die Frage Zimbabwe gutzuheißen;
5. ruft alle Mitgliedstaaten auf, ihre finanzielle, materielle und politische Unterstützung für das Volk von Zimbabwe zu erhöhen, damit es sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wiedererlangt." (Telefonische Übermittlung, eigene Übersetzung)

Sammlung Ersatzteile für die Lastwagen der ZANU

Am 17. Juni 1977 hat uns die ZANU geschrieben:

„Wir sehen uns mit einer kritischen Knappheit an Scania Ersatzteilen konfrontiert. Die LKWs haben sich als sehr strapazierfähig erwiesen. Könnt Ihr uns Ersatzteile entsprechend der angegebenen Liste per Luftfracht zusenden? Die Genossen hier können die LKWs reparieren, wenn die Ersatzteile verfügbar sind.

Der Feind wurde durch seine Niederlagen auf dem Schlachtfeld in Zimbabwe demoralisiert. Sie setzen jetzt auf die Bombardierung unbeteiligter Mozambiquaner im Grenzgebiet. Sieg auf Sieg wurde von den ZANLA-Streitkräften auf dem Schlachtfeld errungen.

Es ist eine Zeitfrage, der Sieg ist sicher. Deshalb rufe ich Euch zur finanziellen Unterstützung auf, denn wir müssen die verstärkten Feindaktivitäten zurückschlagen.

Brüderliche Grüße an alle Genossen:
K.M. Kangai
Sekretär für Logistik und Transport"

Die angeforderten Ersatzteile für die vier im letzten Jahr gespendeten LKWs kosten ca. 65 000 DM, zusätzlich Frachtkosten. Es handelt sich um zwei Motoren, Kupplungs- und Bremsteile und Dichtungen. Die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) in Frankfurt hat dem Aufruf folgend eine Sammlung eingeleitet und bis jetzt wurden bereits über 8 000 DM zur Verfügung gestellt. Sie fordert alle anderen GUVs auf, sich der Aktion anzuschließen und beizutragen, daß in kürzester Zeit die notwendigen Ersatzteile für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und der ZANU zur Verfügung gestellt werden können.

Konto Nr. 106 83 26
Volksbank Mannheim

Imperialistische Nahrungsmittelräuber

Die Welternährungslage sei bedrohlich und es müsse Hilfe geschaffen werden, sagen die Imperialisten.

In den Ländern der Dritten Welt betreiben sie diese „Hilfe" in solch einem Ausmaß, daß für die Völker der Kampf gegen den Imperialismus zur Überlebensfrage wird. Dagegen treten die Imperialisten auf und behaupten, die Völker der Dritten Welt hätten ihre Lage selbst zu verschulden, weil sie zu viele seien, und machen ihnen das dreiste Angebot, ihre Geburten zu kontrollieren.

Damit sie ihre schamlosen Räubereien fortsetzen können, bedrohen sie das Leben der Völker nicht nur, indem sie ihnen die Lebensgrundlagen rauben, sondern maßen sich von vornherein an, über die Existenz der Völker zu entscheiden und sie zu überwachen. Die Hungersnot, die sie in die Länder der Dritten Welt tragen und verbreiten, bedeutet für sie bares Geld.

Anteil der Entwicklungsländer in Prozent

	Weltexport	Weltimport
Weizen	4	39
Mais	14	9
Reis	37	79
Zucker	67	18
Kaffee	100	4
Kakao	100	4
Tee	82	31

(Quelle: Unctad Dokumente)

Die Tabelle zeigt anschaulich, wie die Imperialisten mit der erzwungenen einseitigen Produktion ihnen die Grundlagen zur Entwicklung einer Produktion der wichtigsten Grundnahrungsmittel rauben. Von Tee oder Kaffee können die Völker nicht satt werden und sind gezwungen, z.B. Getreide zu importieren. 70 Prozent des Weltexports an Getreide liefern die USA und Kanada. Über die Hälfte der Weltgetreideexporte geht in die Länder der Dritten Welt.

Die lateinamerikanischen Länder hatten im letzten Jahr ein Devisendefizit von 13,5 Milliarden US-Dollar und mußten dazu erneut 1,53 Milliarden US-Dollar neue Anleihen bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID), der im letzten Jahr auch die westdeutschen Imperialisten beigetreten sind, machen.

Die Imperialisten sind durch und durch verkommen. Als Entwicklungshilfen geben sie jede noch so unverschämte Ausplünderung der Völker aus. Die US-Imperialisten haben im Rahmen solcher Entwicklungshilfe die Bewässerung der Wüste in Senegal betrieben. Dort werden jetzt Auberginen und Mangofrüchte angebaut, die mit dem Flugzeug in die USA ausgeflogen werden. Mexiko baut für die US-Imperialisten 20mal mehr Tomaten an als Korn für sich selbst. Auf Haiti, das die US-Imperialisten mehr oder minder als ihr besseres Urlaubsland betrachten, haben sie die Bauern von dem fruchtbaren Land in die Berge vertrieben, wo die Bauern unter größten Anstrengungen und nur unter Zerstörung der Berghänge versuchen, einige Grundnahrungsmittel anzubauen. Während in den letzten Wochen mehrere Tausend auf Haiti vor Hunger gestorben sind, haben die US-Imperialisten Rinder aus Texas einfliegen lassen, die sie dort auf den Weiden mästen, um sie dann als Steaks in die USA zurückzutransportieren.

Im Kampf gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung schließen sich die Völker der Dritten Welt zusammen. Mitte Juni haben die westafrikanischen Länder Guinea Bissau, Cap Verde, Mauretanien und Senegal beschlossen, die Fischerei an ihrer Küste gemeinsam zu organisieren und den nationalen Fischfang gegenseitig zu unterstützen. In diesem Gebiet werden jährlich drei Millionen Tonnen Fische gefangen, wo international Fischereiflotten ihre Raubfischerei betreiben. Allein die Sozialimperialisten fischen dort jährlich allein ca. zwei Drittel der Gesamtfänge. Mehrmals haben sie bereits versucht, mit ihrer Fischereiflotte Landerechte in den westafrikanischen Häfen zu erlangen und haben als Gegenleistung die Lieferung von Gefrierfisch angeboten. Der imperialistischen Räuberei soll ein Ende bereitet werden.

Die Anliegerstaaten der Sahara haben in letzter Zeit mehrere Konferenzen durchgeführt. Sie planen unter anderem eine gemeinsame Bewässerung der ausgetrockneten Seen. Der Plan stammt noch von den Kolonialisten, die ihn aber nie durchgeführt haben, weil es ihnen zu teuer war. Die afrikanischen Länder um die Sahara planen einen Kanalbau vom Mittelmeer aus über Gabes (Tunesien) über 300 Kilometer, der zur Auffüllung der Seen mit Wasser und damit der Bewässerung des Landes dienen soll.

Diese Erfolge der Völker im Kampf um ihre Unabhängigkeit und Befreiung vom Imperialismus beweisen eindrucksvoll: das „Ernährungsproblem", mit dem die Imperialisten ihre schamlose Ausplünderei, ihren Raubbau und ihre Erpressung gerade so rechtfertigen wie die Ruinierung der Landwirtschaft in ihren eigenen Ländern, besteht einzig und allein in der Herrschaft des Imperialismus. Wird seine Herrschaft gestürzt, ist auch das „Ernährungsproblem" gelöst. – (Z-Red.)

„Nur ein starker Wille hält auf die Dauer schlank"

Hausfrau soll von Kantinenchef lernen/ „Fit statt fett" – die Kampagne der Ministerin Huber

Beispiellos ist die Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen die Fettleibigkeit unter den arbeitenden Massen. Die westdeutsche Presse propagiert gern das Vorgehen von Ärzten in Neuseeland: Die Ärzte haben den Mund ihrer Patienten höchst wissenschaftlich verdrahtet, um sie so von ihrer ordinären Freßsucht zu „heilen". In der BRD ist jetzt einem Autofahrer der Führerschein aberkannt worden, weil zu fett. Im öffentlichen Dienst ist erhöhtes Körpergewicht schon immer ein Ablehnungsgrund für Bewerber gewesen, wegen der Verbeamtung auf Lebenszeit – Dicke nicht erwünscht.

Ursache der Fettleibigkeit sei zuwenig Bewegung und falsche Ernährung. Das mag schon stimmen, was wunder aberbbei der ständig weiteren Zerlegung der Arbeitsteilung in der kapitalistischen Produktion. Und jeder, der einen vollen Geldbeutel hat, kann sich auch gesund ernähren, wenn nicht, nicht.

Die Folgen der Fettleibigkeit kämen einer Schmälerung der Regierungskassen von 17 Mrd. DM jährlich gleich. 16 Mrd. DM ist die Summe für das diesjährige Sonderinvestitionsprogramm der Regierung für die Kapitalisten. Der DGB hatte 20 Mrd. für die Kapitalisten gefordert. Er begrüßt die jetzige Kampagne der Ministerin einhellig. Die Frage der Selbstverschuldung von Krankheiten wird damit wieder ein Stück vorangebracht. Immer wieder wird in der bürgerlichen Presse das Thema Selbstbeteiligung angeschnitten. Die Zeitungen tun dies, um wieder das Verursacherprinzip hochzuhalten und um den Massen weitere Kosten zuzuschanzen. Wie etwa bei der Verwendung von bleihaltigem Heizöl in privaten Haushalten, wobei die Bourgeoisie von Luftverschmutzung durch die privaten Haushalte zu sprechen pflegt, von denen sie wenig stellt, denn sie ist zahlenmäßig eine kleine Schicht.

Ministerin Huber hat den Zeitpunkt für ihre Kampagne „klug" gewählt. Es ist jetzt eindeutig heraus, daß die Reproduktionsbasis der arbeitenden Massen mit den letzten Tarifabschlüssen drastisch eingeengt wurde. Die „Erhöhung" ist allerspätestens nach dem Urlaub völlig aufgefressen durch Inflation, Gebührenerhöhungen, Lebensmittelpreissteigerungen, Mieterhöhungen usw. Darauf gibt die Ministerin als Leitfaden für die Massen – weniger Essen. Sie stützt die Stellungnahmen der Vertreter der Kapitalistenverbände kampagnenartig, die sagen: Ein Jahr wie dieses in bezug auf die Lohnabschlüsse darf nicht einen einmalige Erscheinung bleiben. Aus dieser „Erkenntnis" schöpft die Ministerin ihre „Fit statt fett"-Kampagne.

20 000 „persönliche" Briefe ließ sie an die Unternehmer, aber auch an Betriebsräte und Kantinenwirte richten: „Mit Hilfe der Kantinenköche die Erkenntnisse über die moderne Ernährung in die Familie tragen". Die Unternehmer haben ihre Unterstützung bereitwillig zugesagt. Ebenfalls steht die Front der modernen Ernährungswissenschaftler.



„Eine volle Speisekarte", überschreibt VW einen Kantinenartikel mit obigen Glanzbildern an seine Mitarbeiter. Wie alle „modernen" Großunternehmen ist VW dazu übergegangen, nicht mehr feste Stammessen anzubieten, sondern Einzelangebote zu machen. Qualitätsverschlechterungen vor allem der billigen Angebote sowie eine ständige Preiserhöhung, mal bei der Suppe, mal bei der Nachspeise, lassen sich bei einem „breiten" Angebot einfacher durchsetzen. Mit der Verschlechterung der Qualität der billigsten Essen hat VW aus hauseigener Schlachterei Filet mit auf den Plan genommen, vom Schwein 3.30 DM. Kalorienangabe auf dem Speiseplan gibts schon. Die VW-Kapitalisten halten sich ihre eigenen modernen Ernährungswissenschaftler.

11 Kantinen und 22 Schnellküchen stehen dem Mitarbeiter zur Verfügung. Tatsächlich gibt es 4 Sorten Kantinen: 1. für Abteilungsleiter und aufwärts. Das sind aber mehr Restaurants, das hat mit Kantine nichts mehr zu tun. 2. Art: Sie darf nur in Straßenkleidung betreten werden. Diese Kantinen sind für die Angestellten. Viele Angestellte essen in den Arbeiterkantinen. Sie haben keine Lust, sich von den nächsten und übernächsten Vorgesetzten auch noch in der Pause überwachen zu lassen.

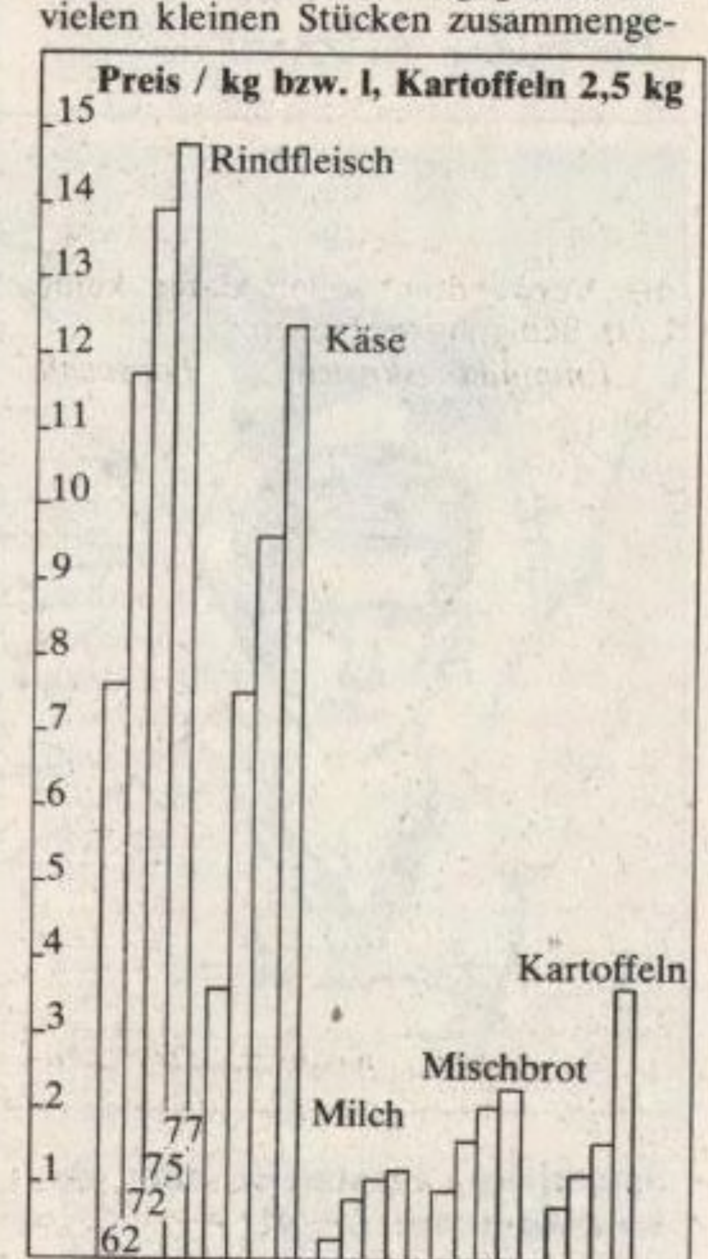
Die 3. Art sind die Kantinen, wo die Arbeiter essen. Die Luft in diesen Kantinen ist stickig und abgestanden, das Essen muß in großen Behältern warmgehalten werden. Als 4. gibt es noch die Frühstückskantinen. Sie sind dauernd geöffnet, Verkauf ist aber nur in den Schichtpausen. In dieser Zeit sind die Kantinen drei und vier völlig überfüllt, und man muß lange anstehen. Das geht an der Pausen- und Essenszeit ab. Sonst gibt es noch die Automaten, Kaffeeautomaten zum Beispiel. Der Kaffee kostet 20 und 30 Pf., dieser Preis ist schon lange so, das Gebräu verdient aber den Namen Kaffee schon lange nicht mehr. Manche Arbeiter kriegen davon Magenschmerzen.

Plakataktionen wie das im Bild „Iß bewußt", machen dem Mitarbeiter bewußt, daß falsche Eßgewohnheiten der Grund für Übergewicht und viele Krankheiten sein können" schreibt die Firmenleitung.

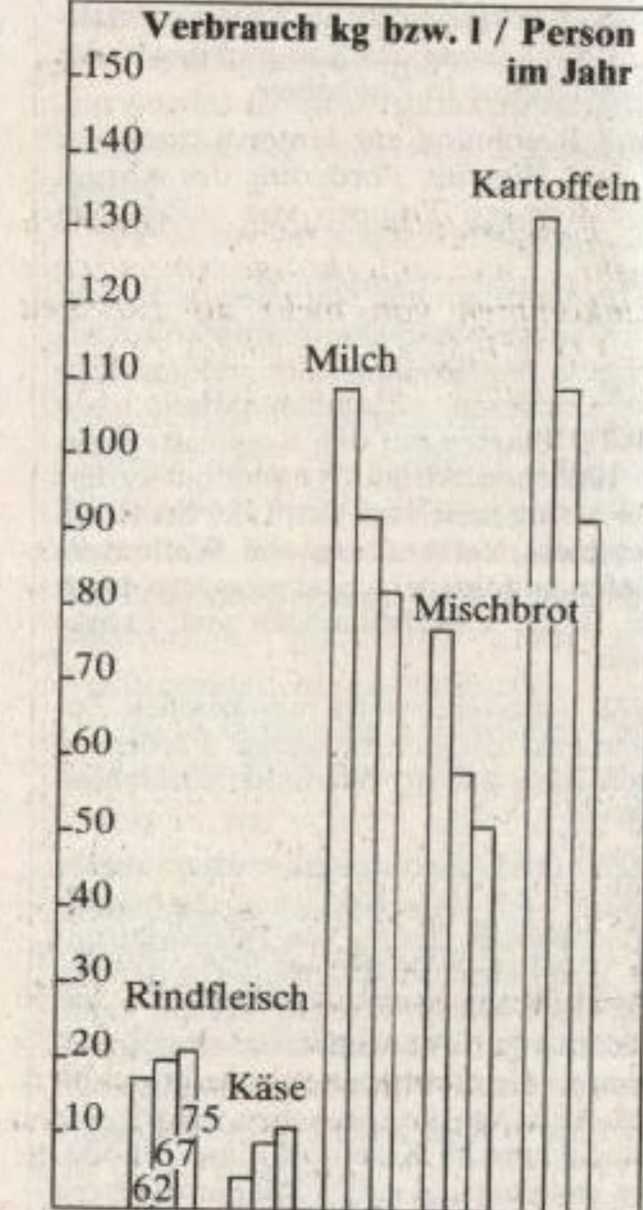
„Schmalkost auf ewig" hält Prof. Regler aus Bad Segeberg für die beste Lösung auf dem Internistenkongreß just am gleichen Tag, als die Ministerin ihren Kantinenauftritt im Fernsehen hatte. Diese Ewigkeitslösung wird unterstützt von einem Prof. Kropp der Medizinischen Hochschule Lübeck: „Wer nicht die erforderliche Disziplin gegen sich selbst aufbringt, schafft es nicht". Der Dritte im Bunde, der von dem „Hamburger Abendblatt" zitiert wird, ein Ernährungswissenschaftler aus Würzburg Prof. Kaspar, setzt dem ganzen die Krone auf: „So sei es unsinnig, einem Kranken mit Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwüren eine Schonkost zu verordnen". Die Geschwüre würden davon nicht weggehen. Er will damit „Uraltzöpfe" abschneiden, auch bei Lebererkrankungen sei es ein „Uraltzopf", viel Eiweiß (nämlich mageres Fleisch) und wenig Fett vorzusehen, das sei überholt. Das normale Krankenhausessen sei ausreichend. Eine Krankenhausköchin des Zentralkrankenhauses Bremen Nord erläutert, was es mit der Normalkost auf sich hat. Steht z.B. auf dem Speiseplan für die Patienten Rindfleisch, handelt es sich um Vorgegartes, aus vielen kleinen Stücken zusammengepreßtes Fleisch, das im Krankenhaus nur noch aufgewärmt wird. Nur so läßt sich die Rationalisierung überhaupt durchsetzen, und Fleischabfälle sind allzumal billiger.

Man sieht, wie an der Front im Gesundheitswesen die „notwendigen Erkenntnisse" für die Kampagne der Ministerin gesammelt, praktiziert und wissenschaftlich modern untermauert werden. Lernen die Kantinenköche von den modernen Ernährungswissenschaftlern, sind sie die geeigneten Vorbilder für „gesunde" Einschränkung des Speiseplans einer Arbeiterfamilie.

„Täglich werden 8,2 Millionen Essen in 31 000 Gasthäusern, 8 500 Kantinen und 11 000 Krankenhäusern und Altersheimen ausgegeben. Die Kantinen liegen dabei mit 2,8 Millionen Essen trotz ihrer wesentlich kleineren Gesamtzahl fast gleich mit den Gasthäusern". (Die Welt, 22.6.77) Das heißt: Hauptsächlich in den großen Belegschaften, wo die Grundlagenproduktion von den Arbeitern geschaffen wird – in der Stahl-, Metall-, Automobil- und Chemieindustrie – sind die Arbeiter auf den Kantinenfraß angewiesen. Sie werden kaum von diesem Fraß sich sich was für zu Hause abgucken wollen, sondern um einen Lohn kämpfen, von dem sie sich und ihre Familie tatsächlich gesund ernähren können. (N-Red)



Angaben aus: Statistisches Jahrbuch 1964, 1976



Aus den Schaubildern ist ersichtlich, daß die Preise für die Grundnahrungsmittel stetig steigen. Der Verbrauch von Milch, Brot und Kartoffeln sinkt stetig. Wurst wird durch Käse ersetzt. Als Ersatz für das Grundnahrungsmittel Kartoffel wird auf Nudeln umgestiegen, deren Verbrauch 1977 zu 1976 um 20 % gestiegen sind.

In 100 g Nudeln sind 2,4 g Fett enthalten, während in der Kartoffel in der gleichen Menge nur 0,1 g sind. Dagegen wird 50 % des Vitamin-C-Bedarfs aus Kartoffeln gedeckt, in Nudeln sind nur Spuren von Vitamin C enthalten.

Für die Seefahrer war die Entdeckung der Kartoffel ein ungeheurer Fortschritt, da sie der gefährlichen Seefahrerkrankheit Skorbut – einer Vitamin-C-Mangelkrankheit – vorbeugte. Für die Lohnabhängigen heute bedeutet die Unerschwinglichkeit der Kartoffeln den Raub eines wichtigen Vitamins, dessen Mangel mit einer Abwehrschwäche gegen Infektionen verbunden ist. Um aus dem neuen Grundnahrungsmittel Nudel 50% des Vitamin-C-Bedarfs zu decken, müßten täglich ca. 2,5 kg Nudeln gegessen werden.

Betr.: Lebensmittelchemische Untersuchung Aldi-Wurst

„Weit bestimmend ist bei Fleischerzeugnissen in erster Linie der absolute Anteil an binde- und fettgewebefreiem Fleisch und dessen relativer Anteil am Gesamtfleisch." (Leitsätze des deutschen Lebensmittelbuches, herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit)

Das Ergebnis der Analyse der Aldi-Wurst ist: 36 % der Wurst besteht aus nichts als Wasser, zu 39 % aus Fett. Die übrigen 25 % verteilen sich zu fast gleichen Teilen auf Knochen- und Knorpelbestandteile und mehr als 10 % Leim, der das ganze zusammenhält. Die hohe Temperatur der Wurst ist Garant für einen guten Nährboden für Salmonellen.

Für dieses fragwürdige Gemisch handelt sich der Aldi-Kunde eine Unmenge an Fett und Schlacken ein. Wer auf solche „Fleischprodukte" angewiesen ist, um die lebensnotwendigen Eiweißbestandteile zur Erhaltung seines Körpers aufzunehmen, seine Arbeitskraft zu reproduzieren, überlastet zugleich seinen Stoffwechsel mit Energieträgern. Als Fette schleichend in den Gefäßen abgelagert, führen sie zu den „Wohlstands"-Krankheiten, die die Sterbestatistik füllen (Arteriesklerose, Hochdruck, Herzinfarkt u.a.).



Daten zur Wurst:
Plockwurst einfach
Hersteller: Bernhard Barfuß
Westfälische Fleischwarenfabrik
4353 Erckenschwiek

Verkäufer: Aldi-Markt Kiel

Gekauft am 7.7.77, 9.35 Uhr
Mindesthaltbarkeitsdauer laut Aufdruck: 19.8.77
Preis: 2,48 DM
Die Wurst war im Laden offen gelagert, d.h. nicht in einem Kühlfach.
Aufgedrucktes Gewicht: 350 g

Untersuchung
Gewicht:
mit Pelle 354,4 g
ohne Pelle 334,1 g

Temperatur in der Wurst: 25,5 Grad Celsius (die Wurst wurde normal in einer Einkaufstasche aufbewahrt)

pH-Wert: 4.54
(Bestimmung: 10 g Wurst in 50 ml aqua dest. homogenisiert, saurer pH-Wert deutet auf hohen Säureanteil in der Wurst; vermutlich Phosphorsäure)

Wassergehalt: 36 %, d.h. 120,2 g der Wurst bestehen aus Wasser

Aschegehalt (d.h. Gehalt an anorganischer Substanz):
3,06 % bezogen auf das Frischgewicht
4,8 % bezogen auf das Trockengewicht

Protein (Eiweiß):
12,5 % bezogen auf das Frischgewicht
19,6 % bezogen auf das Trockengewicht

Fett (Gesamtfett):
40,2 % bezogen auf das Frischgewicht
62,8 % bezogen auf das Trockengewicht

Fehlerspanne bei Fett und Proteinuntersuchungen: 5 %

Mikroskopischer Überblick:
Überwiegend sehniges Gewebe, Knochensplitter, Knorpel; Material völlig zerfasert

Anteil der Bindemittel: konnte nicht bestimmt werden, Photo Nr. 7 deutet auf sehr hohen Anteil, eventuell bis 10 %

Die Untersuchung wurde durchgeführt am 7.7.77 durch einen Diplom-Biologen – (Bez. Holstein)

MAN-Arbeiter kämpfen gegen Rationalisierung und Werkschließung

Interview mit einem Arbeiter

Du hast bis vor kurzem bei MAN gearbeitet. Warum wurdest Du entlassen?

Mir haben sie gesagt, aus persönlichen Gründen. Das haben sie jetzt bei allen anderen auch gesagt, die jetzt die Kündigungen erhalten haben. Im Kesselbau sind das alles Einzelkündigungen gewesen.

Wieviele Arbeiter sind aus Deiner Abteilung entlassen worden?

Aus meiner Abteilung sind es einzelne, aber im Kesselbau gibt es 250 Kündigungen. Wobei das noch nicht sicher ist, daß diese Anzahl durch Kündigung geht, weil die Kollegen, die vorzeitig gehen, die werden nicht wieder ersetzt.

Wie sieht die Auftragslage in Deiner bisherigen Abteilung aus, und wieviel Überstunden wurden gemacht, wie sieht's mit der Arbeitshetze aus?

In meiner Abteilung – das ist die Ersatzfertigung – da ist die Auftragslage sehr gut, da werden auch jede Menge Überstunden gemacht. Jeden Tag zwei Stunden, obwohl da ja Schließung droht. Die Steigerung der Arbeitshetze, das geht über Akkord. Der Akkord der wird festgesetzt vom Kalkulator. Wenn man dann mehr Zeit verlangt, dann heißt es, ja, in Augsburg, die sind noch niedriger kalkuliert. Und dann macht der Kalkulator so, als wenn er mit sich reden läßt und gibt die Hälfte zu. Das bleibt dann aber nur eine einmalige Zuweisung, damit man es lernt bei der erstmaligen Ausführung.

Es hat einige Betriebsversammlungen gegen die Stillegung des Werkes gegeben, in der letzten Woche über drei Tage. Ist dort die Frage des Streiks als Kampfmittel angesprochen worden? Wie steht der Betriebsrat dazu?

Über Streik wurde früher viel diskutiert, als das anfing auf dem Kesselbau. Da sind auch einige extra in die Gewerkschaft eingetreten deswegen. Der Betriebsrat hat von Streik nie direkt gesprochen, das darf er ja auch nicht laut BVG. Im letzten Jahr hat er gesagt, er wolle seine Kräfte verdoppeln und verdreifachen, das war zu dem Zeitpunkt, als wir über Betriebsbesetzungen diskutiert haben. Was er darunter verstand, haben wir dann das Jahr über gesehen. Die Regierungsvertreter haben sie angekarrt. Wehner, Apel, Klose usw., alle haben sie versprochen, was zu tun. Natürlich nichts.

Letzte Woche war eine Kundgebung der IG-Metall vor dem Werktor. Es waren gerade hundert anwesend. Wie wurde dazu mobilisiert?

Vorher aufgerufen wurde überhaupt nicht. Selbst die Vertrauensleute wußten erst ab halb drei Bescheid, und um vier Uhr sollte die Kundgebung sein. Einige Abteilungen wußten überhaupt nichts davon. Protestiert werden sollte gegen eine einstweilige Verfügung der Kapitalisten gegen die dauernde Betriebsversammlung Die haben aber wohl auf einen Gerichtsentscheid orientiert, der zur gleichen Zeit erwirkt werden sollte gegen die einstweilige Verfügung, an uns haben die da nicht gedacht.

Die Solidarität mit Eurem Kampf ist groß. Aus vielen Hamburger Metallbetrieben hat es schon Solidaritätsadressen an Euch gegeben. Zu der Kundgebung sind z.B. von Valvo Arbeiter sogar mit einem Autokonvoi gefahren. Bist Du der Meinung, daß von Eurer Seite mehr getan werden müßte, um diesen Kampf gegen die Stillegung erfolgreich zu führen?

Natürlich muß mehr getan werden, denn erstens ist es nicht nur eine Stillegung, wahrscheinlich wird ja das ganze Werk stillgelegt, was die Kapitalisten anscheinend vorhaben. Die Probestände für die Dieselmotoren, die in Hamburg geprüft werden, werden demnächst in Augsburg gebaut, wo dann dieselben Motoren in Augsburg geprüft werden.

Wenn der Kampf jetzt verlorengeht, und es sieht ja schon fast danach aus, daß der Kesselbau stillgelegt wird, dann weiß ich nicht, ob es überhaupt noch klappen kann, die Stillegung des ganzen Werkes zu verhindern.

Was meinst Du, was man machen muß?

Vieles ist versäumt worden, man hat ein ganzes Jahr vertrödelt, hat den Senat angerufen, und da ist nichts gekommen. Die ewige Abwarterei, der sogenannte Kampf hinter den Kulissen, das hat alles nichts gebracht. Man hätte von Anfang an so vorgehen müssen, wie bei Fokker in Speyer. Es waren ja mal Vertrauensleute aus Speyer in Hamburg, die darüber berichtet haben. Da hat der Betriebsrat durchblikken lassen, daß man an Betriebsbesetzung denke. – (Bezirk Hamburg Unterelbe)

Der Tarif kann nicht halten – 60 Pf. Lohnerhöhung müssen her

Osnabrück. Etwa die Hälfte der Belegschaft bei Karmann ist in den Lohngruppen unterhalb des Facharbeiterecklohnes (Lohngruppe 5) eingruppiert. Das sind die Lohngruppen 2,5 bis 4,5. Werden Neueinstellungen vorgenommen, bekommen die Arbeiter eine Einarbeitungszeit (vier Wochen). Während dieser Zeit kommen sie über die Lohngruppe 4, allerhöchstens 4,5, nicht hinaus. Grundlohn bei Lohngruppe 4,5 ist 7,73 DM und 26 % Leistungszulage sind 9,74 DM. Im Monat macht das netto ca. 1 150 DM. 6 100 Arbeiter arbeiten gegenwärtig bei Karmann. Das sind 1 100 mehr als am Jahresanfang 1976. Neueinstellungen wurden aber fast 2 000 von der Geschäftsleitung durchgeführt. Aufgrund der scharfen Schweißauspressung in der Produktion und des niedrigen Nettolohnes kündigen viele schon nach wenigen Monaten. Die etwa 1 000 Frauen, die als Kranführerinnen im Werkzeugbau, in der Sattlerei und Polsterei oder an den Bändern die „leichte" Arbeit verrichten, sind in der Lohngruppe 2,5 bis 3,5 eingestuft. Der Nettolohn bei ihnen liegt bei 900 DM bis 1 050 DM, und das auch nur bei 26 % Leistungszulage und Spätschichtzulage.

So gelingt es den Karmann-Kapitalisten, den Lohn der Belegschaft fast auf einen Gelegenheitsarbeiterlohn zu drücken.

Auffällig wird es, wenn die Studenten von der Universität und der Fachhochschule Semesterferien haben. In den Zeiten sind die Bänder voll mit jungen und frischen Arbeitskräften, die in den Lohngruppen 2,5 bis 4 malochen müssen wie jeder andere. Schon nach wenigen Stunden sind sie an den Bändern eingearbeitet, so daß sie am zweiten oder dritten Tag schon voll eingesetzt werden. Studenten läßt Karmann auch gern für sich arbeiten, weil sie von ihrem Lohn keine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen brauchen, das heißt für ihn, daß er dadurch auch noch die „Lohnnebenkosten" einspart.

Mit diesem Lohn ist kein Leben zu fristen, es sei denn, man schindet Überstunden und Sonderschichten. 220 bis 250 Stunden im Monat sind keine Seltenheit. Jeden Samstag arbeiten und jeden Tag 10 Stunden. In der Abteilung Porsche-Kotflügel, wo seit zwei Monaten die Überstunden und Sonderschichten fast ganz abgeschafft sind, spüren die Arbeiter die Auswirkungen. Ein Arbeiter, der 193 Stunden den letzten Monat gemacht hat, hat knapp 1 300 DM verdient. Das sind 70 DM mehr als ein anderer, der normal 176 Stunden gemacht hat. Davon kann man die Arbeitskraft nicht reproduzieren und erst recht keine Familie ernähren. Viele Arbeiter sagen: „Uns fehlen die 500 DM mehr, die wir mit den vielen Überstunden und Sonderschichten gemacht haben. Was sollen wir mit den paar Kröten machen." „Hätten wir vorher nicht die vielen Stunden gekloppt, den Urlaub hätten wir uns in den Arsch blasen können. 14 Tage Ostsee kosten schon 600 DM für vier Personen. Essen muß man sich selber kochen, aber mehr sitzt nicht drin."

In den Abteilungen entbrennen um den Lohn die Debatten. „Wir brauchen mehr Lohn." Das ist jedem klar. Nur, wie machen? Einige meinten: „Wir sollten geschlossen zum Meister gehen und mehr Geld verlangen." Damit haben die Arbeiter aber schon ihre Erfahrungen gemacht, der erste Anlauf klappte nicht, dann bröckelte die Front schnell auseinander. Es fehlt die Kraft der ganzen Belegschaft. So meinte auch ein anderer Arbeiter, daß man die Einheit der ganzen Belegschaft herstellen müßte. Dazu muß man eine Forderung haben, auf der man sich zusammenschließen kann, für die man kämpfen kann und die durchzusetzen ist.

Während der letzten Tarifrunde sind im Betrieb vier Briefe mit insgesamt 120 Unterschriften für 1 DM mehr die Stunde und für Streichung der unteren Lohngruppen an die Tarifkommission gegangen. Der 6,9 %-Lohnraubabschluß hat durchschnittlich 60 DM gebracht. 170 DM, so war die Forderung gewesen. Jetzt fehlt das Geld. 60 Pfennig mehr, das sind etwa 100 DM, die brauchen wir unbedingt. – (Zelle Karmann, Osnabrück)

100DM monatlich mehr Lohnabzüge für Siemens-Krankenversicherung

100DM monatlich mehr Lohnabzüge für Siemens-Krankenversicherung

Auswirkungen des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes

Braunschweig. Die Siemenskapitalisten teilten der Belegschaft über eine „Siemensbetriebskrankenkasse-Information" an den Schwarzen Brettern mit, wie sie gedenken, die Löhne der Arbeiter und Angestellten über die Siemens-Betriebskrankenkasse (SBK) mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz zu senken und flüssiges Kapital in ihre Taschen zu leiten:

„Familienhilfe: Kein Anspruch mehr, wenn Angehörige ein eigenes Einkommen von mehr als zur Zeit 370 DM haben (freiwillige Versicherung möglich, bei Studenten Pflichtversicherung)".

Bisher waren die Frauen, auch wenn sie arbeiteten und einen Lohn von zur Zeit unter 2 250 DM (Versicherungsgrenze) hatten, ebenso die Kinder in Ausbildung bis zum 25. Lebensjahr über die Männer mitversichert (ohne Mehrbeitrag).

Diese neue Regelung ist der entscheidende Angriff auf den Lohn der Arbeiterfamilie: Arbeitet die Frau mit und hat zum Beispiel 1 460 DM im Akkord, so muß sie jetzt 71,38 DM Krankenkassenbeitrag, ein Sohn in Ausbildung muß zwischen 19,63 DM (1. Lehrjahr) und 27,31 DM (2. Lehrjahr) Krankenkassenbeitrag zahlen. (Die Ausbildungsvergütungen liegen über 370 DM brutto: 1. Lehrjahr 409 DM, 4. Lehrjahr 569 DM)

Zwischen 90 und 100 DM monatlich mehr gehen so aus den Taschen der Arbeiterfamilien über die Versicherung in die Taschen der Kapitalisten.

„Fahrkosten: Erstattung nur dann, wenn je einfache Strecke mehr als 3,50 DM angefallen sind."

Bisher wurden Fahrkosten nach den Sätzen des öffentlichen Nahverkehrs, Bundesbahn 2. Klasse, sowie Krankentransportpauschale von der Kasse übernommen. Muß jetzt ein Arbeiter aus einem Vorort zum Beispiel zu einer medizinischen Behandlung in die Stadt, so soll er bei acht Behandlungen im Monat 28 DM selber tragen.

„Haushaltshilfe: Keine Kostenerstattung mehr bei Haushaltshilfe durch Verwandte und Verschwägerte (z.B. Oma)."

Bisher wurden die Kosten erstattet, auch für Verwandte und Verschwägerte, wenn diese wegen Erkrankung eines Elternteils die Pflege eines unter acht Jahre alten oder behinderten Kindes übernahmen. Das soll jetzt die Arbeiterfamilie selber tragen, oder aber die Verwandten sollen dafür keine Entschädigung verlangen.

„Entbindungskosten: Pauschale künftig 100 DM, nur dann, wenn ärztliche Betreuung vor und nach der Entbindung in Anspruch genommen wird."

Bisher wurde eine Pauschale von 80 DM gezahlt für die mit einer Entbindung in Zusammenhang stehenden Kosten. Ein Nachweis dafür brauchte nicht erbracht werden. Jetzt soll die ärztliche Betreuung der Mutter zur Voraussetzung gemacht werden. Ist das nicht der Fall, und oft ist das nach dem Krankenhausaufenthalt gar nicht mehr nötig, soll die Arbeiterfamilie die zusätzlichen Kosten der Entbindung selber zahlen.

„Zahnersatz, Kronen: Höchstzuschuß 80 %, bisher SBK -Zuschuß 90 %."

31 Millionen DM hat die SBK 1975 für Zahnersatz zubezahlt. Nimmt man nur den Satz dieses Jahres, so sind das 3,1 Millionen DM, die die Versicherten selber zahlen sollen und die den Kapitalisten zur Verfügung stehen.

Zum Abschluß die Krönung: Der Beitrag wird 1977 zwar nicht erhöht, (zum 1.1.76 erst von 8,0 % auf 9,6 % erhöht), aber: *„Der Stein der Weisen ist dieses Gesetz nicht. Die Krankenkassen werden mit hohen Kosten der Krankenversicherung der Rentner zusätzlich belastet. Eine sofortige Beitragserhöhung ist nur deshalb vermeidbar, weil die SBK-Finanzlage gut ist. Für 1978 stellt sich diese Frage aber unausweichlich."*

Also erst den Arbeiterfamilien das Geld aus der Tasche ziehen durch Leistungskürzungen, dann gleich Beitragserhöhungen fürs nächste Jahr ankündigen.

Die Betriebskrankenkasse Siemens ist mit 227 000 Mitgliedern und ebensoviel Familienversicherten die größte Betriebskrankenkasse der BRD. Jahreseinnahme 1976 ca. 370 Millionen DM. Die Siemenskapitalisten halten sie über zwei Wege direkt unter Kontrolle: Erstens über ihre Vertreter im Kassenvorstand, die direkt aus der Münchener Vorstandsabteilung „Zentralabteilung Personal- und Sozialpolitik" delegiert werden. (Vorstandsvorsitzender 1975: Herr von Hassel, Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Vorsitzender 1976/77: Ferdinand Turek, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens-AG). Zweitens zahlen die Siemenskapitalisten direkt die Personalkosten der Kasse und halten damit das Personal unter ihrer Kontrolle. – (Zelle Siemens, Braunschweig)

„Sparsam mit Überstunden"

Der Kapitalistenverband Gesamtmetall hat erklärt, die „Unternehmen sind damit (mit Überstunden, Red.) weit sparsamer als früher". Man solle die Überstunden nicht angreifen, sie seien an der Arbeitslosigkeit nicht schuld. Was ist dran an der „Sparsamkeit" mit Überstunden?

Gesamtmetall gibt an, die durchschnittliche Überstundenzahl liege bei 2,0 Stunden pro Woche. Von Januar 1976 auf Januar 1977 sei sie um 0,2 Stunden gestiegen. Dann wird mit 1974 (!) verglichen und gesagt, im Vergleich zu damals seien es aber wirklich wenig Überstunden. Also menschliche Kapitalisten, weniger Ausbeutung? Das Gegenteil ist der Fall.

Erstens: Die Steigerung ist natürlich ungleichmäßig. In einigen Bereichen der Metallindustrie stecken die Kapitalisten so tief in der Krise, daß Kurzarbeit und Entlassungen das Bild beherrschen und Überstunden sich kaum noch rechtfertigen lassen. Dort, wo sich irgendein Profit in reizvoller Nähe machen läßt, steigt die Zahl der Überstunden enorm. Nach Angaben der Kapitalisten am stärksten bei Kaltwalzwerken, Gießereien, dann in der *Automobilindustrie.* In der Automobilindustrie liegt der Wochendurchschnitt an Überstunden bei 2,7 Stunden.

Der *Zwang* zu Überstunden wurde verschärft durch den niedrigen Lohn und die industrielle Reservearmee. Die *Zerrüttung der Arbeitskraft* ist mit der *Intensivierung der Arbeit* ungeheuer gestiegen. Stolz berichtet der Kapitalistenverband:

„Die Zahl von 2,0 Überstunden pro Woche wurde bei einer Kapazitätsauslastung von 83,4% (IFO) erreicht; bei einem annähernd gleichen Auslastungsgrad wurden zum Beispiel Anfang 1974 noch 2,5 Überstunden, im Herbst 1972 und im Herbst 1968 sogar drei Überstunden verfahren. Das hieße im Klartext: Die Unternehmen sind heute bei gleicher Kapazitätsauslastung mit Überstunden wesentlich sparsamer als früher." (Handelsblatt, 2.7.77)

Das Kapital hat den Drang, den Arbeiter solange und so intensiv wie möglich auszubeuten. Von 1968 bis 1975 ist nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches die „Arbeitsproduktivität" um 47% gestiegen. Die Kapitalisten steigern die Überstunden *und* die Intensivierung. Die Intensivierung der Arbeit macht die zusätzliche Arbeit noch mehr zur Qual und führt noch eher zur Zerrüttung der Arbeitskraft. Der Kampf für den Siebenstundentag und für das Verbot der Überstunden nimmt deshalb einen Aufschwung. Nicht weil die Arbeiter meinen, die Arbeitslosigkeit *damit* abschaffen zu können, wie „Gesamtmetall" unterstellt. Weil die Arbeitslosigkeit ein Ergebnis der Profitwirtschaft ist, werden wir sie zusammen mit den ehrenwerten Mitgliedern von Gesamtmetall abschaffen. – (Z-Red.)

Erfolgreicher Streik bei VW-Mexiko
„So kann man Schmücker in die Knie zwingen!"

Wolfsburg. Anfang Juli streikten die etwa 7 000 Arbeiter und Angestellten des VW-Werkes Mexiko für mehr Lohn. Bereits nach einem Tag erfolgte die Zusicherung der Geschäftsleitung, daß sie 12 % mehr Lohn zahlt. Der erfolgreiche Streik zeigt, daß die Arbeiter die gegenwärtigen Konkurrenzschlachten auf dem Weltmarkt gut ausnützen können, um ihre Forderungen gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Darüber wurde unter den Arbeitern des Wolfsburger VW-Werkes diskutiert. „So kann man Schmücker in die Knie zwingen. Frerk vom Vorstand hat auf der letzten Betriebsversammlung zugegeben, daß schon jetzt einige Kunden abspringen wegen langer Lieferfristen." „Nötig wärs hier auch, die Lohnerhöhung ist jetzt schon weg". Dieser Meinung waren viele. „Aber wie kann man sich zusammenschließen, wie wird man fertig mit den Sozialdemokraten, die alles abblocken?" „Wie haben sie das denn in Mexiko gemacht? Die Zeitungen schweigen es ja fast tot". Ein Genosse geht hoch zu Ehlers, dem Betriebsratsvorsitzenden, um Genaueres rauszukriegen. „Dafür sind wir nicht zuständig", sagt Ehlers, und dann: „Ich weiß zwar einiges, aber ich sag dir nichts. Du bist vom KBW und schreibst das in die ‚Zündkerze' " (Betriebszeitung des KBW bei VW-Wolfsburg). Die Sozialdemokraten fürchten den Zusammenschluß der Arbeiter über die Grenzen hinweg, er entzieht ihren Versuchen, Chauvinismus zu predigen, den Boden.

P & S Peine: 350 Angestellte entlassen oder in die Produktion

Peine. Um rund 350 Angestellte, gut ein Fünftel aller Angestellten im Werk Peine, soll die Belegschaft von P & S, Werk Peine, verringert werden. Ein großer Teil der Entlassungen steht im Zusammenhang mit der Verlegung der P & S-Hauptverwaltung von Peine nach Salzgitter, wo die Hauptverwaltung der Salzgitter AG ist. Ein Teil ist schon über die 59er Regelung entlassen worden, die anderen werden vor die Alternative gestellt, entweder in die Produktion zu gehen oder entlassen zu werden. Über kurz oder lang werden die Umsetzungen in die Produktion mit Lohneinbußen verbunden sein. Zunächst sollen sie auf Grundlage des niedrigen Lohns zu weiterer Spaltung der Belegschaft genutzt werden wie die Umsetzungen der Facharbeiter jetzt schon. Ein Facharbeiter mit 32 Punkten, 10,72 DM, steht sich bei gleicher Arbeit im Blasstahlwerk am Konverter natürlich erheblich besser als ein Konvertermann mit 19 Punkten, 9,02 DM, jeweils ohne Prämie. Verschiedentlich hat das zu Reibereien geführt. Und prompt gibt es im Werk Salzgitter das Gerücht, daß den Facharbeitern die Lohngarantie aus Gründen der „Gerechtigkeit" vorzeitig gestrichen werden soll. Schöne Gerechtigkeit. Im Lohnkampf kann die Spaltung überwunden werden.

gestrichen werden soll. Schöne Gerechtigkeit. Im Lohnkampf kann die Spaltung überwunden werden.

„TBC-Fürsorge" der Bourgeoisie: Kontrolle und Bespitzelung der Massen

Im Februar 1977 hat das „Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose" die Statistik der „Neuzugänge an aktiver Tuberkulose" für 1974/75 veröffentlicht.

1974 erkrankten 36 551 neu an Tuberkulose, davon 5 198 ausländische Arbeiter. Insgesamt 109 840 Tbc-Kranke wurden 1974 gezählt, davon 10 730 Ausländer. 1975 ging die Zahl der Erkrankten auf 99 817 und die der „Neuzugänge" auf 34 07 nur leicht zurück.

Mit 264,9 (1974) bzw. 266,1 (1975) Tbc-Kranken auf 100 000 Ausländer und 177,2 (1974) bzw. 161,9 (1975) Erkrankten bezogen auf 100 000 der gesamten Bevölkerung war der Anteil der Ausländer besonders hoch.

Die Neuerkrankungen der ausländischen Arbeiter liegen doppelt so hoch wie der Gesamtdurchschnitt: 115 auf 100 000 Ausländer gegenüber 55,1 auf 100 000 der Gesamtbevölkerung.

In der Altersgruppe der 25 bis 30 jährigen Männer liegt ihr Anteil bei 36,3 %, bei den Kindern unter fünf Jahren bei 38 % der Neuerkrankten. Tbc ist eine Infektionskrankheit, deren Verbreitung mit der Verelendung, mit schlechter Ernährung, schlechten Wohnverhältnissen usw. eng zusammenhängt.

Mit der Begründung, daß Ausländer häufiger Tbc bekommen, wird ihre Kontrolle durch das Gesundheitsamt besonders scharf gehandhabt: Sie müssen häufiger und länger nach einer Tbc-Erkrankung zur „Nachkontrolle".

Die regelmäßige „Überwachung" der ausländischen Arbeiter ist Bedingung für die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung, deshalb stehen sie mit ihrer Adresse in der Zentralkartei des Gesundheitsamtes. Weigern sich die Ausländer, zur Untersuchung zu kommen, wird mit der Meldung ans Ordnungsamt gedroht: „Ob die dann Ihre Aufenthaltsgenehmigung verlängern?"

Während meines Praktikums im Gesundheitsamt Hannover hat die Kriminalpolizei angerufen und den Namen eines Ausländers genannt, dessen Adresse sie beim Ordnungsamt nicht gefunden haben. Im Rahmen der „Amtshilfe" suchte sie die Ärztin jetzt aus der Zentralkartei.

Australische Dockarbeiter bestreiken Oetker-Schiff mit Uran-Lieferung

Hamburg/Melbourne. Durch den Uran-Transport in die USA und Kannada von Australien aus macht die Reederei Hamburg-Süd enormen Reibach und sichert gleichzeitig damit den Imperialisten ihr Energieprogramm. Am 2.7. haben im Hafen von Melbourne Kernkraftwerksgegner und Hafenarbeiter demonstriert, um ein Hamburg-Süd-Schiff am Auslaufen zu hindern. Eine Besetzung des Schiffes ist nur dadurch verhindert worden, daß der Kapitän noch rechtzeitig die Laufplanken einziehen ließ. Die Polizei hat in einem Einsatz mit Pferden vergeblich versucht, die Demonstranten auseinanderzujagen. Inzwischen bestreiken die Dockarbeiter mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft das Schiff. Solange, bis die Uran-Lieferung wieder an Land gebracht wird. Erneute Massendemonstrationen sind angesagt.

Die westdeutsche Bourgeoisie mußte voll Sorge von dem Streik berichten, denn in Zukunft soll australisches Uran auch in die Bundesrepublik geliefert werden, was Bundeskanzler Schmidt in der vorigen Woche mit dem australischen Premierminister vereinbart hat.

Reinigung für „Liebesdienst"

Hamburg. Vor kurzem war Steuerdieb Apel im Hamburger Aluminium-Werk. Das Werk wurde auf Hochglanz gebracht. Auf der Betriebsversammlung diese Woche hat ein Arbeiter aus der Gießerei berichtet, wie diesem Kerl der Teppich gelegt wurde. „Die Luft war wie im Sanatorium. Denn die Öfen wurden seit einigen Stunden nicht mehr bearbeitet. Die Arbeiter mußten sich bis auf eine Notbesatzung in den Pausenräumen aufhalten, damit ja niemand dem feinen Herrn erzählen konnte, daß es hier sonst anders aussieht." Die Kapitalisten sahen noch einen weiteren Grund, die Arbeiter einzusperren: Werksleiter Wilde sagte auf der Versammlung: Der Apel ist ja an sich einer von Ihrer Couleur, aber uns verbindet so viel mit ihm, er hat sich für unser Werk eingesetzt, daß man ihn in dieser gebührenden Weise empfangen mußte.

Wir Arbeiter wissen immer besser um die „Couleur" solcher Kerle wie Apel! Hat er doch mit dafür gesorgt, daß Reynolds damals beim Aufbau des Werkes eine Milliarde Subvention aus Lohngeldern vom Senat erhielt. Dies Geld haben die Kapitalisten genutzt für moderne Produktionsanlagen, um die Arbeiter auszubeuten.

die „Couleur" solcher Kerle wie Apel! Hat er doch mit dafür gesorgt, daß Reynolds damals beim Aufbau des Werkes eine Milliarde Subvention aus Lohngeldern vom Senat erhielt. Dies Geld haben die Kapitalisten genutzt für moderne Produktionsanlagen, um die Arbeiter auszubeuten.

Tarifkampf im Buchhandel in Westberlin

Circa 100 Beschäftigte aus dem Buchhandel waren auf der Protestveranstaltung am Donnerstag, dem 7.7.77, im DGB-Haus anwesend.

Die Veranstaltung wurde von der Gewerkschaft durchgeführt. Die Versammelten haben beschlossen:

Warnstreik im Buchhandel für die Durchsetzung der 170 DM-Forderung. Gegen das 4,8 %-Angebot der Kapitalisten. Der Warnstreik beginnt am Dienstag um 9.30 Uhr und soll bis um 11.30 Uhr andauern. Er soll in den Schwerpunktbetrieben durchgeführt werden (Verlag Springer; de Gruyter und der Buchhandlung Kiepert). Die Gewerkschaft erstellt dazu ein Plakat.

Die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Betrieben sind aufgefordert sich zu beteiligen, indem sie z.B. sich vor den genannten Betrieben einfinden.

Sozialdemokraten und Revisionisten haben die Debatte über die Punkte: „Verhandlungen müssen von der Tarifkommission für gescheitert erklärt werden, Urabstimmung muß eingeleitet werden", unterdrückt. In dem von ihnen vorgeschlagenen Aufruf fehlte die 170 DM-Forderung.

Die Tarifkommission wird dies in dem Aufruf ändern. Der Warnstreik kann gut zur Vorbereitung der Urabstimmung genutzt werden.

AEG: Umsatz um 6 % auf 13,5 Mrd. gesteigert

Westberlin. Auf der Aktionärsversammlung der AEG am 23.6.77 wurde der Geschäftsbericht für 1976 vorgelegt. Der Weltumsatz ist mit 13,5 Mrd. DM um 6 % gesteigert werden. Erreicht haben das die AEG-Kapitalisten durch eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung: Die Belegschaft wurde um 1 000 Mann verringert, während gleichzeitig dauernd neue Arbeiter eingestellt wurden, um durch eine Umwälzung der Belegschaft Lohnsenkung und Verlängerung des Arbeitstages durchzusetzen.

Mit der Entlassung von Arbeitern, die krank waren, haben die Kapitalisten erreicht, daß sich Arbeiter mit Fieber ans Band setzen. Mit Entlassung von Arbeitern, die den Akkord nicht schafften, haben sie die anderen zu höheren Leistungen gezwungen und sogar dazu, daß in den Pausen weitergearbeitet wird. Eine Lohnabsicherung für Arbeiter, die aus der Akkerstraße, einem Betriebsteil, der geschlossen werden soll, in andere Fabriken übernommen werden sollen, haben die Kapitalisten mit Unterstützung der Sozialdemokraten auf ein Jahr beschränkt, um dann den Lohn zu drücken.

In der Motorenfabrik in der Brunnenstraße und in der Verwaltung am Hohenzollerndamm werden seit Monaten Arbeitsplätze nicht mehr besetzt, Arbeiter werden entlassen, solche mit Zeitvertrag nicht übernommen.

„350 Stunden im Monat sind keine Seltenheit"

Auslandsgeschäfte der Baukapitalisten

Westberlin. „Im Baugewerbe werden auch 1977 wieder etwa 25 000 Arbeitsplätze durch den Zusammenbruch von vermutlich abermals rund 1 000 Unternehmen auf Dauer vernichtet werden", so der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes im Tagesspiegel vom 30.3.1977. Von 1972 bis 1976 wurden über 400 000 Bauarbeiter „freigesetzt". (Die Welt, 8.12.1976). Allein in den letzten zwei Jahren gab es 2 500 Pleiten.

In der Bauindustrie herrscht Überproduktionskrise. Die Profitproduktion ist ins Stocken geraten. Der massenhaften Vernichtung von Kapital der kleinen und mittleren Baukapitalisten steht gegenüber eine gewaltige Konzentration und Zentralisation von Kapital in den Händen weniger Baukonzerne, die vom Finanzkapital kommandiert werden. Am geschätzten Bauvolumen von 1976 mit 154 Milliarden Mark (Tagesspiegel, 9. 12. 1976) hatten die zehn größten Baukonzerne einen Anteil von über 20 %, darunter Philipp Holzmann AG (Deutsche Bank), Hochtief AG (Commerzbank), Bilfinger und Berger Bau AG (Dresdner Bank), Beton- und Monierbau AG, Dyckerhoff & Widmann AG und Strabag AG. Um aus der Krise rauszukommen, betreiben die Baukonzerne seit 1973/1974 verstärkte Expansion vor allem in arabische und afrikanische Staaten. Die Philipp Holzmann AG hat in den vergangenen drei Jahren ihre Bauleistung im Ausland auf die achtfache Höhe geschraubt (FAZ, 24.6.77), Hochtief AG hat es in demselben Zeitraum auf die vierfache Auslandsbauleistung gebracht (FAZ, 22.6.77). Fast 90 % der Auslandsaufträge 1976 mit einem Bauvolumen von 12 Milliarden DM entfielen an die zehn größten Baukonzerne. Einher geht mit diesem Expansionsstreben die verschärfte Konkurrenz unter den Imperialisten. Im Geschäftsbericht der Philipp-Holzmann AG heißt es dazu: „Zudem wurde der internationale Wettbewerb inzwischen

entfielen an die zehn größten Baukonzerne. Einher geht mit diesem Expansionsstreben die verschärfte Konkurrenz unter den Imperialisten. Im Geschäftsbericht der Philipp-Holzmann AG heißt es dazu: „Zudem wurde der internationale Wettbewerb inzwischen

durch das Auftreten von Baugesellschaften aus asiatischen Ländern verschärft". Grundlage für die gewaltige Konzentration der westdeutschen Bauindustrie und Expansion zwecks Erzielung von Höchstprofiten ist die verschärfte Ausbeutung der Bauarbeiter. So haben die Baukapitalisten in den letzten fünf Jahren den Umsatz pro Bauarbeiter um 275 % gesteigert. Die Akkordvorgabezeiten wurden in Westberlin zwischen 45 und 60 % gekürzt. Einher geht mit der verschärften Ausbeutung der Bauarbeiter die vollständige Ruinierung ihrer Arbeitskraft. Bei einem Anteil der Bauarbeiter von 11,6 % an allen industriellen Arbeitern beträgt der Anteil an den Arbeitsunfällen 23 %, der Anteil der tödlichen Arbeitsunfälle 24,3 % („Rationeller bauen" vom 14.9.76).

Die Westberliner Firma Pegel und Sohn baut gegenwärtig in Saudi-Arabien nahe der Stadt Riad, mitten in der Wüste eine Wohnsiedlung für das Militär im Werte von elf Milliarden DM. Im Vergleich zu anderen Firmen ist Pegel und Sohn relativ klein (ca. 450 Beschäftigte in Westberlin) und verfügt noch nicht über die gleichen Verbindungen und Erfahrungen im Auslandsgeschäft wie die Konkurrenz. Also muß erheblich „billiger" produziert werden.



Für einen Nettostundenlohn von acht DM müssen die Arbeiter dort unter mörderischen Arbeitsbedingungen bei bis zu 60 Grad für den Kapitalisten schanzen. Sie sind dort der gehässigsten Schikane ausgesetzt. Bis zur Mitte des Jahres hatten allein aus Westberlin über 50 Arbeiter die Rückreise angetreten, entweder selbst gekündigt oder sind gekündigt worden. Hier ein Bericht auf Grundlage der Aussagen der Arbeiter:

Die Normalarbeitszeit beträgt laut in Westdeutschland abgeschlossenem Vertrag 270 Stunden im Monat. (BRD Durchschnitt: 173 Stunden, Saudi-Arabien: 208 Stunden). Überstun-

richt auf Grundlage der Aussagen der Arbeiter:

Die Normalarbeitszeit beträgt laut in Westdeutschland abgeschlossenem Vertrag 270 Stunden im Monat. (BRD Durchschnitt: 173 Stunden, Saudi-Arabien: 208 Stunden). Überstun-

den müssen häufig gemacht werden, 350 bis 400 Stunden im Monat sind keine Seltenheit. Sie werden erpreßt: „Wenn du nicht mit rauskommst, kannst du morgen nach Hause gehen!" Oder es hagelt bei Verweigerung von Überstunden Verweise wegen mangelnder Arbeitsleistung.

Die deutschen und die koreanischen Afbeiter werden in Containern untergebracht, bis das Camp errichtet ist. Während zwei bis vier Deutsche in einem Container leben müssen, sind es bei den Koreanern doppelt so viele. Da keine Fenster in den Containern sind, muß auch am Tage Licht gemacht werden. Neben den Containern gibt es keine anderen Aufenthaltsräume.

Die sanitären Anlagen sind etliche Meter von den Containern entfernt. Es waren zu wenig und völlig verdreckt. Für die wenigen „Führungskräfte" gibt es zwei Sanitätscontainer, die aber immer verschlossen waren. Diese Container wurden von den Arbeitern aufgebrochen, weil das lange Warten bei der häufigen Durchfallkrankheit unerträglich war.

Anfangs betreute ein arabischer Arzt die Arbeiter. Er kam jeden Tag zwischen 10 Uhr und 12 Uhr. Dieser Arzt wurde von den Kollegen Dr. Valium genannt, da er oft dieses Beruhigungsmittel verschrieben hat. Wenn außerhalb der Zeit ein Unfall passierte, mußten die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen und sich ein Auto besorgen, um den Verletzten nach Riad zum Arzt zu fahren. Später gab es einen deutschen Arzt. Ein Arbeiter berichtete, daß er drei Tage in der Krankenstation lag, ohne daß sich jemand um ihn gekümmert hatte. Kollegen, die für ihn um Haferschleim baten, da er ein Magenleiden hatte, bekamen von der Werksleitung zu hören, daß er sich das selber kaufen sollte. Volle Krankschreibungen finden erst dann statt, wenn der Patient bewegungsunfähig ist. So passierte es, daß ein Arbeiter, der sich den Fuß gebrochen hatte, für den Innendienst als verwendungsfähig eingesetzt wurde. Stundenweise Krankschreibung gibt es beim Auftreten der Darmkrankheit, von der die meisten Europäer befallen werden. Als sich die Arbeiter bei dem Personalleiter Wittig nach Gegengiften gegen Schlangen- und Skorpionbisse erkundigten, sagte er: „Es ist noch keines da und wenn Sie gebissen werden, dann können Sie noch einen Brief schreiben, und dann krepieren Sie eben."

Einige Arbeiter mußten selber kündigen, wenn sie zur ärztlichen Behandlung nach Hause wollten. Ein Kranführer wurde wegen mangelnder Arbeitsleistung entlassen, weil er sich weigerte, während eines Sandsturmes zu arbeiten. Wenn man nicht pünktlich zum Essen erscheint, bekommt man nichts mehr. Für schlechtes Essen muß man lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Die Trinkwasserversorgung war schlecht, das Wasser auch. Milben und Dieselöl konnte man entdecken. Bei Beschwerden bekam man zur Antwort: „Kannste ja abkochen". Es gab aber keine Gelegenheit.

Die Pässe mußten bei der Ankunft abgegeben werden. Ohne Paß ist auch eine Ausreise aus Saudi-Arabien nicht möglich. So wurden gekündigte Arbeiter festgehalten, damit sie nicht rechtzeitig Klage gegen die Kündigung einreichen konnten. Das Arbeitsgericht in Riad erklärte sich für nicht zuständig. – (Bezirk Westberlin)

„Hitzewelle"

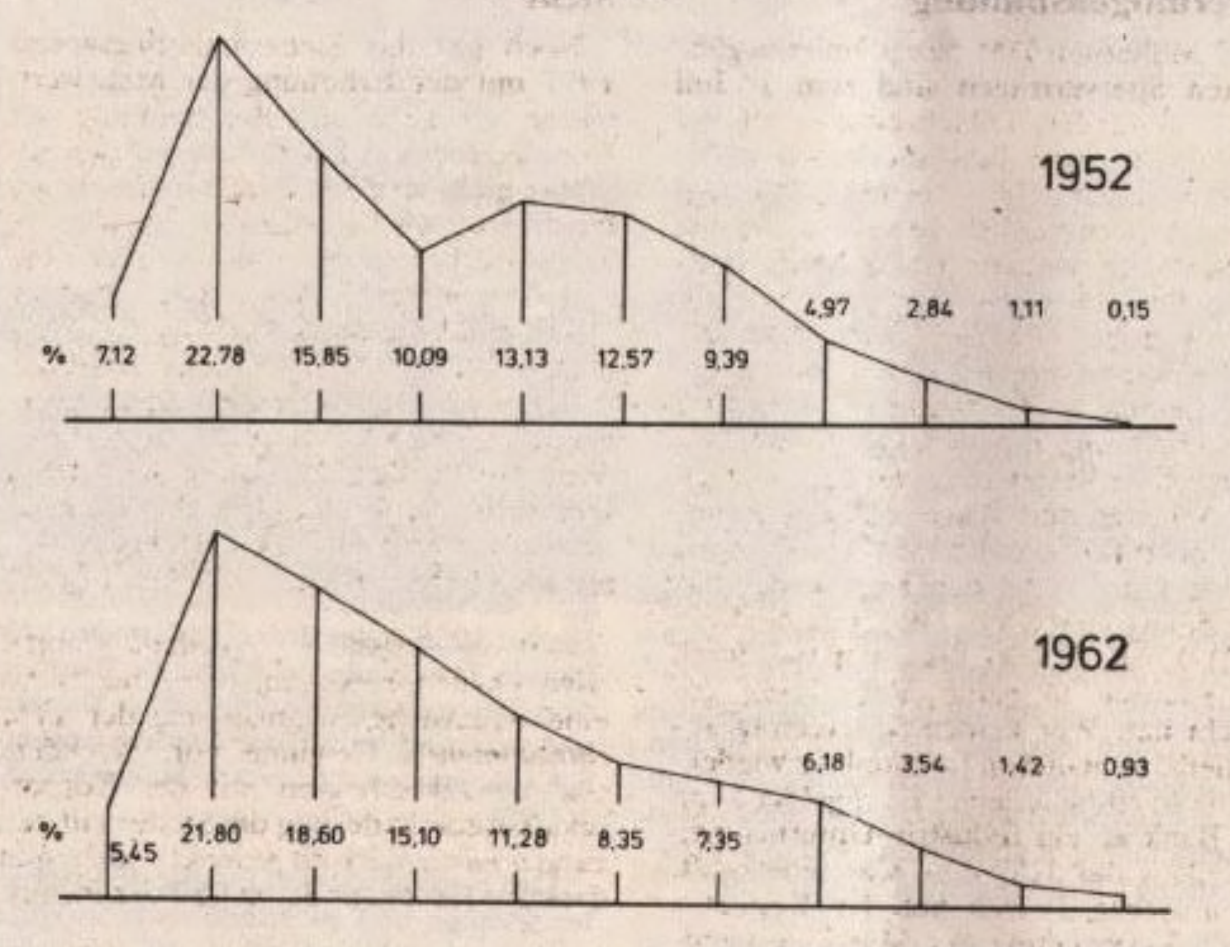
Hamburg. Die Kapitalisten haben das ganze Jahr über die Arbeitshetze verschärft. Jetzt bei der Hitze der letzten Wochen ist dies noch unerträglicher und nur he. Erschöpft kommen wir nach Hause. Am nächsten Morgen beginnt die Strapaze von vorne. „Wenn's wenigstens bloß sieben Stunden wären, wie am Freitag",

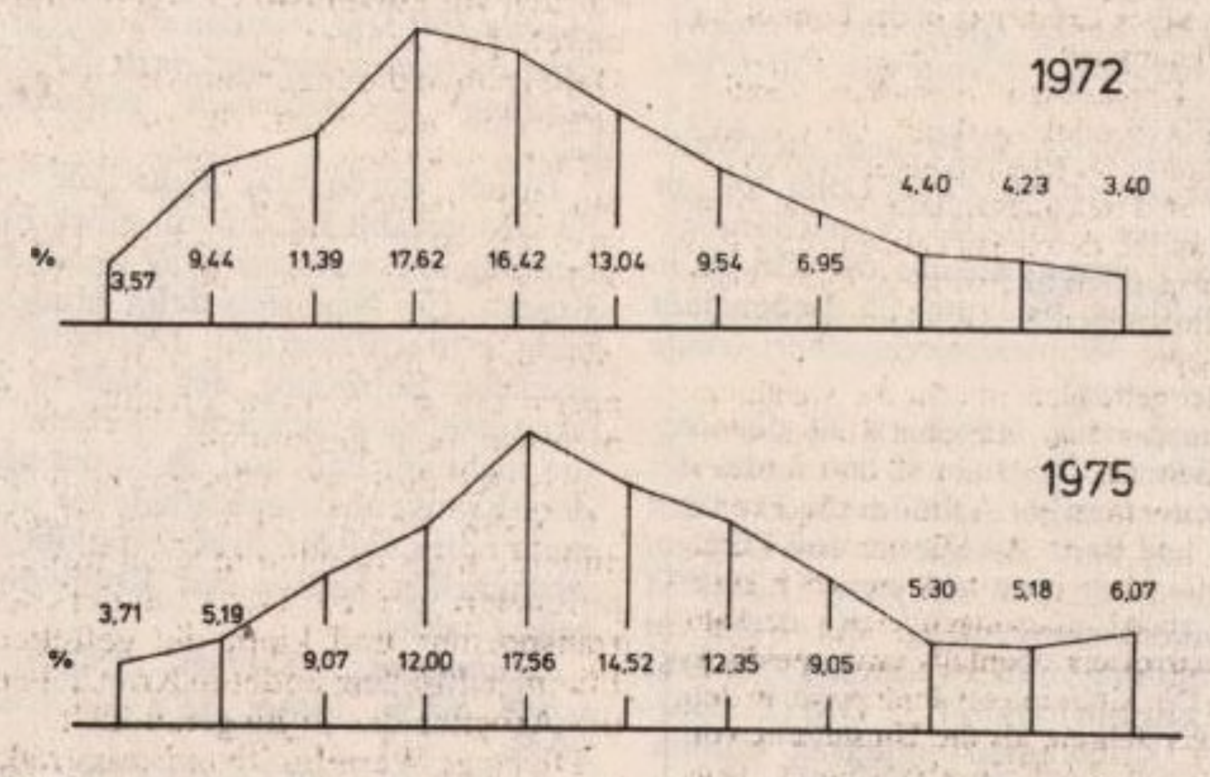
„Hitzewelle"

Hamburg. Die Kapitalisten haben das ganze Jahr über die Arbeitshetze verschärft. Jetzt bei der Hitze der letzten Wochen ist dies noch unerträglicher und nur unter großen Anstrengungen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen. Für einige geht es schon nicht mehr, ihr Kreislauf schafft es nicht, und sie kippen um. Zwei Arbeiterinnen bei Lumoprint ist das schon passiert. Wir sind aber der Meinung, daß die Frauen, die schwach auf den Beinen sind, und z.B. die Schwangeren bei dieser Hitze lieber zu Hause bleiben sollen. Gleich am ersten heißen Tag waren wir uns einig, daß die Bandgeschwindigkeit bei der Hitze um mindestens 10 % gesenkt werden muß. Letztes Jahr haben wir am Band I 25 Geräte montiert und mehr war nicht zu schaffen. Jetzt müssen wir 27 Geräte am Tag montieren, das ist zu viel. Schon in der Frühe sind es 25 Grad in der Mitte der Halle. Durch die laufenden Geräte in der Kontrolle wird ständig geheizt. Die Luft ist stickig und steht. Nur an den wenigen Fenstern gibt es ab und zu etwas frischeren Luftzug. Die Hände sind geschwollen. Durch kaltes Wasser wird das oft noch schlimmer. Die Füße sind geschwollen, und abends drücken die Schuhe. Erschöpft kommen wir nach Hause. Am nächsten Morgen beginnt die Strapaze von vorne. „Wenn's wenigstens bloß sieben Stunden wären, wie am Freitag", sagen viele.

Im letzten Sommer haben wir angefangen, für eine Klimaanlage zu kämpfen, und jetzt wird sie seit Pfingsten eingebaut. Die Geschäftsleitung mußte nachgeben, weil sie gemerkt hat, daß wir uns einig waren. Daher ist auch der Halleningenieur gleich nervös geworden, als er von der Forderung hörte, das Band mindestens 10 % langsamer zu stellen. Hilfesuchend hat er sich an die Betriebsärztin gewandt. Sie hat ihm nach Rücksprache mit irgendeinem Professor, der in irgendeinem schlauen Buch nachgelesen haben soll, bestätigt, daß „die kritische Temperatur" noch längst nicht erreicht sei. Wir sollten viel Tee mit Zitrone trinken, und wir würden uns an die Hitzebelastung gewöhnen. Die Meister haben noch Erfrischungstüchlein ausgeteilt. So billig werden sie nicht wegkommen, wenn es in diesem Jahr wieder eine richtige Hitzewelle gibt, wie in den beiden letzten Jahren. – (Bezirk Hamburg/Unterelbe)

Die 59er Regelung – Ersetzung zerschlissener Arbeiter durch junge, unverbrauchte





Wolfsburg. Arbeiter ab 59 Jahren können in den VW-Werken aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß ausscheiden und erhalten für ein Jahr von der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosengeld und vom VW-Werk die Differenz zum alten Lohn. Ab 60 Jahren erhält der Arbeiter Rente, und der VW-Konzern bezahlt den Ausgleich zur Rentenhöhe, die berechnet ist auf die Arbeit bis 60 Jahre.

Die 59er Regelung ist eine interne Vereinbarung zwischen dem Betriebsrat und VW-Vorstand. Die Sozialdemokraten wollen sie zur Dauerregelung machen, weil sie ein „Meilenstein" in Sachen Sozialleistung sei. Nichts ist daran „sozial".

Der Aufbau der Mitglieder nach Alter in der Betriebskrankenkasse (entspricht ungefähr der Belegschaftsstruktur) zeigt, daß 1952 nur 9 % der Arbeiter älter als 50 Jahre waren, 1975 über 20 %.

Für die Kapitalisten ist das eine „ungesunde Altersstruktur", denn aus jungen, unverbrauchten Arbeitskräften könnten sie ihren Heißhunger nach unbezahlter Mehrarbeit viel besser stillen, außerdem haben die älteren Arbeiter lange Erfahrungen im Kampf gegen die Kapitalisten. Und „hinsichtlich der Dauer je Arbeitsunfähigkeitsfall zeigt sich unverändert, daß sie mit zunehmendem Alter steigt."

30 Tage ist die durchschnittliche Länge der Arbeitsunfähigkeit der 60jährigen. 30 Tage, in denen der Arbeiter keinen Mehrwert produziert. Über die 59er Regelung sollen die alten, von der Profitproduktion zerschlissenen Arbeiter rausgeschmissen werden, um Platz zu schaffen für junge, unverbrauchte.

3 000 Arbeiter sind bisher über die 59er Regelung aus dem Betrieb getrieben worden. Das sind noch zu wenig. Über „Schonarbeitsplätze", von denen bereits 1 890 bestehen und weitere 250 eingerichtet werden sollen, an die die alten Arbeiter gestellt werden sollen, wird der Lohn gesenkt. Dadurch soll der Zwang, über die 59er Regelung den Betrieb zu verlassen, erhöht werden.

Letzte Woche war die VW-Hauptversammlung. „Wunder von Wolfsburg", schreibt die FAZ, und „Das Geschäft läuft nach wie vor auf vollen Touren, die Erträge platzen aus allen Nähten." Die Kehrseite: Mörderische Arbeitshetze an den Bändern, immer früherer Verschleiß der Arbeitskraft und früher Tod. Damit dieses „Wunder" noch lange wirkt, wechselt der VW-Konzern mit „59er Regelung" und „mehr Ausbildungsplätzen" die Belegschaft aus. – (Zelle VW-Wolfsburg)

„Von Importen bedroht“

Das führen die Stahlmonopole gern als Rechtfertigung für ihre Stillegungen und Massenentlassungen an. „Schließlich hält auch der aggressive Preiswettbewerb mit Konkurrenten aus Drittländern an. Wolff wies darauf hin, daß diese ‚Konsequenzen aus unserer Entwicklungspolitik‘ eines Tages auf uns zurückkommen müßten.“ Neben Japan und den Comecon-Ländern bezichtigen die Stahlkapitalisten zunehmend Länder der Dritten Welt, die in bescheidenem Maß anfangen, sich eine Grundstoffindustrie aufzubauen, der Konkurrenz und schieben ihnen die Schuld zu für die Krise in der BRD.

Es ist dies die Fortsetzung der Scheich-Hetze, nur mit sich widersprechenden Argumenten. In ihrer Anti-OPEC-Kampagne griffen die hiesigen Schreiberlinge die Scheichs als Verprasser an. „Stern“, „Bild“ und „Spiegel“ berichteten seitenlang und farbenfroh über „Luxus und Verschwendung in der Wüste“. Mit dem gleichen Ziel wird jetzt plötzlich das Gegenteil behauptet. Das Geld aus dem Verkauf des Öls setzten diese Staaten ein, um eine nationale Stahlindustrie aufzubauen, was den Markt hier kaputtmachen würde.

Für den Aufbau einer nationalen Stahlindustrie sind große Geldmittel erforderlich, weil das Betreiben eines Hüttenwerkes nur auf großer Stufenleiter der Produktion möglich ist. Gleichzeitig haben die Imperialisten den Bau von Stahlwerken monopolisiert. Deshalb sind es auch die ölproduzierenden Länder, die zur Zeit die größten Fortschritte im Aufbau einer nationalen Stahlindustrie machen. Venezuela, Iran und Liberia sind Länder, die das Geld aus dem Verkauf des Öls nutzen, ihre Länder aus rohstoffproduzierenden in grundstoffproduzierende weiterzuentwickeln. Die Pläne Nigerias, sich eine eigenen Rohstahlbasis zu verschaffen, gehen bis in die 60er Jahre zurück, erst jetzt hat die nigerianische Regierung Verhandlungen über den Bau eines kompletten Hüttenwerkes aufgenommen. Bisher muß Nigeria wie der Großteil der Länder der Dritten Welt den Stahl für Brücken, Maschinen und Werkzeuge zum Aufbau des Landes zu horrenden Preisen bei den Imperialisten kaufen.

Derzeit produzieren die Länder der Dritten Welt gerade 9% des Weltrohstahls. Die „Bedrohung“ ist reichlich geheuchelt. Den „aggressiven Preiswettbewerb“ liefern sich die Imperialisten untereinander, wobei sie sowohl ihren Monopolpreis halten als auch durch Dumping-Preise den Konkurrenten ausstechen wollen. Kein Land der Dritten Welt produziert soviel Stahl, daß es in nennenswertem Umfang exportieren könnte, alle sind noch auf Importe angewiesen. Aber durch den Aufbau einer nationalen Industrie gehen den Imperialisten Expansionsmöglichkeiten verloren. – (Z-Red.)

Stahlknappheit?

Auf einer internationalen Fachtagung in Österreich prophezeite der Vorsitzende der Gesellschaft für LD-Verfahren Michaelis bei dem nächsten weltweiten Konjunkturaufschwung eine Stahlknappheit.

Stahlknappheit?

Auf einer internationalen Fachtagung in Österreich prophezeite der Vorsitzende der Gesellschaft für LD-Verfahren Michaelis bei dem nächsten weltweiten Konjunkturaufschwung eine Stahlknappheit.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das amerikanische Handelsministerium in einer Studie, derzufolge der Weltstahlbedarf 1980 genauso groß sein wird wie die Weltstahlkapazität, nämlich 1 Milliarde Tonnen, die Kapazitäten aber nur zu etwa 90% ausgelastet sein werden. Die Sache mit dem „nächsten weltweiten Konjunkturaufschwung“ ist natürlich eine Milchmädchenrechnung, zu tief stecken die Kapitalisten in der Krise, aber es steckt doch ein gut Stück Erfahrung in der Formel der „Stahlknappheit“.

Die Kapitalisten versuchen nämlich jede Überproduktionskrise, die die Akkumulation des Kapitals gesetzmäßig hervortreibt, durch massenhafte Vernichtung von Kapital, durch Stillegung ganzer Fabrikanlagen, zu überwinden. Otto Wolff von Amerongen hat dies kürzlich wieder propagiert:

„Dies gelte nicht nur für die Stahlindustrie an der Saar, die dem Stamm ihrer Mitarbeiter um 25% auf 30 000 abbauen müsse, sondern ebenso für die Werke an Rhein und Ruhr. An Stillegungen würde man einfach nicht vorbeikommen, meinte Wolff, auch Entlassungen seien außerhalb des Saarreviers ebenfalls unvermeidlich. (. . .) Die Situation sei ähnlich wie in den fünfziger Jahren, als die Umstellung von Warm- auf das Kaltwalzverfahren Tausende von Arbeitskräften freisetzte. (. . .) Unbestritten sei jedoch, daß wir solange den Wettbewerbsnachteil zu hoher Lohnkosten zu tragen hätten, solange wir uns den Luxus des gegenwärtigen Verteilungskampfes weiter leisteten.“ (Süddeutsche Zeitung, 5.7.77)

Die Stahlknappheit entspringt der Anarchie der kapitalistischen Produktion, ebenso wie z.B. der gegenwärtig nur etwa rund 60prozentige Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten. Die Vernichtung ganzer Produktionsstätten hat zur Folge, daß eine schnell ansteigende Stahlnachfrage in der Konjunktur nicht befriedigt werden kann. Amerongen hat es aber schon auf den Punkt gebracht, auf den es den Kapitalisten derzeit ankommt: den Angriff auf den Lohn. – (Z-Red.)

Klöckner-Hütte

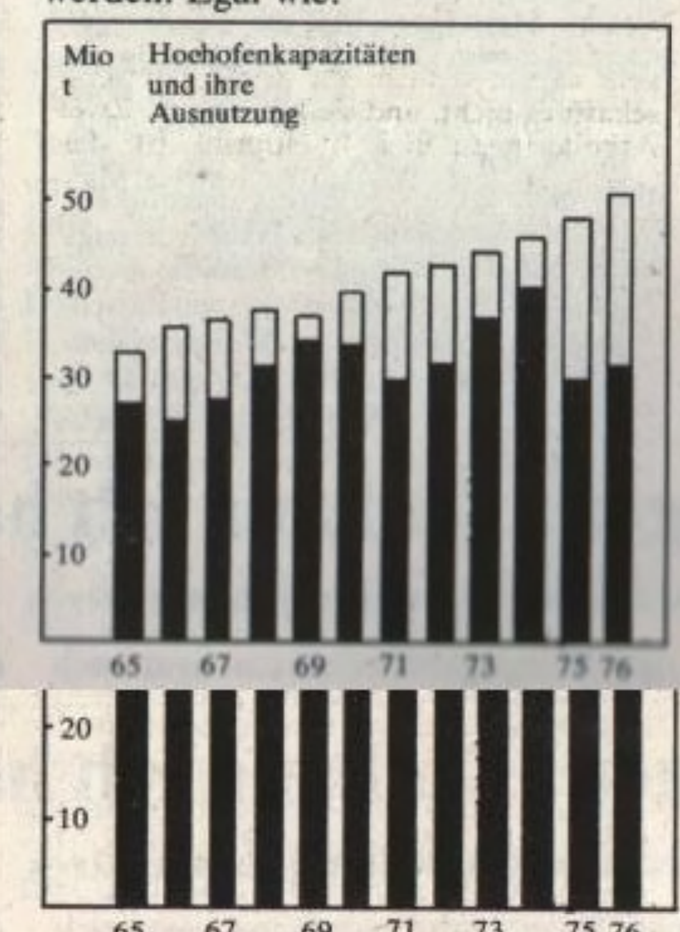
Was früher höchster Ausstoß war, ist heute Durchschnitt.

Bremen. „Die Personalkosten sind zu hoch im Vergleich zu anderen Ländern. Vorbrammen oder Rohbrammen aus Polen sind inklusive Transportkosten billiger, als wenn sie hier in der Klöckner-Hütte Bremen produziert werden. Stahldraht aus dem Ostblock wird zu Dumpingpreisen auf den Markt kommen. Wenn nicht in der Stahlindustrie rationalisiert wird, dann wird in den nächsten Jahren kein Gramm Stahl mehr in Westeuropa produziert werden. Die Stahlindustrie muß konkurrenzfähig werden.“ So lassen die Klöckner-Kapitalisten ihren scheidenden Arbeitsdirektor Feiler reden.

Ihre Maßnahmen zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit sehen im einzelnen so aus: Bei den Angestellten sollen 500 Kollegen wegrationalisiert werden. Die Arbeit wird nicht weniger. In den vorigen Monaten wurden bis zu 180 000 Tonnen Roheisen produziert im Monat, jetzt im Mai sollte die Produktion auf 230 000 Tonnen hochgefahren werden. Die Angestellten machen die gesteigerte Verdichtung des Arbeitstages nicht mit. Bereits zweimal sind sie während der Arbeitszeit mit mehreren hundert Kollegen hochmarschiert zum Arbeitsdirektor. Früher haben sich die Angestellten an den selbständigen Streiks der Arbeiter in der Produktion nicht beteiligt, heute wird in der Verwaltung oft über Streik geredet.

Die Entlassungen sind nicht die besonderen Probleme der Angestellten. Insgesamt führen die Klöckner-Kapitalisten einen breit angelegten und in die Tiefe führenden Angriff auf die Arbeitsbedingungen durch.

Momentan laufen alle drei Hochöfen. Sonst war immer einer in Reparatur oder in Reserve. Für die Wartungs- und Reparaturarbeiter fallen jetzt entsprechend mehr Arbeiten an. Die werden aber ausdrücklich nicht in Überstunden, sondern müssen während der regulären Arbeitszeit erledigt werden. Egal wie.



Im LD-Werk wird gerackert wie nicht klug. Die Kapitalisten lassen zwei Konverter laufen, dafür gibt es aber nur eine Belegschaft. Die springt jetzt von einem Konverter zum anderen. Ergebnis ist eine Erhöhung des Ausstoßes. Vor einem Jahr lag die höchste Abgußzahl pro Schicht im LD-Werk bei 13 bis 14 Chargen. Heute sind das 16 Chargen. Innerhalb von 24 Stunden wurden vor kurzem 40 Chargen verarbeitet, pro Schicht gut 13 Chargen. Dabei haben die Ingenieure noch beim Hochofen angerufen, ob sie im LD nicht noch Roheisen bekommen könnten. Was früher Höchstwert an Ausstoß war, ist heute Durchschnitt. Diese Zahlen werden erreicht durch die Vernutzung jeder einzelnen Minute der Arbeiter in der Produktion. Eine Genossin aus der Kantine erzählt, „daß niemand mehr herkommt.“

Als der drehbare Chargierkran im LD-Werk ausfiel, mußte mit einem anderen nicht drehbaren Kran weiterproduziert werden. Der Chargierkran transportiert und kippt die gefüllten Pfannen. Mit dem anderen Kran haben die Arbeiter das so hingemuddelt.

Die neue Warmbreitbandwalzstraße bei Klöckner soll die größte und modernste in Europa sein, sagen die Kapitalisten. Für die Arbeiter bringt sie keine Erleichterung. Die Walzstraße sollte eigentlich über einen Computer vollautomatisch gesteuert werden. Das ist auch der Grund für die Stelleneinsparungen an der Straße. Der Rechner ist jedoch ein Windei. Er ist oft ausgefallen. Die Arbeiter haben dann „Rot“ geschaltet, die Produktion gestoppt. Jetzt gibt es Anweisungen, bei Rechnerausfall per Hand weiterzufahren, trotz Stelleneinsparungen und Unterbesetzung wegen Urlaub.

Im Kaltwalzwerk werden die Arbeitsbedingungen ebenso wie in allen anderen Abteilungen verschärft.

An der Beize gibt es Contischicht. Einzig die Spätschicht am Sonntag ist frei. Vor einigen Monaten wurde auf der Sonntag-Frühschicht immer die Anlage gewartet und repariert. Die Produktion stand dann still. Seit mehreren Wochen wird jetzt auch in der Frühschicht am Sonntag produziert. Neulich mußte am Sonntag bis drei Minuten vor 14 Uhr, 180 Sekunden vor Feierabend produziert werden. Jede Sekunde unserer Arbeitszeit ist kostbar. Der Lohn stellt nur einen verschwindenden Teil dessen dar, was wir in acht Stunden schaffen. Der niedrige Lohn treibt jeden Sonntagnachmittag drei, vier bis sechs Stunden Arbeiter auf Überstunde an die Beize.



Wenige Arbeiter müssen die Warmbreitbandwalzstraße steuern. Die vollautomatische Computersteuerung fällt laufend aus, dann müssen die Arbeiter die Anlagen per Hand fahren.

In der Walzenschleiferei müssen die Arbeiter gegenwärtig zu dritt die Walzen zum Schleifen vorbereiten, Abschmieren usw. und nach dem Schleifen zum Wiedereinbauen fertig machen. Normalerweise sind sie zu fünft und machen zehn bis elf Sätze, d.h. 20 bis 22 Walzen. Jetzt machen sie zu dritt acht bis neun Sätze, d.h. 16 bis 18 Walzen. Die Steigerung pro Arbeiter beträgt über 30 %. Dabei kommt man nicht zum Klo.

chen. Normalerweise sind sie zu fünft und machen zehn bis elf Sätze, d.h. 20 bis 22 Walzen. Jetzt machen sie zu dritt acht bis neun Sätze, d.h. 16 bis 18 Walzen. Die Steigerung pro Arbeiter beträgt über 30 %. Dabei kommt man nicht zum Klo.

In der Stoffwirtschaft sollen drei Arbeiter für die nächste Woche aus ihrem regulären Schichtrhythmus raus auf andere Schichten geschickt werden. Bei einem wollen sie es auf die Spitze treiben: Er kommt aus dem Urlaub auf Spätschicht (wohnt in Bremerhaven), dann wollen sie ihn am gleichen Tag wieder nach Hause schicken, damit er dann am Abend auf Nachtschicht kommt.

An der Scherenstraße ist es auch so, daß mit Unterbesetzung gefahren wird. Es gibt dort drei Scheren. Alle sind in Betrieb, an allen fehlt ein Steuermann.

Die Kapitalisten wollen noch mehr Schweiß aus uns Arbeitern rauspressen. Das letzte Quentchen Arbeitszeit soll Profit bringen. Eine Folge ihrer Profitwirtschaft ist ein ungeheurer Durchlauf an Arbeitern in der Klöckjnner-Hütte Bremen. Innerhalb eines Jahres wurden über 1 000 entlassen, kündigten selber oder gingen in Rente. Insgesamt gibt es bei Klöckner Bremen aber bloß 7 000 Arbeiter und Angestellte.

Auf den letzten Betriebsversammlungen haben kommunistische Arbeiter die Opel-Resolution für den Siebenstundentag als Antrag eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Für die Hetze gegen die Arbeitsbedingungen gab es Beifall. Auf der Nachmittags-

Auf den letzten Betriebsversammlungen haben kommunistische Arbeiter die Opel-Resolution für den Siebenstundentag als Antrag eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Für die Hetze gegen die Arbeitsbedingungen gab es Beifall. Auf der Nachmittags-

versammlung gelang es gegen die Abwiegelungsmanöver der Sozialdemokraten die Abstimmung durchzuführen. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. – (Klöckner-Zelle Bremen)

Doppeltes Geschäft mit der „Vermögensbildung“

17 Milliarden DM aus prämienbegünstigten Sparverträgen sind zum 1. Juli „frei“ geworden. Gleichzeitig jubeln die Banken in ihren Jahresberichten 1976, das vergangene Jahr sei ein „Jahr des Konsumentenkredits“ gewesen, und die Bundesbank meldet, Ende März seien diese Kredite gegenüber dem Vorjahr 20,5 % höher gewesen, „eine Rate, die die bei allen übrigen Kreditnehmergruppen immer noch deutlich übertrifft“. Diese Meldungen passen gut zusammen.

Durch die Prämiensparverträge werden die Arbeiter und Angestellten gezwungen, einen Teil ihres Lohnes für sechs oder sieben Jahre völlig den Kapitalisten zur Verfügung zu stellen. Die Prämie ist ein Stück Lohn, das der Staatsapparat durch Besteuerung in seine Verwaltung gebracht hat. Wer keinen Sparvertrag abschließt, sieht diesen Lohnteil nie wieder.

Die so einbehaltenen Lohngelder kann die Bank an ein Industrie-Unternehmen verleihen, das dafür eine Maschine kauft. Nach sieben Jahren hat der Kapitalist durch Verwendung der Maschine genügend Einnahmen erzielt, die ihm die Rückzahlung des ursprünglich geliehenen Geldes ermöglichen. Die Maschine läuft weiter, der Kapitalist hat sein Vermögen, der Arbeiter nach sieben Jahren endlich seinen Lohn. Freilich, inzwischen mußte er einen „Konsumentenkredit“ aufnehmen und dafür wesentlich mehr Zins zahlen, als er für den Sparvertrag bekommt. So verdienen die Finanzbourgeois erstens an der Zwangsentleihung der Lohngelder (die Differenz zwischen Profitrate und Sparzins) und zweitens an den hohen Zinsen für die Konsumentenkredite. Diese Kredite betrugen Ende März 102 Milliarden DM und überstiegen die Spareinlagen der Prämienverträge um weit mehr als das Doppelte. – (Z-Red.)

Steueränderungsgesetz 1978 in Sicht

Noch hat das Steueränderungsgesetz 1977 mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 12% und der Senkung der Vermögenssteuer Die Gesetzgebungsmaschine nicht zu Ende durchlaufen, da rufen die bürgerlichen Politiker und Kapitalistensprecher schon, nun sei aber eine „Strukturreform“ fällig. Die Zeitung „Blick durch die Wirtschaft“ vom 25.6. zitiert den Dr. F.W. Christians, Sprecher der Deutschen Bank und des Bankenverbandes: „Die Kapitalrendite in der produzierenden Wirtschaft sei in den letzten Jahren zu sehr geschrumpft, deshalb gebe es zwar zur Zeit zu viel Geld, aber zu wenig Kapital, das Risiko eingehen wolle.“

Damit das ängstlich gewordene Kapital wieder Mut fassen kann, schlägt der Mann eine steuerliche Begünstigung der *nicht entnommenen* Gewinne vor. Nachdem also zu Jahresbeginn mit der Körperschaftssteueränderung die Steuer auf den *ausgeschütteten* Profit gesenkt wurde, nun dasselbe für den anderen Teil des Profits.

Franz Josef Strauß folgte eine Woche später im „Handelsblatt“ mit der Ankündigung, die *ertragsabhängigen* Steuern müßten gesenkt werden. Nachdem so die Senkung *sämtlicher* Steuerarten, die ein Kapitalist – um den Schein der Gerechtigkeit vorzutäuschen – noch zahlen muß, ins Gespräch gebracht ist, fehlt nur noch die wissenschaftliche Begründung für weitere Plünderung des Lohnes. Das „Institut der Deutschen Wirtschaft“ hat sie gefunden und publiziert. Aufgrund der starken Progression der direkten (Lohn-)Steuern sei der Anteil der indirekten Steuern gesunken; daher sei nun eine „Umschichtung auf die indirekten Umsatz- und Verbrauchssteuern“ – also weitere Erhöhung dieser Steuern – notwendig. – (Z-Red.)

Börsenhaie

21.6.77

„Die Preisschwankungen in den letzten Tagen gaben einen Vorgeschmack davon, wie nervös die Kupfermärkte in Anbetracht des bevorstehenden Streiktermins in den Vereinigten Staaten reagieren. Für rund 65 000 Kupferarbeiter versuchen die Gewerkschaften günstigere Tarifbedingungen für die nächsten drei Jahre auszuhandeln . . . Was nun wirklich passiert, wenn es am 1. Juli bei den wichtigsten Kupferproduzenten zu einem Streik kommt, darüber gibt es nur vage Vermutungen . . .“

23.6.77

„Daß Kupfer, der bekannteste Repräsentant der industriellen Rohstoffe, an den Terminmärkten im Augenblick eine ausgesprochen lebhafte Phase durchläuft, ist nach herrschender Ansicht allein die Folge der Mutmaßungen über einen ausgedehnten Streik in der amerikanischen Kupferindustrie. Der Ausstand kann, wenn die bisher wenig erfolgreichen Tarifverhandlungen endgültig scheitern, Anfang Juli beginnen. Kupferstreiks sind in Amerika außerordentlich hartnäckig und von langer Dauer. An der Comex in New York und an der Londoner Metallbörse, wo dieser Rohstoff gehandelt wird, setzen die Haussiers nun auf Verknappungserscheinungen bei der Kupfer verarbeitenden Industrie, falls der Streik ausbrechen sollte . . .“

28.6.77

„Jetzt haben die Gewerkschaften mit der Bemerkung ‚Kein Vertrag, keine Arbeit‘ brüsk den Versuch abgelehnt, die zum 30. Juni auslaufende Frist um einige Wochen zu verlängern . . . Bei der Phelps Dodge haben Arbeitgeber für die nächsten drei Jahre eine Lohnerhöhung um 10 Cent angeboten, während die Gewerkschaften mindestens 80 Prozent fordern.“

29.6.77

„Am amerikanischen Kupfermarkt, so berichten Händler, ist beim besten Willen nicht mehr zu erkennen, welche Meldung der Wahrheit entspricht und was von der Spekulation ausgestreut wurde. Von Tag zu Tag ändert sich die Ansicht über den Stand der Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und damit die Aussicht für einen Streik oder Nichtstreik . . . Dies hat am Dienstag auch an der Londoner Metallbörse zu einem Preiseinbruch bis zu 13 Pfund geführt . . .“

2.7.77

„Seit Mitternacht des 1. Juli streiken rund 45 000 Arbeiter, wovon 73 Prozent der amerikanischen Kupferproduktion betroffen sind. Dadurch wird ein Produktionsausfall verursacht, der schätzungsweise einer Monatsproduktion von 80 000 Tonnen entspricht . . . Am Freitag stiegen daraufhin die Kupfernotierungen an der Londoner Metallbörse um etwa 20 Pfund, lagen aber noch immer um 21 Pfund niedriger als vor einer Woche. Wie es weitergehen wird, so meinen die Makler, werde ganz von der Streikdauer abhängen . . .“

5.7.77

„An den Kupfermärkten kreisten in den letzten Tagen alle Gespräche um das Thema, wann es gelingen wird, den am 1. Juli in der amerikanischen Kupferindustrie ausgebrochenen Streik beizulegen.

5.7.77

„An den Kupfermärkten kreisten in den letzten Tagen alle Gespräche um das Thema, wann es gelingen wird, den am 1. Juli in der amerikanischen Kupferindustrie ausgebrochenen Streik beizulegen.

Marktbeobachter hatten von vornherein den Eindruck, daß sich die amerikanischen Gewerkschaften nicht für einen langen Streik stark machten . . .

Schließlich spielten auch Überlegungen eine Rolle, daß selbst nach einer Streikdauer von drei Monaten eine Produktion von 21 000 Tonnen Kupfer ausfallen werde. Eine Menge also, die gerade den Beständen in den Lagerhäusern der New Yorker Comtex entspricht . . . Solche Überlegungen trugen nach Ansicht von Marktbeobachtern nicht dazu bei, daß sich über Nacht die flaue Marktstimmung um 180 Grad wandelt . . . erstmals (werden) alle Tiefstwerte der ersten Junihälfte unterboten, so daß Kupfer seit Ende März 1976 nicht mehr so niedrig notierte wie jetzt.“

7.7.77

„Bei den amerikanischen Kupferproduzenten Kennecott und Magma Copper Co. ist es bereits zu einer Einigung über einen neuen Lohnkontrakt gekommen. Ähnlich wie kürzlich bei den Aluminiumproduzenten wurden für die nächsten drei Jahre Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt, die einem Anstieg um etwa 85 Cent entsprechen. Etwa ein Viertel der seit dem 1. Juli streikenden Arbeiter in der amerikanischen Kupferindustrie ist wieder zur Arbeit zurückgekehrt . . .“ (Zitate aus: Blick durch die Wirtschaft)

Die amerikanischen Kupferarbeiter arbeiten nicht, d.h. sie streiken, weil sie müssen, um sich und ihren Familien das Lebensnotwendigste zu sichern.

Die Börsenhaie und Spekulanten arbeiten nie. Parasitär und faul, schon unfähig, einer normalen Tätigkeit nachzugehen, leben sie von der Arbeit der Arbeiter.

Gegen den Streik der Arbeiter hetzen sie, quellen über vor Menschenverachtung und behandeln den Arbeiter wie einen x-beliebigen Gegenstand.

Der Streik der Arbeiter ist für sie wie ein fiebriges Roulettespiel, wo sie spekulieren, ob sie gewinnen oder nicht, ob der Streik die Preise hochtreibt oder nicht, solange die Kugel rollt.

In jedem Streikkampf muß man sich daran erinnern und ihnen schließlich die Rechnung in Arbeit präsentieren, zu der man sie zwingen wird.

„Bahn-Facharbeiter von Haus zu Haus“

50 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte hat die Bundesbahn seit 1974 weniger beschäftigt. Von den 381 000 Beschäftigten der Bahn behauptet die Verwaltung, die direkt dem Verkehrsministerium untersteht, 23 000 von ihnen seien „überhängendes Bahnpersonal“. 50 000 „Freisetzungen“ bedeuten, daß 13% mehr geschafft werden muß von den übrigen Beschäftigten. Die Arbeit der 23 000, die „überhängen“, soll jetzt ebenfalls von anderen zusätzlich gemacht werden. Die kapitalistische Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit durch den Dienstherrn hat solche Wirkung. Jetzt „erwägt“ die Bundesbahnverwaltung, und hinter ihr die Regierung, zumindest einen Teil der 23 000 Arbeiter, Angestellten und Beamten „auszuleihen“:

„Die Hauptverwaltung der Bundesbahn prüft zur Zeit die Möglichkeit, ihren Personalüberhang von rund 23 000 Facharbeitern an die Industrie zu verringern.“ (Süddeutsche Zeitung, 30. Juni)

In den nächsten Wochen sollen „privat“ vorbereitete Gespräche über ein „solches Modell“ aufgenommen werden:

„Von der Bundesbahn-Hauptverwaltung in Frankfurt wird bestätigt, daß mit den Personalabteilungen der Autofirmen Daimler-Benz AG in Stuttgart und Ford-Werke AG in Köln, die einen ungedeckten Facharbeiterbedarf haben, bereits ‚private Gespräche‘ in dieser Angelegenheit geführt wurden. Eine Entscheidung über dieses ‚ernstzunehmende Denkmodell‘ kann jedoch frühestens auf einer DB-Verwaltungsratssitzung am 13. Juli fallen.“ (Handelsblatt, 1./2. Juli)

Gelingt es dem bürgerlichen Staatsapparat, diesen Menschenhandel durchzuführen, hat die Kapitalistenklasse einen großen Schritt getan zur weiteren Verschärfung der Auspressung und der Entrechtung der Beschäftigten der öffentlichen Dienste und der Militarisierung dieser Dienste. *Und sie hat damit einen großen Schritt getan gegen den Zusammenschluß der Arbeiter in der Industrie im Lohnkampf und im Kampf um die Arbeitsbedingungen.* Denn welche Wirkung wird diese Ausleihe haben?

Erstens wird im öffentlichen Dienst *jede* Schranke gegen Rationalisierungen, Herunterstufungen, Versetzungen auf schlechter bezahlte Arbeiten usw. eingerissen. Können die staatlichen Dienstherren darauf verweisen, daß dies alles noch nichts sei gegen die „Verleihung“ „von Haus zu Haus“ (wie das „Handelsblatt“ zynisch schreibt), können sie auch diejenigen, die verliehen *sind,* als Reserve benutzen („Die würden gerne auf diesem Arbeitsplatz arbeiten, wir können sie ja zurückholen . . .“), hat das weitreichende Wirkungen auf den Kampf der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten gegen die verstärkte Auspressung von Mehrarbeit durch den bürgerlichen Staatsapparat.

Zweitens (und das ist das *Ziel)* wird ein Gelingen der ersten geplanten Verleihaktion, zu der auch die entsprechenden juristischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, *alle* Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in eine beliebig nach den Wünschen der Kapitalistenklasse von Betrieb zu Betrieb dirigierbare, gegen Streiks einsetzbare, dem öffentlichen Dienstrecht (und teilweise dem Beamtenrecht) unterworfene, also rechtlose Arbeiterarmee verwandeln. Denn das ist die Wirkung: Der Druck gegen die Arbeiter in den betreffenden Gebieten wird ungeheuer erhöht. Mehrere hundert Facharbeiter bei Ford, die *nicht* nach Tarif bezahlt werden, die *nicht* in der IG Metall sind, die – weil ausgeliehen – zwar nicht gekündigt, aber jederzeit vom Verleihenden, der Bundesbahn, zurückgezogen und in andere Betriebe gesteckt werden können, die dem öffentlichen Dienstrecht unterworfen sind – genau das braucht die Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter. Und man darf nicht glauben, daß es bei Facharbeitern bei Ford bleibt. Warum nicht Sekretärinnen in Munitionsfabriken? Oder Krankenschwestern in Lazaretten?

Die Zahl der Lohnabhängigen liegt knapp über 20 Millionen. Über 3,5 Millionen Beschäftigte umfassen die öffentlichen Dienste. 3,5 Millionen als Einsatzreserve gegen die ganze Arbeiterklasse – die Beschäftigten im öffentlichen Dienst dürfen das nicht zulassen.

Es handelt sich um den Versuch des Nachsetzens des bürgerlichen Staatsapparats nach der Niederlage, die er den Beschäftigten in der Tarifrunde hat beibringen können. Bei Bahn und Post wird angefangen, in der Hoffnung, in diesen Bereichen solche Ungeheuerlichkeiten durchzusetzen *ohne* den sofortigen Protest der Bewegung der Lohnabhängigen in allen öffentlichen Diensten und ohne den Protest der *ganzen* Gewerkschaftsbewegung. *Der aber ist jetzt nötig.*

Der stellvertretende GdED-Vorsitzende Vomberg erklärte, er sei dagegen, „ausgerechnet der Autoindustrie, deren enormes Wachstum einer der Hauptgründe für die Finanzmisere der Bahn sei, Arbeitskräfte zu leihen“. (Süddeutsche Zeitung, 1./2. Juli)

Prinzipiell hat Vomberg offensichtlich nichts dagegen, nur nicht an die Automobilindustrie, „unsere Konkurrenz“. Das ist eine Einladung an den Dienstherrn zur Durchführung solcher Maßnahmen, möglichst nach Verhandlungen mit der GdED-Führung, welche Betriebe zulässig sind, und der entsprechenden Zustimmung. – (Z-Red.)

Stoltenberg verleiht Mütterorden

Ministerin Huber propagiert Abtreibungskliniken („Bevölkerungsschwund?“)

„Die Reform des Abtreibungsparagraphen 218 ist ein Schlag ins Wasser“, so kommentierte die „Bild am Sonntag“ vom 3.7. die Tatsache, daß laut Bericht des Familienministeriums im Jahre 1976 von rund 200 000 geschätzten Abtreibungen nur 13 044 durch die staatlichen Bespitzelungsorgane erfaßt wurden.

Für 1977 werden weiter 110 000 Schwangerschaftsabbrüche erwartet, davon wird geschätzt, 60 000 „legal“ und 50 000 in Abtreibungskliniken in Holland. Das ist nicht im Sinne der Bourgeoisie. Schnell muß das Netz der Bespitzelung und Unterdrückung enger gezogen werden und eine lückenlose Überprüfung gewährleistet sein. Dabei denkt Antje Huber (SPD), Familienministerin, an Errichtung von Abtreibungskliniken.

Leider, so meint sie, sei dies „ . . . allerdings Ländersache. Ich kann nur Anregungen geben, nicht aber selbst solche Spezialkliniken einrichten lassen. Ich bin aber zuversichtlich, daß mehr und mehr fachlich qualifizierte niedergelassene Ärzte die Bereitschaft zur Hilfe zeigen.“

Von welcher Art diese „Bereitschaft zur Hilfe“ sein soll, zeigt das Beispiel eines gewissen Herrn Boerner, Frauenarzt, Oberarzt im Oststadtkrankenhaus und Dozent an der Medizinischen Hochschule Hannover. In seiner Privatklinik, in der er legale Schwangerschaftsabbrüche durchführt, werden die Frauen behandelt wie der letzte Dreck: Bis in die 20. Woche wird dort mit Prostaglandinen abgetrieben.

Diese ganze Roßkur dauert oft bis zu 24 Stunden.

Ansonsten ist er der Ansicht: „Es geht um den Bestand der Nation“, und dies lehrt er an der Medizinischen Hochschule in seinen Vorlesungen über Verhütungsmittel. Schon 1933 sei es ein gelungenes Kalkül gewesen, die deutschen Frauen zum Gebären zu ermuntern, nur so hätte die Nation den zweiten Weltkrieg überlebt. Wörtlich fährt Boerner fort: „Wenn zu Ihnen eine jungverheiratete Frau kommt, die durch ihren Ehering eine eindeutige Option der Familienplanung bezeugt, in dem Fall ist es wirklich zweifelhaft, ob man einer solchen Frau Kontrazeptiva (Verhütungsmittel) geben sollte. Ich bin der Meinung, man muß sie zum Gebären ermuntern. Auch unter großen Entbehrungen, denn das ist die Aufgabe der jetzigen Generation der Frauen.“

Zum Gebären ermuntern „soll auch das Geburtstagsgeschenk des Landesvaters Stoltenberg für Neugeborene und ihre Mütter“, mit dem er „ . . . in Zukunft der erste sein (wird), der jungen Müttern im nördlichsten Bundesland zu einem strammen Jungen oder zum Töchterchen gratuliert.“ „Vom 1. Juli an bekommen alle Mütter zur Geburt ihres ersten Kindes von der Kieler Landesregierung ans Wochenbett ein Buch, das die Eltern über Entwicklungsphasen ihres Kindes im ersten Lebensjahr informieren soll.“ (Hamburger Abendblatt vom 29.6.77)

„Bevölkerungsschwund erregt Besorgnis“, heuchelt die Bourgeoisie. „In 50 Jahren weniger als 40 Millionen Bundesbürger?“ fragt der „Weser-Kurier“ vom 7. Juli 77 in seinem Leitartikel. „Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes sind auf lange Sicht 220 Kinder auf 100 Ehen erforderlich. Das gegenwärtige Geburtenniveau unterschreitet diese Zahl um über ein Drittel. Da zehn Prozent der Ehen kinderlos bleiben, kann ein Bevölkerungsschwund nach Angaben des statistischen Bundesamtes nur vermieden werden, wenn rund ein Drittel der Ehepaare zwei und ein anderes Drittel drei Kinder haben.“

Entschlossen packt die Bourgeoisie den Stier bei den Hörnern, die Reform ist jetzt eingerichtet, und nicht nur die Boulevardpresse wie die Bildzeitung und die Frauenzeitungen berichten ausführlich über die Schönheiten des Mutterwedens, die Süddeutsche Zeitung verbraucht für dieses Thema eine ganze Seite ihrer letzten Wochenendausgabe. Den Vogel schießt aber immer noch die Bildzeitung ab: „Prinzessin Anne wird von Tag zu Tag schöner . . . Kein Wunder, Englands Prinzessin Anne bekommt in drei Monaten ihr erstes Baby. Zum voller gewordenen Gesicht hat sie sich eine neue, weich aufgesteckte Frisur machen lassen. Bei einem großen Jazz-Konzert in London trug sie ein elegantes Chiffon-Kleid. Sie fühlt sich wohl. Wie es einer anderen werdenden Mutter geht, lesen sie in der großen Serie über Königin Sylvia (‚Ein Märchen wurde wahr‘)“, schreibt „Bild Hannover“ am 6.7.77.

Die Notwendigkeit der Durchsetzung der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 durch Volksentscheid ist nach der diesjährigen Tarifauseinandersetzung nur dringlicher geworden. So spart andererseits die Bildzeitung auch nicht mit Enthüllungen über die sozialen Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen: „Vater wollte sein Kind (2 J.) von Auto überfahren lassen“. Bild läßt den Vater sprechen: „Ich kann meine Familie nicht mehr ernähren und ich wollte meinem Kind das Heim ersparen“.

Bild weiß auch eine Lösung: Die „Liebe“, und versäumt dabei auch nicht, die „Kostendämpfung“ ideologisch in Watte verpackt, unterzubringen: „Immer mehr Ärzte warnen Frauen vor einem Kaiserschnitt und betäubenden Medikamenten bei der Geburt“, weil, „da schon entsteht die Liebe zwischen beiden“. (Bild, 9.7.)

Das ist ein Hirnfurz der Bourgeoisie, das Elend soll Mutter und Kind zusammenketten. Das wird es nicht. Die Frage des § 218 ist eine Klassenfrage. Sie wird nicht durch „Liebe“ gelöst, vielmehr wächst der Klassenhaß. Das ist gut so. Durch den klassenmäßigen Zusammenschluß der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse wird der § 218 zu Fall gebracht. – (N-Red.)



Am 5. Juli demonstrierten in **Düsseldorf** etwa 450 Referendare und Studenten aus NRW gegen die im 6. Beamtenbesoldungserhöhungsgesetz vorgesehenen Gehaltskürzungen für Beamtenanwärter. In einer einstimmig zu weiteren Kampfschritten verabschiedeten Resolution heißt es: „Die bisher ergriffenen Maßnahmen . . . werden nicht ausreichen, um das Gesetz zu verhindern. Letztlich geht das nur durch Streik. Die Vorbereitung dieses Streiks . . . ist unsere nächste Aufgabe.“

Die Referendare des Bezirksseminars Leverkusen haben die Resolution unterstützt, 17 von ihnen beteiligten sich an der Demonstration. Für Streik hat sich die Vollversammlung der Gymnasialreferendare Siegen ausgesprochen. Die Generalvollversammlung der Universität Bielefeld hat am 7. Juli einstimmig die Demonstration begrüßt.

Kampf der Hamburger Lehrer

Hamburg. Am 30.6. hatte die Vollversammlung der GEW-Vertrauensleute beschlossen, dem Hauptvorstand noch einmal eine Woche Zeit zu lassen, dem Warnstreik der Hamburger Lehrer gegen die Besoldungsrückstufung seinen Segen zu geben. Von den Opportunisten ist dieser Antrag eingebracht worden als Feigenblatt für die Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokraten haben diese Woche genutzt, um die erreichte Einheit der Lehrer zu zersetzen. Stillschweigende Übereinkunft wollten sie erzeugen über die Absetzung des in der Urabstimmung mit großer Mehrheit beschlossenen Streiks. Stattdessen lädt der Landesvorstand zu einem GEW-Sommerfest ein am 15.7., dem Tag, wo der Bundesrat über die Besoldungsrückstufung verhandelt.

In einigen Schulen wollen die Lehrer nicht mehr über den Streik diskutieren. Der sozialdemokratische Hauptvorstand hat gemäß der Satzung sowieso das letzte Wort und läßt sich dies von seinen Parteibrüdern in der Regierung diktieren. Was soll da noch herauskommen? Frister hatte sogar mit dem Ausschluß des Landesverbandes gedroht für den Fall, daß ohne seine Zustimmung gestreikt würde, weil das Bruch des Bundessatzung bedeute. Nach diesen Erfahrungen wächst der Wille, die Bundessatzung umzuwerfen und sie so zu ändern, daß sie dem Zusammenschluß gegen den staatlichen Dienstherrn nützt.

Verschiedene Dienststellen haben ihre Streikbeschlüsse bekräftigt. Genau verfolgt werden alle Schritte der Lehrer in anderen Bundesländern, wie z.B. Hessen den Kampf gegen die Besoldungsrückstufung organisiert.

Die Schüler bereiten Streiks vor gegen den Schulgesetzentwurf, gegen die Zeugnisse und den Notenterror. Sie erwarten Unterstützung durch die fortschrittlichen Lehrer. Es wird jetzt behauptet von KB Nord-Lehrern, die Kollegen seien resigniert. Zusammen mit den Sozialdemokraten beschwören sie, nichts sei mehr zu machen. Warum sollten sich die Lehrer von diesen Leuten die Aufgaben vernebeln lassen, die auf der Hand liegen, wollen sie vorankommen im Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat?

17 DM für Medikamente und Massagen: Da kann ich halt weniger essen

Auswirkungen des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes

Hannover. „Das Kostendämpfungsgesetz ist ausschließlich dazu gemacht, die Sozialversicherungskassen frei zu machen für die erneute Plünderung durch die Bourgeoisie, um sie als Kriegskassen zu benutzen. Immer mehr sollen sie gefüllt werden. Hand in Hand gehen damit Maßnahmen, durch die jene Teile der Arbeiterklasse, die durch die kapitalistische Produktion ihre Gesundheit verloren haben und nicht mehr rasch genug produzieren können, von der Versicherung und der Krankenversorgung ausgeschlossen werden. Das Kapital hat kein Interesse an der Erhaltung von Lebenskraft, die nicht mehr profitabel auszubeuten ist. Wie anders als über polizeimäßige Unterdrückung und die vollständige Kontrolle der Sozialversicherten und der damit befaßten Personen sollten diese barbarischen Ziele durchzusetzen sein.“ Das haben wir in der KVZ 26 geschrieben.

Wir haben Arzthelferinnen, Apotheker und Beschäftigte der Krankenhäuser befragt über ihre Erfahrungen mit dem Kostendämpfungsgesetz seit Inkrafttreten vor einer Woche:

Arzthelferinnen aus der Praxis eines Internisten:

„Über die Presse haben die Leute ja nicht erfahren, was mit dem neuen Gesetz auf sie zukommt, jetzt sind alle empört. Viele haben sich noch vor dem 1. Juli mit Medikamenten eingedeckt, aber da haben sie vielleicht ein oder zweimal die Rezeptgebühren gespart. Schlimm ist, daß die Untersuchungen eingeschränkt werden, der erste Befund soll zur Grundlage der Behandlung gemacht werden. Mehrmalsuntersuchungen sollen ausgeschaltet werden, heißt das. Ohne gründliche Untersuchung wird dann wohl auch in den Krankenhäusern operiert.

Die Krankenkassen kontrollieren immer schärfer. Dauernd rufen sie in der Praxis an und verlangen Begründungen, warum der Patient zum Beispiel ein Medikament bekommt, das mit der als Behandlungsgrund angegebenen Krankheit nicht im Zusammenhang steht. Überhaupt darf nur für längstens zehn Tage auf einmal krankgeschrieben werden, meist schon bei der ersten Verlängerung der Krankschreibung werden die Patienten zum Vertrauensarzt zitiert. In der Praxis können wir jetzt nicht viel dagegen machen, wir schreiben jetzt vor allem Rentnern, die täglich mehrere Medikamente brauchen, die größten Packungen auf, aber dadurch wird der Abstand zwischen den Arztbesuchen größer.“

Im Nordschaumagazin vom 8.7. berichtet eine Ärztin:

„Zum Beispiel war da jemand, die brauchte nun eine Masse Medikamente. Sie brauchte fünf Sachen, das sind 5 DM. Und dann hat sie schwere Behinderungen, so daß sie Packungen und Massagen brauchte. Ich habe ihr sechs aufgeschrieben. Sechs Packungen sind 6 DM, sechs Massagen sind 6 DM, sie hat also 17 DM zu bezahlen. Ich fragte sie, ob ihr das schwerfiele. ‚Ja‘, sagte sie, ‚da kann ich halt weniger essen. Ich muß es mir ja irgendwo abziehen.‘ “

Ein Apotheker in der Innenstadt:

„Überhaupt nichts halten wir vom Kostendämpfungsgesetz, das schränkt die Ärzte ein, die können ja gar nicht mehr verschreiben, was nötig ist. Gerade hatte ein Arzt auf dem Rezeptblock ein Mittel wieder durchgestrichen, weil er dachte, er dürfe das nicht mehr verschreiben, aber der Patient brauchte es.

Es gibt überhaupt keine Ausführungsbestimmungen, wir schreiben deshalb für jeden eine Quittung aus für die Kasse. Neun Medikamente dürfen höchstens auf einem Rezept stehen, der Patient bezahlt dann 9 DM. Von den Rezeptgebühren kann man sich befreien lassen, wenn man als einzeln Versicherter weniger als 370 DM zum Leben hat. Aber das muß extra beantragt werden, ist mit Rennerei verbunden. Ab 1.1.78 werden dazu noch die Leistungen der Kassen eingeschränkt. Zum Beispiel Schlaf- und Kopfschmerzmittel, die am häufigsten gebraucht werden, müssen dann selbst bezahlt werden. Außerdem dürfen die Ärzte nicht mehr als im Durchschnitt des Jahres 1976/77 verschreiben.“

Krankenpfleger, Medizinische Hochschule Hannover (MHH):

„Im Juni hat die AOK Hannover einen Vordruck an die Krankenhäuser geschickt, der von dem behandelnden Arzt auszufüllen ist: „Anschlußheilbehandlungen können nur durchgeführt werden, wenn die begründete Aussicht besteht, daß der Patient nach erfolgter Frühmobilisation und Abschluß der akutklinischen Behandlung mit rehabilitativen Maßnahmen belastbar ist *und* die Erwerbsfähigkeit erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann.“ Der Abschluß des Fragebogens: „Einstellung des Patienten zur Wiederaufnahme der Arbeit?“ Anzukreuzen ist positiv, indifferent oder negativ.

Wer nicht mehr in die Produktionsschlacht geworfen werden kann, wird gemordet, nur leicht verhüllt.

„Kostendämpfungsmaßnahme“, die schon länger in Kraft ist:

An der Medizinischen Hochschule Hannover hat ein Professor Löhlein herausgefunden, daß es gar nicht erforderlich ist, die zum Zellenaufbau, also zur Heilung, notwendigen teuren Aminosäuren nach Operationen zu verabreichen, sondern daß die billigere Zuckerlösung LGX ausreicht. Seit Ende 1976 wird das sogenannte Löhleinprogramm auf verschiedenen Stationen an der MHH praktiziert. Damit werden den Patienten die elementarsten Bausteine für den Zellenaufbau verweigert, die dann aus dem Muskelgewebe gezogen werden müssen, soweit ausreichend vorhanden. Wenn nicht oder nur unzureichend? Da wird nachgeholfen! Mit Verordnungen und weiterer Verschärfung der Rationalisierung in den Krankenhäusern.

Ein Krankenhausarzt:

„Der Verwaltungsleiter Lenner des Krankenhauses Siloah hat in einer Verordnung die Krankenschwestern aufgefordert, bei der Ausgabe von Mineralwasser zu sparen. Im Tagespflegesatz von 193 DM seien 6,07 DM für Verpflegung enthalten, 10 % davon würden die Getränke ausmachen. Das ist zu viel!

Gechlortes Leitungswasser bleibt da für die Rentner und große Teile der Arbeiterklasse, die Getränke am Kiosk sind zu teuer, und wer soll sie immer besorgen? Mit dieser Verordnung wird die jetzt schon unerträgliche Situation auf den Stationen verschärft. Die Patienten werden noch mehr dursten und *verdursten.* Heute schon ist es so, daß die Krankenpfleger die Patienten nicht ausreichend versorgen können, so daß viele dursten und völlig ausgetrocknet Qualen leiden. Vor allem Frischoperierte brauchen häufige Benetzung der Lippen. Ihre ohnehin schon schlechte Abwehrlage wird verschärft durch die Austrocknung der natürlichen Abwehrsysteme wie Mandeln, nasse Schleimhäute usw. Wen wunderts, daß die meisten Alten und Schwerkranken nicht an der Primärerkrankung, deretwegen sie ins Krankenhaus gekommen sind, sterben, sondern zum Beispiel an Lungenentzündung, die sie sich im Krankenhaus zugezogen haben und daß ihre Zahl steigt? Diese und ähnliche Todesursachen werden in die Höhe schnellen. Natürlicher Tod, heißt das dann.

– (N-Red.)

Ratsherr zu Wilhelmshaven

„Wir brauchen keine Kuckucksuhren"

„Wilhelmhaven, die deutsche Alternative an der Nordsee", so betitelt Oberstadtdirektor Eickmeier zu Wilhemshaven seine 1974 veröffentlichte Rede, in der er Vergangenheit und Zukunft in einem Satz zusammenfaßt. Wie er das als Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie sieht: „Der Marinestadt an der Jade nach 100 Jahren diesen neuen nationalen und internationalen Existenzsinn als ziviler Großschiffshafen, Produktionsplatz und Energiedrehscheibe zu geben, dazu bedurfte es einer Menge Einsicht und Prognosensicherheit, wirtschaftlich und politisch gebündelter Energie auf allen relevanten Ebenen und großer vorleistender Investitionsbereitschaft". Vorleistende Investitionsbereitschaft aus den Steuergeldern der arbeitenden Massen haben die Ratsherren zu Wilhelmshaven zuhauf beschlossen, und neu ist daran höchstens das gewaltige Ausmaß der Investitionsprojekte, die nur durch ungeheuer gesteigerte Konzentration von Kapital zustande kommen und durch ebenso gesteigerte Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft, die den Mehrwert, den die Kapitalisten als Profit einstecken, produziert.

Schon 1956 wurde eine Milliarde DM in den Ausbau des Hafens zum Tiefseehafen gesteckt. „Der Hafen von Rotterdam wächst in immer nachdenklichere Dimensionen hinein ... dahinter steckt nicht nur eine zunehmende Ballung von Umschlagtätigkeit, sondern auch eine zunehmende Agglomeration von Industrieanlagen im Hafengebiet." (Derselbe Stadtdirektor)

Die werktätige Bevölkerung führt gegen diese Politik der kapitalistischen Industrieansiedlung einen langen hartnäckigen Kampf.

Die Industrieansiedlung begann mit dem Bau der Nord-West-Ölleitungen (NWO) 1956. Von der Ölpier werden 30 % des bundesdeutschen Ölbedarfs ins Ruhrgebiet gepumpt. Eine Kavernengesellschaft (NWKG) zur Einlagerung der strategischen Ölvorräte kam als nächstes. Deshalb der Ausbau des Hafens. Zwei Tanker sind 1976 und 1977 aus der Fahrrinne geraten und auf Grund gelaufen. Die zunehmende Verschmutzung der Jade wie der Vogelschutzinsel Mellum waren die Folge. Eine Explosion beim Brand an der Ölpier wurde nur in letzter Sekunde verhindert, indem ein voller Tanker von der brennenden Pier gerade noch weggezogen werden konnte. Zunächst erwogen daraufhon die „Verantwortlichen", ständig einen leeren Tanker in Wilhelmshaven zu stationieren, das wurde aber wieder fallengelassen, weil zu teuer.

Für die Ansiedlung der Aluisse-Atlantik 1972 ließ das Land Niedersachsen eine Löschbrücke für 100 Millionen bauen. In dem Werk wird heute entgegen der ursprünglichen Planung – auf Grund der geänderten Marktlage – nicht Aluminium verhüttet, sondern Chlorgas hergestellt. Chlorgasausbrüche wurden zur Dauerbelastung der Bevölkerung. Vergiftungen und unerträglicher Gestank waren die Folge. In Versammlungen zu mehreren Tausend organisierte die Bevölkerung den Kampf gegen Alusuisse. Einer lokalen Partei, der „Bürgerschaft", gelang es, sich an die Spitze des Widerstandes zu stellen und die Bewegung auf das bürgerliche Parlament abzulenken. Der Widerstand konnte so unterdrückt werden, und die Aluisse produziert weiter.

Gegen den Bau des NWK-Kraftwerkes, das im Oktober 76 eingeweiht wurde, entwickelte sich erneut der Widerstand der arbeitenden Volksmassen. Es ist mit 720 MW das größte konventionelle Kraftwerk in Westdeutschland. Auflagen konnten erzwungen werden. Ihre Einhaltung durch die Kapitalisten ist eine andere Sache. Durch die Presse werden zuweilen Asthmakranke aufgefordert, das Haus nicht zu verlassen, wegen einer Kohlendioxidwolke über Wilhelmshaven: Abgase aus dem Kraftwerk. Weil keine Deponie für ausgefilterte Schlämme vorhanden ist, arbeitet das Werk ohne die entsprechenden Filter.

Die durch die Industrieansiedlung verursachten Schäden sind mannigfaltig: Die Badestrände sind zerstört, einem Muschelfischunternehmen wurden die Muschelbänke wegen Verschmutzung geschlossen. Das Kesselhaus des Kraftwerks stört den Fernsehempfang, die Bewohner haben sich jetzt zusammengeschlossen, um von der NWK die Finanzierung einer brauchbaren Antennenanlage durchzusetzten.

Auf öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen schließen sich die Arbeiter und Bauern zusammen gegen das ICI-Projekt, zur Herstellung von PVC, was hochgradig krebserregende Stoffe freisetzt. ICI plant den Bau eines weiteren Chlorgaswerkes. Für den Bau des geplanten Flüssiggashafens muß die Umgebung geräumt werden. Die Bauern von zwei Ortschaften – Bodenburg und Inhauersiel – werden von ihrem Land vertrieben. Eine „Vorsichtsmaßnahme". Gas wird unter niedriger Temperatur flüssig. 600 cbm Gas werden auf ein cbm Flüssiggas komprimiert. Steigt die Temperatur, wird das Flüssiggas wieder gasförmig und dehnt sich aus. Ist es eingeschlossen, explodiert die Anlage. Bei einem der Riesenflüssiggastanker etwa mit der Sprengkraft einer größeren Bombe. Bei dem Umschlag vom Schiff in die Kavernen ist das Flüssiggas lediglich drei Grad unter dieser kritischen Temperatur gehalten, weil sonst die Kosten zu hoch werden.

Unvermeidliche Folge der Produktion? Ganz sicher nicht, aber gesetzmäßige Erscheinung der Profitproduktion und der Fesselung der ersten Produktivkraft, der Arbeiterklasse. (Bezirk Weser-Ems/N.-Red.)



Die Ruhrgas AG Essen, die Salzgitter Ferngas GmbH Salzgitter und die N.V. Nederlandse Gasunie Groningen, haben am 30. Juni 1977 in Algier mit der algerischen Staatsgesellschaft Sonatrach einen Vertrag über den Bezug von Flüssigerdgas im Gesamtwert nach heutigen Preisen von 30 Mrd. DM abgeschlossen. Ab Mitte 1984 sollen 20 Jahre lang ca. acht Mrd. cbm pro Jahr je etwa zur Hälfte in die BRD und in die Niederlande geliefert werden. Jetzt endlich ist dieses Riesengeschäft zustande gekommen, nachdem „erst im vergangenen Jahr eine längere Verhandlungsrunde gescheitert war, weil die Sonatrach damals an ihrem Konzept festhielt, daß sich Verkäufer und Käufer sämtliche Investitionen teilen sollten." (Weser Kurier, 5.7.) Was ein völlig gerechtfertigte Konzept ist.

Jetzt ist es den imperialistischen Käufern offensichtlich gelungen, Algerien ihre Bedingungen aufzuzwingen. Lediglich einen Mindestabnahmepreis konnte Algerien durchsetzen.

„Risiko mit Flüssiggas" und „Pionierprojekt", kommentiert die bürgerliche Presse das Riesenspekulationsgeschäft. Spekulation, weil das Projekt darauf baut, daß durch den Kampf der Volksmassen gegen die Ausplünderung mit der Kernenergie der Markt günstig ist, die Preise hochzutreiben. „Das Ausmaß dieser Energiekostensteigerung könnte wohl durch Kernenergie gebremst werden." (Hamburger Abendblatt, 5.7.) Die Ruhrgas AG hat sich vertraglich zusichern lassen, daß „der Gaspreis steigt oder fällt, je nachdem wie sich die Marktpreise für schweres und leichtes Heizöl entwickeln." (Süddeutsche Zeitung, 5.7.)

Die Ruhrgas AG, die heute schon 55 % des westdeutschen Ferngas-Marktes auf sich konzentriert hat, rechnet damit, daß bis 1984 die Plünderung der Volksmassen so weit getrieben ist, daß sie ihr teures Gas an den Mann bringen kann. Ob es aber gelingen wird, das gegen die arbeitenden Volksmassen durchzusetzen, ist ihr Risiko. „Pioniertat" lobt die Bourgeoisie, weil es der Ruhrgas AG mit diesem Projekt gelungen scheint, mit ganzen 450 Millionen DM Investitionen für den geplanten Flüssiggashafen in Wilhelmshaven und mit einigen weiteren zwei bis drei Millionen für die innerdeutschen Gasleitungen, ein Projekt an Land zu ziehen, das in Algerien zwei Milliarden Dollar erforderlich macht und gleichzeitig den 20jährigen Zugriff auf eine weitere Rohstoffquelle geschafft hat. „Eine kluge Politik" bezeichnet es die Süddeutsche Zeitung, wenn die BRD ihre Bezugsquellen breit fächert. Bisher hat die deutsche Gaswirtschaft Verträge beispielsweise mit den Niederlanden, den Norwegern, der Sowjetunion, dem Iran und jetzt Algerien.

Die Bundesregierung als Großabnehmer und Geschäftsführender Ausschuß der westdeutschen Imperialisten unterstützt natürlich diese Raub- und Plünderpolitik. Zur militärischen Sicherung betreibt sie die Aufrüstung und ist auch mit finanziellen Mitteln nicht kleinlich. Ministerin Schlei fordert nicht nur die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Afrika, sie sagt auch wie: „Mehr Geld zur Rohstoffsicherung!" ist ihre Losung.

Die Regierung Niedersachsens und die Stadt Wilhelmshaven haben auch schon das Ihre zur Absicherung dieses Riesenprojekts beigetragen: bereits im vergangenen Sommer haben sie einen Vertrag mit der gemeinsamen Tochter von Ruhrgas und Salzgitter-Ferngas, der DFTG (Deutsche-Flüssiggas-Terminal-Gesellschaft), abgeschlossen.

Schützenfeste

Hannover. 14 000 nahmen am Festumzug des diesjährigen Schützenfestes in Hannover teil, über 30 000 schauten sich den Umzug an. Schützenfeste werden in Norddeutschland in jeder Stadt und jedem Dorf in den Sommermonaten gefeiert.

In der „Enzyklopädie 2 000" heißt es unter dem Stichwort „Schützenvereine": „Schützengilden- und Gesellschaften konstituierten sich im hohen Mittelalter als eine Art ziviler Bürgerwehr der aufblühenden Städte, die räuberische Übergriffe seitens des mehr oder minder hohen Adels jederzeit gewärtig sein mußten. ... Infolge ihrer kommunalen Schutzfunktion wurden die alten Schützengilden vom Gemeinwesen gefördert. Als Übungsgelände standen ihnen neben dem Schützenanger vielfach auch ein Schützen- oder Schießhaus zur Verfügung."

Die Schützenvereine sind frühe militärische Organisationen des aufkommenden Bürgertums im Kampf gegen den Adel, in denen sich die wehrfähigen Männer organisierten. Teilweise sind die Schützenvereine als Elitetruppen der Bourgeoisie, die gegenüber dem Adel die fortschrittliche Produktionsweise vertrat, in den Krieg gezogen. Tiroler Standschützen kämpften 1809 gegen die napoleonischen Truppen.

In dem Maße, wie die Bourgeoisie von einer fortschrittlichen zu einer reaktionären Klasse geworden ist, hat sich auch der Charakter der Schützenvereine verändert. Während des 1. Weltkrieges zogen Schützenbataillone auf seiten der deutschen Imperialisten in den Krieg gegen Italien. Vom ehemals revolutionären Charakter der Schützenvereine ist heute nur noch übriggeblieben, daß auf den kaiserlichen Adler mit Zepter und Krone geschossen wird und derjenige Schützenkönig wird, der dem kaiserlichen Adler den Todesschuß versetzt.

Daß die Schützenvereine heute noch existieren, hat vor allem zwei Gründe: Für die Volksmassen und insbesondere die Jugend ist der Schützenverein die einzige Möglichkeit, schon frühzeitig das Schießen zu erlernen. Die Bourgeoisie hingegen will sich in den Schützenvereinen eine Reserve der Konterrevolution halten. Die Schützenfeste nutzt die Bourgeoisie heute zu einem großen Fischzug auf die Lohngelder der Volksmassen. „Bild-Zeitung" am 7. Juli über das hannoversche Schützenfest: „Dieses Schützenfest bricht alle Rekorde. ... Auch die Schausteller sind mehr als zufrieden. „Jetzt arbeiten wir nur noch in die eigene Tasche". Fette Beute macht vor allem der imperialistische Staatsapparat über Vergnügungssteuern, Gebühren etc.

Straffrei nur bei Verpflichtung zur Bundeswehr.

Hamburg. Ein Arbeiter im Hafen war trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zur Eignungsprüfung der Bundeswehr erschienen und sollte 150 DM Geldstrafe bezahlen oder, weil er noch Jugendlicher ist, drei Tage Arbeitseinsatz machen (da müssen die Jugendlichen unter Aufsicht zum Beispiel im Stadtpark Papierschnitzel aufsammeln oder ähnliches).

Vorher hatte er nochmal die Möglichkeit, beim Bezirksjugendrichter vorbeizusprechen. Dieser sagte ihm, daß die einzige Möglichkeit, um die Strafe herumzukommen, die sofortige freiwillige Meldung zur Bundeswehr wäre.

dung zur Bundeswehr wäre.

„Polizeieinsätze zu erwarten, wie sie bisher noch nie notwendig waren"

Weiterer Polizeiausbau und -aufrüstung/ „. . .über Änderung des Polizeirechts nachdenken".

„Die Personalbelastung bei der Hamburger Schutz- und Kriminalpolizei ist nach Auffassung der Hamburger CDU-Fraktion inzwischen völlig unzumutbar. Dadurch gerate die innere Sicherheit immer mehr in Gefahr." Dies konnte man vor zwei Wochen im „Hamburger Abendblatt" lesen. Zur gleichen Zeit berichtet die „Braunschweiger Zeitung" (BZ) über „Polizeirazzia mit Schwerpunkt Jugendschutz". Ein Riesenpolizeiaufgebot hatte die Fußgängerpassage am Ringerbrunnen „umzingelt", um die etwa 220 überwiegend jungen Gäste der Diskothek „Keller" zu überprüfen. Passanten deuteten diesen Jugendschutz „schnell in eine Jagd nach Schwerverbrechern" um. (BZ) „Beobachtungen hatten die Polizei in dem Verdacht bestärkt, daß Kinder, Jugendliche und Heranwachsende uneingeschränkt und ohne Kontrolle ... dieses Lokal zu ihrem ständigen abendlichen Treff machten." Aus Westberlin wird in derselben Woche von einer dreistündigen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und der Polizei berichtet. Die Polizei hatte eine Rauschgiftrazzia in einem „Musikschuppen" durchgeführt.

An den Berichten über „Verbrechensbekämpfung", die in den letzten Monaten veröffentlicht wurden, läßt sich ablesen: Kleine Diebstähle, Einbrüche, auch Banküberfälle nehmen zu, die Aufklärungsrate der Polizei nimmt ab. Wen wunderts? Die gnadenlos verschäfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die imperialistische Bourgeoisie, die Ausplünderung der Volksmassen durch den imperialistischen Staatsapparat verengt die Reproduktionsbasis für die arbeitenden Massen. Teile von ihnen werden ins nackte Elend gestoßen. Da scheint ein „Bruch" eine Lösung zu sein. Tatsächlich ist es auch ein Angriff auf die Bourgeoisie, auf ihre Herrschaft, wenn auch mit untauglichen Mitteln. Die Bourgeoisie begreift es auch als Angriff und reagiert mit der Imperialistenhirnen eigenen Logik: mit dem Polizeiknüppel, mit dem Ausbau des Unterdrückungsapparates. Die „innere Sicherheit" gerät in Gefahr, wenn sich die Arbeiterjugend zusammenfindet – „unkonrolliert".

Ein lückenloses Netz von Bespitzelung, Kontrolle, Schikane muß über die Volkmassen gezogen werden. In Braunschweig ist im April das sogenannte „Kontaktbeamtensystem" eingeführt worden. „Wandelnde Kummerkästen" sollen sie sein, diese Polizisten, die den ganzen Tag durch die Wohnbezirke streichen und überall herumschnüffeln. In Westberlin liegen schon reichlich Erfahrungen vor damit. So verfaßte zum Beispiel ein solcher KOB einen Bericht an das Jugendamt über eine Familie, die ein Pflegekind aufnehmen sollte: „Hausermittlungen ergaben, daß Frau M. keinen engen Kontakt zu anderen Mietern pflegt. Übereinstimmende Aussagen von Mietern ergaben, daß Frau M. einen nicht so guten Leumund besitzt. ... Seit Sommer 75 lebt sie mit einem unbekannten Mann zusammen."

„Verbrechensvorbeugende Maßnahmen" nennt das die Hamburger CDU-Fraktion. Die Massen in Westberlin haben da eine andere Bezeichnung: Blockwartsystem. Leicht kann es so einem Polizisten ergehen wie denen bei der Rauschgiftrazzia: Daß er verdroschen wird.

Zielstrebig wird der Ausbau des Unterdrückungsapparates vorangetrieben. Der niedersächsische Landtag hat im Mai über den Haushalt beschlossen. Der Einzelplan 03, Ministerium des Innern, sieht vor: zunächst: „Hundert neue Stellen der Besoldungsgruppe A5 für den Polizeivollzugsdienst", sodann in der zweiten Ergänzungsvorlage: „300 weitere Stellen für Dienstanfänger, davon 192 für die Schutzpolizei und 108 für die Kriminalpolizei." Weiter: „Die Verbesserung der Schutzausrüstung, also Kleidung, Schilde und so weiter, . . . die Ersatzbeschaffung einer größeren Anzahl von Kraftfahrzeugen, ... außerdem soll ein weiterer Hubschrauber angeschafft werden; denn der Einsatz dieser Maschinen hat sich sowohl im polizeilichen Alltag als auch im Zusammenhang mit Großeinsätzen bewährt." (alle Zitate nach dem Protokoll der 64. Plenarsitzung des niedersächsischen Landtages 10.5.77)

Unter solchen Großeinsätzen versteht der SPD-Abgeordnete Hüper, den wir hier zitiert haben, Einsätze gegen Demonstrationen gegen das imperialistische Energieprogramm wie zum Beispiel in Grohnde. Damit die einfachen Polizisten ihrem Auftrag gegen die Volksmassen auch nachkommen, sind „im Stellenhaushalt 64 neue Stellen des höheren und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes bis Besoldungsgruppe A 13 anstelle der gleichen Anzahl von Eingangsämtern des mittleren Dienstes A5 ausgebracht worden." Und was die Ausbildung der Polizisten angeht, traten der Innenminister Groß (FDP) und der Abgeordnete Hüper übereinstimmend dafür ein, „Polizeibeamte des Einzeldienstes, die nicht gewohnt sind, nächtelang im Schlamm zu lagern, für solche geschlossenen Einsätze auszubilden."

Erfahren in der Knechtung der einfachen Polizisten und mit einem Riecher für Zersetzungserscheinungen im Polizeikorps läßt der ehemalige Polizeiminister Lehners (SPD) durchblikken, daß mehr Druck der Disziplin und Pflichterfüllung förderlich sei. Er sagt in der Debatte: „Noch eine Bemerkung zur Bereitschaftspolizei, Herr Innenminister, zur Zeit haben wir drei Abteilungen mit ca.2 000 Beamten. Es wird ihnen nicht entgangen sein, daß beispielsweise Ostern dieses Jahres ganze 560 Beamte von den 2 000 zur Verfügung standen; dies war bedingt durch Abordnungen, Lehrgänge, Urlaub und Krankheit. Ich würde daher bitten, ob man nicht ab 1978 mit dem Aufbau einer vierten Abteilung beginnen sollte."

Mit der Verabschiedung dieses Haushaltes soll die Voraussetzung geschaffen werden, den Polizeiapparat zur Niederschlagung der erwarteten politischen Massenbewegungen gegen die Politik der Finanbourgeoisie zu befähigen. Dem entspricht das „Bestreben, die Sicherheitsorgane bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht auf schwankendem Boden zu lassen. ... und weiter über die Änderung unseres Polizeirechtes nachzudenken." Herausgekommen ist der Entwurf für ein Niedersächsisches Polizeigesetz. Bis heute hat ihn die Bourgeoisie nicht durchsetzen können. Sie wird es im Herbst versuchen. Sie muß es. Der Abgeordnete Hüper: „Es sind Polizeieinsätze zu erwarten, wie sie bisher in der Bundesrepublik noch nie notwendig waren."

Die Bourgeoisie bereitet den Krieg vor. Sie rüstet sich und verstärkt die politische Unterdrückung. Die Arbeiterklasse muß den bewaffneten Aufstand vorbereiten. – (N.-Red.)

Nach den Staufern jetzt die Preußen.

Der frisch von der westdeutschen Bourgeoisie in Westberlin eingesetzte Frontstadtbürgermeister Stobbe (SPD) hat sich gleich mit einem passenden Projekt eingeführt und dafür großes Lob bei allen Bourgeoispolitikern geerntet: „im Reichstagsgebäude unmittelbar an der Mauer eine Ausstellung „Die Preußen" zu veranstalten." (Welt, 5.7.77)

Die preußischen Feudalherren haben sich dadurch ausgezeichnet, daß sie die Völker des Ostens zu unterwerfen versuchten und im Niedergang der Epoche des Feudalismus weite Gebiete Deutschlands unterjochten; schließlich haben sie sich die aufkommende Bourgeoisie zum Verbündeten gemacht gegen die Bauernmassen und das Proletariat, dadurch der bürgerlichen Revolution in Deutschland die Spitze gebrochen und in diesem Klassenbündnis das imperialistische Militärzuchthaus Deutsches Reich geschmiedet, das schließlich unter den bewaffneten Schlägen der bewaffneten deutschen Arbeiterklasse am Ende des 1. Weltkrieges zerbrochen ist.

Der Feudalismus ist längst beseitigt. Es herrscht die Finanzbourgeoisie. In ihrer Verkommenheit wärmt sie die Eroberungsfeldzüge und das reaktionäre Regiment der Feudalherren, der Preußen oder vor Monaten der Staufer, wieder auf, um unter den Volksmassen und vor allem der Jugend Boden zu gewinnen für neue Eroberungsfeldzübe und für die „einstige Größe des Deutschen Reiches" zu begeistern.

„Preußens Aufgaben sind noch nicht erfüllt. Auf den Geist der Freiheit, der Ordnung und Arbeit gestützt, soll es noch einmal der deutschen Nation und ihrer künftigen friedlichen Größe dienen. Preußens beste Eigenschaften, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, braucht auch das neue Deutsche Reich zum Wiederaufbau", erklärte der Sozialdemokrat Hirsch 1919 nach der Verjagung des Preußenkaisers durch die Revolution. Dafür schickt die Finanzbourgeoisie heute erneut ihre sozialdemokratischen Missionare ins Feld. (N-Red)

Lebensunterhalt ungesichert

Westberlin. Eine Umfrage unter 130 Absolventen des Praktischen Jahrs in Westberlin, wie sie während der Zeit des Praktischen Jahres ihren Unterhalt bestreiten, hat folgendes ergeben: 50 % von den 130 erhalten BAFöG. 11 % haben einen Kredit aufgenommen oder wollen einen aufnehmen. 16 % verdienen sich den Lebensunterhalt bis jetzt durch Arbeit. 20 % setzen den Lebensunterhalt während des Praktischen Jahres, wenn nicht Ausbildungs- und Tarifvertrag und Ausbildungsvergütung von 700 DM durchgesetzt wird, als ungesichert an. Der bundesweite Streik zur Durchsetzung der Forderungen ist für sie eine Existenzfrage.

Alle erhalten den Schein

Hannover. Der Philosophie-Dozent Ries an der TU Hannover ist für seine reaktionäre Wissenschaft bekannt. „Wer sagt ihnen denn, daß sie nach der Revolution nicht von ihren eigenen Genossen an die Wand gestellt werden?" Solche Weisheiten verbreitet er in seinen Übungen. Dafür ist er angegriffen worden. Auf einem Tribunal vor über 100 Studenten ist er zur Rede gestellt worden dafür, daß er während des Streiks an der TU im Mai die Polizei gerufen hat. In der letzten Woche hat Ries sich dann zwei Studenten herausgegriffen, sie als „federführend" bei dem Tribunal bezeichnet und ihnen den Schein verweigert. „Gangstern", „Störern" und „Terroristen" gebe er sowie keinen Schein. Sofort haben sich ein Dutzend anderer Studenten gemeldet, sie seien ebenfalls bei dem Tribunal gewesen. Die KHG hat die Forderung nach einem Schein für jeden mit einem Plakat verbreitet und für die nächste Sitzung des Seminars mobilisiert. Als wiederum zahlreiche Studenten zu seinem Seminar erschienen, warf Ries, der schon im letzten Semester Scheine verweigert hatte, das Handtuch: Alle erhielten den Schein.

Studentenarbeit: Spaltungsmittel Extraprofit

Die elende Lage der besitzlosen Studenten zwingt sie, während der Semesterferien ihre Arbeitskraft noch zusätzlich an die Kapitalisten zu verkaufen. Jedes Jahr arbeiten einige 100 in den Produktionsabteilungen bei VW. Die Kapitalisten greifen gierig zu. 15 % „Arbeitgeberanteil" an Sozialversicherung behalten sie ein, ebenso Anteile für Betriebsrente, Sonderzahlung etc, alles direkte Lohnbestandteile.

Absichtlich in Unkenntnis gehalten über die Vorgabezeiten, passiert es, daß sie 150 % produzieren, aus Angst, den Akkord nicht zu schaffen. Häufig werden sie an höher bewerteten Arbeitsplätzen eingesetzt für weniger Lohn. Gleichzeitig stellen sie mit den befristeten Arbeitsverträgen eine Manövriermasse dar, mit der die Kapitalisten die „Nachfragespitzen", Spitzen in der Profitmacherei, voll ausschöpfen können.

Die Arbeiterklasse hat ein doppeltes Interesse an der Erkämpfung des Koalitionsrechts der Studenten. Einerseits um zu verhindern, daß die vollständige materielle Abhängigkeit genutzt wird, um sie an den Hochschulen zu Sklaven der Bourgeoisie abzurichten, andererseits um ihren Einsatz in den Betrieben zum Zwecke der Spaltung, als Streikbrecher und so als Lohndrücker zu verhindern. – (Zelle VW, Wolfsburg)

Lohndrücker zu verhindern. – (Zelle VW, Wolfsburg)

Studentenparlamentswahlen

Hamburg. In der vergangenen Woche gingen die Wahlen an der Universität Hamburg zu Ende. Die Wahlbeteiligung sank von 9 755 Stimmen oder 37,3 % im Wintersemester 76/77 auf 9 118 oder 34,78 %. Gegenüber den letzten Wahlen erhielten die Jusos 2 828 Stimmen (vorher 2 987), SHB 2 530 (2 857), MSB 2 309 (2 498), LHV 2 099 (1 871), RCDS 1 504 (1 336), KB Nord – Listen 1 161 (WS 76/77: „Liste Demokratischer Kampf" 1 555). Die Institutsgruppenliste erhielt 335 Stimmen (WS 76/77 SSG 449).

Berichtigung zum Wahlergebnis TU Braunschweig (KVZ 27): In der viertletzten Zeile muß es heißen: KSB (statt KSV)

Bei „Durchschlageübung" kam es zu meutereiähnlichen Zwischenfällen

Braunschweig. Vor der „Durchschlageübung" im Raum Gifhorn mußten die Soldaten in Unterhose antreten, um sich durchsuchen zu lassen, damit sie keine Schokolade oder Zigaretten mitnahmen. Die „Braunschweiger Zeitung" mußte jedoch schreiben, daß die Soldaten einige Zigaretten durchgeschmuggelt hatten.

Nach der Durchsuchung kam die Übung. „Es ging darum, sich durch vom Feind überrolltes Gebiet zu den eigenen Truppen durchzuschlagen". (Braunschweiger Zeitung) Am Seil als Brücke über die Aller, quer über die Felder, durch den Wald bei Nacht mit Feindberührung. 50 km mußte so marschiert werden, zwei Nächte hindurch. Am zweiten Tag kam es zu meuterähnlichen Zwischenfällen, die Soldaten wollten nicht mehr weitermachen.

Nach der Übung mußten dann noch 24 Soldaten Bereitschaft schieben.

In der „Braunschweiger Zeitung" wurde im Plauderton auf einer ganzen Seite mit Fotos von der Übung berichtet. Über den alten Trick, das Soldatentum als Romantik, als Echt-Mann-Sein („den inneren Schweinehund" überwinden in den Übungen) und als ein Schuß von Abenteurertum hinzustellen, sollen die Volksmassen und insbesondere die Jugend für die Unterstützung der zielstrebigen Kriegsvorbereitungen gewonnen werden.

Die Opportunisten hissen die gelbe Fahne

Ergebnisse der letzten Fachtagung Medizin / Kapitulationserklärung des Opportunismus

Am 2./3.7. fand in Heidelberg die VDS-Fachtagung Medizin statt. Sie hatte zu beschließen über die notwendigen Festlegungen zur Durchführung der bereits bei Abbruch des Streiks im Mai beschlossenen Urabstimmung über erneuten bundesweiten Streik im Wintersemester. Auf der letzten Fachtagung waren diese Festlegungen von den Opportunisten unter Führung der Kölner und Frankfurter Fachschaft hintertrieben worden. Ohne daß die Fachtagung irgendwelche Vorschläge machte, wie sich die Medizinstudenten erneut zusammenschließen können, und ohne daß die Verantwortlichkeit für die Spaltung und den Abbruch des letzten Streiks geklärt war, wurde die Diskussion über verschiedene Modelle an die Vollversammlungen verwiesen. Damit haben sie erreicht, daß von 21 Vollversammlungen nach dem Abbruch des Streiks nur drei beschlußfähig waren. Von der beschlossenen Urabstimmung sind die Opportunisten jedoch nicht heruntergekommen, und verhindern konnten sie auch nicht, daß von Vollversammlungen Beschlüsse gefaßt wurden, in denen sich das Bestreben der Medizinstudenten nach einem bundesweiten einheitlichen Vorgehen in der Urabstimmung ausdrückt.

Wortradikal stellten sie sich daher auf der Fachtagung zunächst hinter einen Aufruf, der vom Aktionsrat der Westberliner Studenten eingebracht worden war und in dem es heißt: „Der Streik im Sommersemester hat uns ... gezeigt, daß wir die Kraft zur Durchsetzung unserer Forderungen nur dann entwickeln können, wenn sich die Medizinstudenten noch fester zusammenschließen und bundesweit in den konsequenten unbefristeten Streik treten. Die Voraussetzungen dafür können geschaffen werden, weil wir aus den Fehlern gelernt haben."

Daß die Medizinstudenten aus Fehlern lernen, das ist es aber, was die Opportunisten verhindern wollen. Die Erfahrungen des Sommersemersters haben gerade bewiesen, was herauskommt, wenn ein einheitliches Vorgehen nicht erkämpft wird: Zwar wurde die Urabstimmung noch weitgehend einheitlich durchgeführt, aber es gab kein einheitliches Quorum, bei dem alle geschlossen in den Streik treten, und es wurde auch nicht einheitlich über Fortführung oder Abbruch des Streiks entschieden, sondern entlang der einzelnen Fachbereiche auf Vollversammlungen. Das hat den Spaltungsmanövern der Reaktionäre wie der verschiedenen Opportunisten Raum gegeben. Das haben sie auch sogleich ausgenutzt: Als erstes wurde Raum gegeben. Das haben sie auch sogleich ausgenutzt: Als erstes wurde eine Reihe von Fachbereichen abgespalten mit der Begründung, das Quorum sei, wenn auch knapp, aber doch eben verfehlt, nicht ohne die Versicherung, daß man „ansonsten" den bundesweiten Streik natürlich unterstütze. Als nächstes wurde dann eine Fachschaft nach der anderen aus der Front herausgebrochen, während andere gerade erst sich eingereiht hatten usw. Bis schließlich die Spaltung weit genug gediehen war für den bundesweiten Abbruch des Streiks.

Auf Grund dieser Erfahrungen wurde jetzt von den Fachschaften Heidelberg, Freiburg und Kiel ein Antrag eingebracht, der beinhaltete: bundeseinheitliches Quorum, bundeseinheitliche Auszählung und bundeseinheitlicher Streikantritt, Fortsetzung oder Abbruch des Streiks nur auf Grundlage einer erneuten bundesweiten Urabstimmung.

Auch die Opportunisten haben ihre Lehren aus dem Streik im Sommersemester gezogen. Deshalb haben sie die Diskussion über diesen Punkt abgeblockt und ohne Diskussion beschlossen: *fachbereichsweise Auszählung* der Stimmen, Quorum sind Jastimmen von 40 % der eingeschriebenen Studenten, die Fachtagung wird den bundesweiten Streik ausrufen, wenn die Hälfte der Städte, in denen die Urabstimmung durchgeführt wurde, mindestens jedoch zehn, ihr Quorum erreicht hat. Beschluß über Abbruch des Streiks auf *Fachbereichsvollversammlungen*. Soweit geht ihr Bestreben, das bundeseinheitliche Vorgehen von vornherein möglichst uneinheitlich zu lassen und zu zersplittern, daß die Höhe des Quorums ausdrücklich nur *empfohlen* wird. Keine der Hintertüren, durch die sie dem Streik im Sommer in den Rücken gefallen sind, wollen sie sich verschließen lassen.

Abgelehnt wurde von den Opportunisten ebenfalls, die zentralen Physikums- und Staatsexamensprüfungen, die für rund ein Drittel der Medizinstudenten Ende August bundeseinheitlich stattfinden, mittels eines PJ-Infos zu nutzen zur Vorbereitung des Streiks – „weil die Studenten in den Semesterferien doch nichts lesen" würden. Der Vorschlag der Fachschaft Göttingen, in den Semesterferien einen Kongreß durchzuführen, mit dem der Streik im Wintersemester inhaltlich vorbereitet werden soll, wurde ebenfalls zu Fall gebracht.

Beschlossen wurde lediglich noch, den Kampf gegen die Maßregelungen durch die Professoren zu führen wie den täglichen Kleinkrieg im PJ selbst und am 1.10.77, dem Tag, an dem das PJ ein Jahr besteht und an dem der nächste Semesterjahrgang antreten soll, in enger Zusammenarbeit mit den Klinikbelegschaften Aktionstage soll, in enger Zusammenarbeit mit den Klinikbelegschaften Aktionstage durchzuführen und den Streik vorzubereiten. Auch hier wollten die Opportunisten ausdrücklich festgehalten wissen, daß diese völlig unverbindlich sind. Das Kölner Sekretariat wünscht dann auch in seinem letzten Rundbrief einen schönen Urlaub und gibt den guten Ratschlag, die Fachschaftsarbeit in den Semesterferien zumindest nicht vollkommen liegen zu lassen.

Die Einhaltung selbst dieser wenigen Festlegungen wird man gegen die Opportunisten durchsetzen müssen. Zwar mußte unter dem Druck der Bewegung der Medizinstudenten ein einheitlicher Urabstimmungstermin (7. bis 18.11.77) für alle beschlossen werden, und die Opportunisten in den Medizinerfachschaften können es nicht wagen, jetzt offen gegen den Streik aufzutreten. Die nötigen *Vorkehrungen* haben sie jedoch schon getroffen, um die konzentrierte Kraft der Medizinstudenten im bundesweiten unbefristeten Streik von Anfang an der Entfaltung zu hindern. In der Hoffnung, damit noch vor Beginn des Streiks Erfolg zu haben, haben sie sich ein Hintertürchen offengelassen und gleich noch schnell beschlossen, daß die Beschlüsse der Fachtagung nur dann Gültigkeit haben, „wenn sich auf beschlußfähigen Vollversammlungen, die bis zum 4. November 1977 stattzufinden haben, beweist, daß sie die Position der Mehrheit der Medizinstudenten trifft. Sollte dies nicht der Fall sein, so hat eine VDS-Fachtagung Medizin am 5.11.77 die notwendig gewordenen Änderungen zu entscheiden."

Zu diesen Beschlüssen haben die Fachschaften Kiel, Heidelberg und Freiburg erklärt: „Das Ergebnis dieser Beschlüsse wird die Sabotage des Kampfes der Medizinstudenten sein. Vorzeitig wird eine Niederlage organisiert und damit der Regierung direkt in die Hände gearbeitet.

Der Streik der Medizinstudenten

in:

Kommunismus und Klassenkampf Nr. 6/77

zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager
Mainzer Landstr. 147
Frankfurt/M.

Wir rufen dazu auf, an den Medizinischen Fachbereichen der BRD und Westberlins alles dafür zu tun, daß auf den Vollversammlungen diese Beschlüsse zu Fall gebracht und Beschlüsse gefaßt werden, die die Voraussetzung dafür schaffen, daß im Wintersemester 77/78 durch bundeseinheitlichen Streik unsere gerechten Forderungen endlich durchgesetzt werden."

Diese Erklärung muß unbedingt

Diese Erklärung muß unbedingt verbreitet und in die Tat umgesetzt werden. Noch einen Streik in der Form, wie er im Sommersemester geführt worden ist, werden sich die Medizinstudenten nicht leisten können. – (c, Bezirk Holstein/N-Red)

Im Wintersemester Streik gegen BAFöG und für Koalitionsrechte

Erfahrungen bei Job-Vermittlung und Bafög-Amt

„Es ist gut, daß sich endlich mal einer um solche Dinge kümmert", äußerten viele Studenten, die wir in Braunschweig vor dem BAFöG-Amt und der Studentenarbeitsvermittlung interviewten, wo der KSB einen Stand durchführte.

Vor allem fragten wir die Studenten nach ihren Erfahrungen mit der BAFöG-Neuregelung. „BAFöG-Erhöhung – das ist doch ein Witz", meinte ein Pharmazie-Student. Er hat früher 160 DM bekommen, was ihm wegen Lohnerhöhung seines Vaters gestrichen wurde. Er ist verheiratet und lebt von dem Lohn seiner Frau, die 1 300 DM verdient. „Ich muß jetzt arbeiten, weil ich umgezogen bin und wir einige Anschaffungen machen müssen." Mit dem BAFöG-Gesetz hat er genug Erfahrungen: „Ich hatte im 1. Semester im Juli einen Antrag gestellt und erst im März des nächsten Jahres Geld bekommen." Zum BAFöG-Gesetz meinte er: „Ich bin froh, daß ich nicht mehr darauf angewiesen bin."

Eine PH-Studentin aus dem 5. Semester erzählte: „Ich bekomme 240 DM BAFöG und unregelmäßige Zahlungen von den Eltern, so daß ich ungefähr 500 DM im Monat habe. Mein Vater ist kaufmännischer Angestellter ..." Sie will arbeiten. „Um nicht so abhängig zu sein von den Eltern und um größere Anschaffungen finanzieren zu können." Für Urlaub hat sie kein Geld. Als Job hat man ihr Büroarbeit für 6,50 DM brutto angeboten.

Die meisten Studenten, die wir angetroffen haben, suchen einen Job, um sich eine Urlaubsfahrt, neue Kleidung, Autoreparatur etc. leisten zu können. Das ist nötig, weil sich ihre materielle Lage enorm verschlechtert hat. Einen Job zu finden, ist schwierig. Ein Student mußte einen Job annehmen bei der Druckerei Oeding für 7 DM pro Stunde, was bei Spätschicht unter Tarif liegt. Die Kapitalisten nutzen die große Nachfrage nach Ferienjobs ausgiebig aus. Eine Chemie-Studentin berichtete, daß sie drei Semester Chemie studiert hat und dann an die PH gewechselt ist, um Lehrer zu werden. Dort hat man ihr zwei Semester anerkannt, aber sie bekommt kein BAFöG mehr. Sie lebt von Nachhilfeunterricht und eigenen Ersparnissen. Im letzten Jahr, als sie noch BAFöG bekam, hat sie Urlaub gemacht. In diesem Jahr fährt sie zu Verwandten, wenn es nichts kostet.

Vom BAFöG-Gesetz halten die meisten Kommilitonen nicht mehr viel. Die Schikane mit Formularen, Wartezeiten etc. durch das BAFöG-Amt ist für viele unerträglich. Alle Befragten haben zum Beispiel auf ihr Geld ein Viertel bis ein halbes Jahr gewartet.

Wie man sich aber durchsetzen kann, darüber besteht keine Einheit, was man an den Antworten sehen kann. „Es ist alles Scheiße. BAFöG ist schon Grundlage von allen Spaltungen in der Studentenschaft", sagte ein Realschullehrer-Student. „Bloß eine Einheit herzustellen, wird schwierig sein." Er erzählte uns, daß man jetzt beim BAFöG-Antrag auch einen Berufsausbildungsvertrag und eine Vermögenserklärung vorlegen muß. Sämtliche Ersparnisse und zum Beispiel die Abfindung von der Bundeswehr werden auf das BAFöG angerechnet.

Die „Ohnmachtsstreiks", wie sie von den Opportunisten angepriesen werden, verfangen, wenn nicht die Revolutionäre darangehen, die Studenten unter der Forderung: 100 DM mehr für alle BAFöG-Empfänger, 1 500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.76 herzustellen. Ein Kommilitone meinte nach der Diskussion vor der Jobvermittlung schließlich: „Durch BAFöG-Höchstsätze ist keine Besserung zu erwarten. Ich bin dafür, daß die Studenten ein Gehalt erhalten." – (KSB-Braunschweig)

„Arbeits-Stipendiaten"

Im Wintersemester 1977/78 soll an der Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz erstmals eine „neue Studienkonzeption" durchgeführt werden: eingeführt werden soll „der Arbeitsstipendiat".

„Diese neue Konzeption soll beiden Seiten, Unternehmen und Studenten, Nutzen bringen. Viele kleine Unternehmen haben erfahrungsgemäß eine Vielzahl mehr oder weniger dringender Probleme, die einer konzeptionellen Lösung oder theoretischen Aufarbeitung harren." (Blick durch die Wirtschaft, 24.6.77)

Vom Forschungsinstitut für Angewandte Betriebsforschung (FAB) wird diese Maßnahme vorgestellt als Mittel „zur Verbesserung des Studien- und Berufserfolges":

„Aus dem Stipendiatenverhältnis, das besonderen vertraglichen Regeln unterworfen wird, kann sich ein Anstellungsverhältnis entwickeln, wenn sich Unternehmen und ehemaliger Student später in einem Arbeitsvertrag ‚finden' sollten. Aus einem ‚Mitarbeiter auf Zeit' würde dann ein bestens eingearbeiteter, sofort voll integrierter und motivierter Mitarbeiter."

Der Vorteil für die Kapitalisten liegt auf der Hand: Ein Stipendium ist eine „rechtlich unverbindliche steuerfrei gewährte Geldleistung" an Studierende. Die Studenten sollen ihnen dafür „Aufwands- und Ertragsbeziehungen" kalkulieren und beweisen, daß sie verstehen, den Profit des Kapitalisten zu vergrößern. Die Kapitalisten bekommen nicht nur für ein Ei und ein Butterbrot einen Haufen Vorschläge, mit welchen Maßnahmen sie mehr aus den Arbeitern herausholen können. Sie können auch anhand dieser Vorschläge überprüfen, wer von den Fachhochschulabsolventen, die bei ihnen um eine Beschäftigung nachsuchen, „bestens eingearbeitet, voll integriert und motiviert" ist.

Diese Maßnahme wird von den verantwortlichen Kultusbeamten und den für „diese Idee aufgeschlossenen Unternehmen" scheinheilig als Maßnahme gegen die „Jungakademiker-Arbeitslosigkeit" vorgestellt. In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt. Denn es wird dadurch ja kein einziger Fachhochschulabsolvent mehr eingestellt.

Unter der Flagge „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" greifen so die Kapitalisten auch den Lohn, die Rechte und die Arbeitsbedingungen des an der Hochschule ausgebildeten Teils der Lohnabhängigen an. Im letzten Jahr verzeichneten die offiziellen Statistiken bereits mehr als 20 000 arbeitslose Hochschulabsolventen. Darunter allein 8 200 Ingenieure und knapp 4 000 Lehrer.

In Verbindung mit dieser Überführung des Arbeitsmarktes hat die herrschende Klasse in großem Umfang ihr Herz für die von den Bildungsreform-Ideologen als „bedeutenden Fortschritt" gepriesenen „Praktika" entdeckt:

Bei den Medizinstudenten hat die herrschende Klasse mit der Verwandlung der Medizinalassistenten in PJ-Studenten diese Methode schon früh beschlossen und versucht, sie jetzt gegen den Kampf der Medizinstudenten durchzusetzen. In der Lehrerausbildung strebt die herrschende Klasse ebenfalls die Methode der Medizinstudenten durchzusetzen. In der Lehrerausbildung strebt die herrschende Klasse ebenfalls die Methode „Arbeits-Stipendium" an: Die Referendare sollen auf BAFöG gesetzt und ihr Lohn gestrichen werden. Mit dem jetzigen Beamtenbesoldungserhöhungsgesetz betreibt die herrschende Klasse bereits die Kürzung des Lohns.

Durch *staatlichen Zwang* gewährleistet wird die Durchsetzung dieser Absichten der herrschenden Klasse: über die Studien- und Prüfungsordnungen an den Hochschulen. Gegen diese Bedingungen der Abhängigkeit und Unterdrückung muß der Angriff der Studentenbewegung geführt werden. Wenn das BAFöG gefällt und ein vertraglich vereinbartes Ausbildungsentgelt durchgesetzt wird, wie wollte dann die herrschende Klasse die Verweigerung des Arbeitslosengeldes für arbeitslose Hochschulabgänger aufrechterhalten? Und die Methode „Arbeits-Stipendium": Wenn die herrschende Klasse gezwungen wird, mit den Fachschaften Verträge über die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen abzuschließen, dann ist es mit dieser Methode zu Ende.

Die Opportunisten wehren sich mit Händen und Füßen gegen den Zusammenschluß, um durch Streik diese Rechte im Wintersemester zu erzwingen. Dagegen haben sie unter Führung der linken Sozialdemokraten auf der Landesastenkonferenz Baden-Württemberg vorige Woche beschlossen:

„Für einen unbefristeten Streik im WS 77/78 gegen Hochschulgesetzgebung, Studienreglementierung, NC und zunehmende politische Unterdrückung."

Beabsichtigt ist mit diesem Beschluß, auf dessen Grundlage kein erfolgreicher Kampf zu organisieren ist, ein Manöver bürgerlicher Politiker zur Abstumpfung der Gegensätze.

Für die Studentenbewegung im Kampf gegen die Reaktion bedeutet es ein gefährliches Abenteuer-Projekt, geplante Vertiefung der politischen Spaltung, somit im Ergebnis eine Verbesserung der Karriereaussichten der bürgerlichen Politiker, die dies Projekt betreiben. Deshalb muß ihm durch Zusammenschluß im Kampf um das Koalitionsrecht begegnet werden. – (Z-Red.)

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Hellmuth Kaiser! Sofortige Einstellung des Verfahrens – für uneingeschränktes Rede-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht! Lohnfortzahlung in der Armee! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat Hellmuth Kaiser, den Fahrer des Lautsprecherwagens, nach dem Soldaten- und Reservistentag in München unter Anklage des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung gestellt, um einen Schlag gegen den Fortschritt der Soldatenbewegung durch die Soldaten- und Reservistentage in München, Köln und Hannover zu führen. Der Kampf hat weitere Fortschritte gemacht, und bei der letzten Rekruteneinziehung haben die Soldaten- und Reservistenkomitees eine weitere einheitliche Aktion in der gesamten BRD gegen die Kasernenunterdrückung und für die Forderungen der Soldatenbewegung geführt.

Die Staatsanwaltschaft hat Hellmuth Kaiser in Untersuchungshaft gesteckt und die Haftbeschwerde mit der Begründung abgelehnt, er habe keine gesicherten Lebensverhältnisse. Eine Begründung, mit der jeder Arbeiter und jeder Revolutionär von der Straße weg festgenommen, dem Haftrichter vorgeführt und erstmal eingelocht werden kann. Das will die Bourgeoisie als geltendes Recht gegenüber der Massenbewegung durchsetzen.

Der Kampf um die Freilassung Hellmuth Kaisers hat sich schwungvoll entwickelt. Weit über hundert Resolutionen wurden in Kasernen, Betrieben, Schulen, Hochschulen gefaßt. Protestaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen wurden in mehreren Städten durchgeführt. Der Kampf um die Freilassung Hellmuth Kaisers wurde als Gegenschlag geführt. Als Kettenglied, um den Kampf für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht fortzusetzen. In vielen Erklärungen haben sich Arbeiter, Soldaten, Schüler, Studenten für die Unterstützung dieser Forderungen ausgesprochen. Arbeiter von der Elso in Heidelberg haben einen Brief geschrieben, in dem sie die Freilassung Hellmuth Kaisers fordern und ihn einladen, bei ihnen über den Kampf der Soldaten und ihre Forderungen zu berichten. In Heidelberg wurde an der Universität von einer Aktionseinheit für die Freilassung Hellmuth Kaisers ein Tribunal durchgeführt, an dem 450 Menschen teilgenommen haben.

Jetzt wurde der Haftbefehl von der Staatsanwaltschaft außer Kraft gesetzt und Hellmuth Kaiser nach den Vorstellungen der Bourgeoisie zwischenzeitlich auf „freien Fuß" gesetzt, wie sie das nennt. Denn wenn es nach den erklärten Plänen der Staatsanwaltschaft geht, soll Hellmuth Kaiser eine Haftstrafe ohne Bewährung nicht unter einem Jahr bekommen. Der Haftbefehl besteht weiter. Das heißt, daß weiter mit der gleichen Begründung wie bei Hellmuth Kaiser jeder Arbeiter und Revolutionär auf unbestimmte Zeit eingelocht werden kann und daß Hellmuth Kaiser selbst natürlich auch jederzeit wieder eingebuchtet werden kann. Er muß sich zweimal in der Woche beim Polizeirevier melden, jede Veränderung des Wohnsitzes angeben. 5 000 DM Kaution hat die Bourgeoisie dafür kassiert.

Mit dieser Außerkraftsetzung zeigt die Bourgeoisie, daß ihr das Risiko des sich ausweitenden Kampfes gegen diese Willkürmaßnahmen und gegen die Kasernenunterdrückung zu groß wird. Jetzt hofft sie, daß der Massenbewegung nach der Außerkraftsetzung die Kraft ausgeht, weil Hellmuth Kaiser nicht mehr im Gefängnis, sondern außerhalb der unmittelbaren Polizeigängelung und Schikane unterworfen ist. Mit der Außerkraftsetzung hofft sie, die Unterdrückung und willkürliche Festnahme gestützt auf genau diesen Haftbefehl eben dann an anderer Stelle um so kraftvoller anzuwenden und sich dabei auch noch zinslose Kredite zu verschaffen. Diese ihre Hoffnung ist zwar ziemlich lächerlich, aber sie ist so.

Der Kampf für die Aufhebung des Haftbefehls muß mit aller Kraft fortgeführt werden. Der Genosse Kaiser wird den Kampf unter den neuen Bedingungen fortführen können, wie er es auch aus dem Gefängnis getan hat.

Die Bourgeoisie wird mit ihrer beabsichtigten Inhaftierungspolitik gestützt auf Haftbefehle wie den gegen Hellmuth Kaiser nicht durchkommen, er muß aufgehoben werden. Immer noch steht die Anklage wegen Landfriedensbruch gegen ihn. Schon versucht die Bourgeoisie an anderen Punkten die Ausweitung der Bewegung der Soldaten nach den Soldaten- und Reservistentagen zu unterdrücken. Gegen den Flieger Karl Bueb wurde 21 Tage Disziplinarstrafe verhängt, weil er Flugblätter und Aufkleber des KBW mit den Forderungen nach Lohnfortzahlung und jederzeitigem Kündigungsrecht für Polizisten und Zeitsoldaten aufgehängt hat. Der Soldat Andreas Pecht vom 5. JG Lehrbataillon 351 in Hammelburg wurde zu 10 Tagen Bau verurteilt, weil er die „Militärzeitung" Nr. 2 in Würzburg verteilt hat, in der die Forderungen der Soldaten propagiert werden und die Freilassung von Hellmuth Kaiser gefordert wird. 23 Soldaten des Mörserzuges haben dagegen eine Presseerklärung verfaßt und die Rücknahme der Disziplinarstrafe gefordert.

Der Beginn der Kampagne für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht, für den Zusammenschluß der Soldatenbewegung mit der Arbeiterbewegung als wichtiges Kettenglied für die proletarische Revolution und gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten hat die Bourgeoisie tief getroffen. Die Soldatenbewegung muß ihr weitere Schläge versetzen. Die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht sind dabei eine scharfe Waffe. Das hat sich gezeigt. Sie haben sich zur Einleitung des organisierten Angriffs auf die Kasernenunterdrückung ausgezeichnet bewährt. Das hat sich gezeigt in den letzten Wochen. Sie sind ebenso geeignet, die Gegenschläge der Bourgeoisie zurückzuschlagen. – (S-Red.)

„. . müssen wir darum planen, die Tiefe des Raumes ‚vorwärts' zu suchen"

„Vorwärtsverteidigung" – Propaganda für den „elastischen" und „offensiven" Eroberungsfeldzug

Eine Weiterentwicklung der Militärpolitik der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie stellt Adelbert Weinstein am 4. Juli in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vor. „Abschreckung durch elastische Verteidigung" heißt die Überschrift, „Offensiv planen bedeutet glaubwürdig warnen" die Unterzeile des Artikels. Weinstein, Oberst der Reserve, aktiver Generalstabsoffizier im Zweiten Weltkrieg, Chefkommentator und -berichterstatter der FAZ über Militär, Militärpolitik und Rüstung, trägt folgende Überlegungen vor:

Der Angriff des Warschauer Paktes würde nach Ansicht militärischer Fachleute mit zehnfacher Überlegenheit geführt. Die westlichen Verteidigungslinien würden aufgerissen, und unter Unterstützung von Artillerie und taktischer Bombardierung würden Panzertruppen und mechanisierte Einheiten bis an den Rhein „vorgeschossen" werden. Der Gegner würde in diesem „möglichen Feindbild" mit verbundenen Waffensystemen kämpfen, das heißt Panzer, gepanzerte Artillerie, motorisierte und gepanzerte Infanterie. Zwar sei die Fähigkeit der militärischen Führer des Ostblocks für dazu erforderliches „elastisches Denken" zu bezweifeln, man müsse sich aber auf die Militärdoktrin des Ostens einstellen.

Der Westen wolle die Schlacht nicht, er wolle abschrecken. Dies mit abgestuften Mitteln: „mit herkömmlichen, den taktisch-atomaren und den nuklear-strategischen Waffen". Jedes dieser drei Elemente müsse kraftvoll genug sein, um den Auftrag nötigenfalls allein zu lösen. Also auch die „klassischen Truppen", die deshalb über eine überzeugende operative Konzeption" verfügen müßten sowie über „eine vorbildliche Bewaffnung und die Aufstellung politisch realisierbarer Ziele". Man setze in der Bundeswehr auf die Selbständigkeit der Unterführer, auf die technische Überlegenheit des Leopard II sowie ebenfalls auf die verbundene Gefechtsführung, wozu dann auch der Panzerabwehrhubschrauber gehöre.

„Hunderte Kilometer dehnt sich ihr Kampffeld." (Das der Panzerabwehrhubschrauber) „Die Kombination Panzer plus Panzerabwehrhubschrauber erlaubt eine elastische und bewegliche Verteidigungsfront in Breite und Tiefe auszuweiten. Bei jetzt schon 300 modernen T 72 auf der anderen Seite und insgesamt 16 000 Panzern des Warschauer Paktes ist das eine strategische Notwendigkeit."

Jetzt folgt der vorbereitete Kerngedanke:

„Raum ohne Tiefe

Doch wo soll die Tiefe hergenommen werden, die zur dynamischen Abwehr eines möglichen Feindes gebraucht wird? Unser Operationsgebiet ist nach dem Westen hin zu schmal. Wir können auch nicht linear verteidigen. Die Gegenseite zerschmetterte mit ihrem Massenaufgebot sofort jede Stellung. Wir können aber auch keinen Raum aufgeben. Denn unser Raum ist Siedlungsgebiet und Produktionsstätte. Allein in dem hundert Kilometer breiten Streifen entlang der innerdeutschen Grenze und der Tschechoslowakei wohnen 30 Prozent unserer Bevölkerung. Ein Viertel unserer Industrie ist hier konzentriert. Wenn wir so schnell sein wollen wie die Angreifer, wenn wir ihnen in einer Krisensituation den Anfangserfolg verwehren wollen, müssen wir darum planen, die Tiefe, die die Beweglichkeit des modernen Krieges verlangt, ‚vorwärts' zu suchen. Aus der Vorneverteidigung muß eine Vorwärtsverteidigung werden. Nur die Drohung mit dieser Form der kriegerischen Aktion schreckt auch konventionell ab."

Äußerst nützlich ist die bürgerliche Presse für die herrschende Klasse. Sie erlaubt wie in diesem Fall die öffentliche Verkündung der Angriffsplanung durch die Bourgeoisie, während ihre Regierung „Friedensgespräche" und Konferenzen durchführt. Wie würde es auch zu KSZE-Zeiten wirken, wenn die Bundesregierung erklären würde:

„Zum Zweck der Abschreckung planen wir, die DDR, die Tschechoslowakei und Teile von Polen anzugreifen und zu besetzen, falls wir es für nötig halten, um in einem Krisenfall unserem Gegner einen Anfangserfolg unmöglich zu machen. Dies tun wir, um den nötigen Raum zu unserer Verteidigung zu haben. Weil unsere Panzerabwehrhubschrauber mehrere hundert Kilometer Raum brauchen, kann es leicht sein, daß diese unsere Verteidigung noch weiter ostwärts beginnen muß."

Nichts anderes hat Weinstein erklärt. Die „Vorwärtsverteidigung" hat, etwas weiter gedacht, noch ungeheure Möglichkeiten: Man kann zum Beispiel mit gutem Recht die Ukraine besetzen wegen der dort vorhandenen Raketensilos, die zweifellos einem „Anfangserfolg" des Gegners nutzen würden! Wir können sicher sein, daß es sich *nicht* um die versponnenen Gedanken eines senilen Offiziers mit imperialistischen Fieberträumen handelt, sondern um das Kalkül des westdeutschen Generalstabs, also des militärischen Planungsausschusses der Bourgeoisie. Der Herr Oberst a.D. Weinstein und seine Zeitung sind *eng* mit ihm verbunden.

Der imperialistische Krieg ist ein Raubkrieg zwischen Räubern. Weinstein, mit dem Instinkt dessen begabt, der aus fremder Arbeit schmarotzt, weiß, wie wichtig „unsere Produktionsstätten" sind. Denn *darum wird der Krieg um Europa geführt,* um die Beherrschung von Arbeitern und den Produktionsmitteln, die zur profitbringenden Ausbeutung dieser Arbeiter nötig sind. Die sozialimperialistische Gier nach den Profitquellen Westeuropas ist bekannt. Bekannt ist auch, daß die US-Imperialisten große Mengen Kapital in Westeuropa „angelegt" *haben* und keineswegs bereit sind, diese einfach herzugeben. Nicht nur das, sie haben ebenso wie die BRD-Imperialisten großen Appetit auf die Länder Osteuropas. Polen, seine erfahrene Arbeiterbevölkerung, seine Rohstoffquellen, seine Fabriken unter Kontrolle haben! Die Tschechoslowakei, eines der höchstindustrialisierten Länder überhaupt! Und, wenn möglich, auch die Sowjetunion, oder zumindest Teile davon. Keine Träume, sondern *Absichten* der Imperialisten. Seit Adenauer erklären die westdeutschen Monopolkapitalisten ihre Gier auf Osteuropa. Die Eroberungstaktik hieß „Roll Back" und war fertig geplant. Die Umwandlung der Sowjetunion in einen ebenso raubgierigen imperialistischen Räuber führte dazu, daß die militärische Lage für die westdeutsche Kapitalistenklasse sich änderte, daß sie umrüsten mußte, weil die sozialimperialistischen Expansionsinteressen – im Gegensatz zur sozialistischen Sowjetunion – einen Angriff auf das Gebiet der westdeutschen Kapitalisten möglich machten. Daran war nichts ‚Friedliches' oder „Defensives".

Die Imperialisten bereiten den Krieg, der die aus der imperialistischen Konkurrenz erwachsenden Widersprüche lösen soll, zielstrebig vor. Dazu gehört auch die Planung der „elastischen Vorwärtsverteidigung".

Es ergibt sich für die Imperialisten ein Problem. Sie haben bisher schon immer behauptet, ihre Armee diene allein der „Verteidigung". Jetzt erklären sie, sie diene der Verteidigung, nur müsse diese sich mehrere hundert Kilometer weit ostwärts abspielen. Natürlich ging es auch bisher nicht um „Verteidigung", sondern um *Verteidigung und Mehrung des Profits.* Bekannt ist das fortwährende Stöhnen der Bourgeois über die mangelnde „Verteidigungsbereitschaft" der Arbeiterklasse, aus deren Reihen die Masse der Soldaten kommt. Wie soll jetzt die Arbeiterklasse für die „Vorwärtsverteidigung" gewonnen werden?

Eine der wesentlichen Quellen der Ablehnung des imperialistischen Krieges sind die Erfahrungen der Arbeiterklasse aus zwei Weltkriegen. Die Erfahrungen, daß die Arbeiter für die Interessen der Imperialisten in Kriegen, die diese vom Zaun gebrochen hatten, sich millionenfach hinmetzeln lassen mußten. Die Wiederentdeckung der „Vorwärtsverteidigung" kann nicht gehen, ohne daß die Bourgeoisie große Anstrengungen zur *Rechtfertigung des letzten Raubkrieges unternimmt* und zur Zerstörung der Erfahrungen der Arbeiterklasse.

Joachim Fest ist einer von sechs Herausgebern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", als solcher eng mit Weinstein verbunden, Leiter des Kulturteiles und „Hitler-Forscher". Seit über 10 Jahren forscht er, herausgekommen sind eine Biographie und ein Film mit dem Titel „Hitler – eine Karriere", der jetzt in den Kinos läuft. Der „Spiegel" strickt bereits seit Jahren an der Legende vom großartigen Feldherrn Hitler, der durch die Unfähigkeit seiner Generale, die seinem Genie nicht folgen konnten, den Krieg verlor. Jetzt wird die politische und „menschliche" Seite an der Ausgeburt der imperialistischen Weltherrschaftspläne der deutschen Finanzbourgeoisie und skrupellosen Verkörperung der Bestialität, mit der die Imperialisten den Profit verfolgen, „rehabilitiert". Vor allem kommt es Fest auf eins an:

„Hitler war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital." Sondern: „Sein Ziel war es, gesellschaftliche Barrieren niederzureißen und die Volksgemeinschaft zu schaffen."

Die „Volksgemeinschaft" in der „Vorwärtsverteidigung" auf dem Weg nach Osten also. Andere Bourgeoisautoren ergänzen, machen Hitler „sympathisch", er habe nie von der Vernichtung der Juden gewußt. Die „Welt am Sonntag" beschreibt die „Hinwendung des Diktators zur modernen Technik, seine prophetische Vorausschau der Zukunftsprobleme, etwa des Umweltschutzes, der Energieverknappung und der Überurbanisierung".

„Prophetisch" der Hitler! Auch heute wegen „knapper Energie" und „Überurbanisierung" („Volk ohne Raum") zu den Waffen?

Die historische Lüge soll eine neue Generation Arbeiter auf die Schlachtfelder treiben helfen. Die westdeutsche Bourgeoisie bereitet den Krieg „offensiv" und „elastisch" vor. Nicht unbedingt ein neuer Hitler, aber ein Krieg à la Hitler, mit der Aussicht, ihn mit Hilfe der Verbündeten diesmal zu *gewinnen.* Es gibt überhaupt keinen Anlaß, die westdeutsche Monopolbourgeoisie inklusive ihrer Söldlinge Weinstein und Fest bis dahin an der Macht zu lassen. – (Z-Red.)



– 40-Stunden-Woche!
– Früher Dienstschluß am Wochenende!
– Reinigung von Ausrüstungsgegenständen usw. während der Dienstzeit!
– Abschaffung des Erlasses „Erzieherische Maßnahmen"!

Sofortige Freilassung von H. Kaiser!

Die Forderung nach sofortiger Freilassung von H. Kaiser, Einstellung aller Verfahren und Demonstrations- und Rederecht wird unterstützt von 28 Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Nordhorn; Chilekomitee Kiel (einstimmig), Fachschaftsgruppe für Sozialwesen in Kiel (mehrheitlich); den drei Teilnehmern der Sitzung des Fachschaftsrates Slavistik in Göttingen; der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden in Hamburg; der Lehrveranstaltung „Kommunikation in der Hauptschule" in Bremen und den Teilnehmern einer Diskussionsrunde zur Militärfrage am 29.6. in Bremen.

Fregatten für Nigeria

München. Der Rüstungskonzern Dornier hat nach Angaben auf einer Betriebsversammlung Subaufträge für die beim Bau der Bundeswehrfregatten federführende Vulcan-Werft in Bremen erhalten. Daß es sich hierbei um einen Großauftrag handelt, ließ der Betriebsrat durchblikken. Angeblich geht es nicht nur um die Fregatten, die die Bundeswehr in Auftrag gegeben hat, sondern auch um Fregatten, die die Bundesregierung nach Nigeria liefert. Nach der Ausstattung der nigerianischen Luftwaffe durch Dornier jetzt die Ausstattung der nigerianischen Marine. Dahinter steckt nichts anderes als die imperialistische Expansion des BRD-Imperialismus, der Nigeria ökonomisch und militärisch von sich abhängig und der nationalen Reichtümer heranzukommen.

Tödliche Arbeitshetze für Zivildienstleistende

Osnabrück. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) wirbt für seine Aktion „Essen auf Rädern" so: „Essen auf Rädern ist für viele unserer älteren Mitbürger die einzige Möglichkeit, um nicht ins Alten- oder Pflegeheim eingeliefert zu werden". Mit der Durchführung dieser Aktion sind ausschließlich Zivildienstleistende beauftragt, die unter dem Motto ‚Dienst am Menschen' jeden Mittag ihren Hals riskieren müssen. Vier Minuten Zeit haben sie für die Fahrt zum Kunden. Warten, bis geöffnet wird, hochrennen, das Essen abgeben und mit den Leuten reden (oft ist man der einzige, den die alten Menschen am Tag zu sehen bekommen.) und wieder runterlaufen.

15,70 DM bzw. 17,20 DM bekommen die Zivildienstleistenden für die gefährlichen Touren. Am 25.2., 13.4., am 7.6. und am 23.6. sind aufgrund dieser Arbeitshetze Unfälle passiert, einer beinahe tödlich.

Die Zivildienstleistenden fordern zusätzlich zu diesen drei Touren eine vierte, um die Arbeit nicht mehr unter Lebensgefahr durchführen zu müssen und um mehr Zeit für die alten Menschen zu haben. Diese vierte Tour wird verweigert, weil sie ein zusätzliches Auto und daher mehr Geld bedeuten würde.

Der ‚Dienst am Menschen', mit dessen Hilfe die Zivildienstleistenden zu dieser Arbeit getrieben werden, sieht praktisch so aus: Das Essen kostet 4 DM, bzw. 4,80 DM für Zuckerdiät. Es ist wenig und schmeckt miserabel. Für den ganzen Monat sind das schon 120, bzw. 144 DM. Viele Rentner nehmen unter diesen Bedingungen nur drei oder vier Essen in der Woche.

Urlaub-Zwang zur Ausdehnung der Schichtarbeit

Unikliniken Heidelberg. Auf der Station Frerichs der Ludolf-Krehl-Klinik mit 20 Betten arbeiten normalerweise sechs Vollschwestern mit zwei Schülern in zwei Schichten. Jetzt sind drei Vollschwestern weggegangen, eine ist in Urlaub. Die Folge ist: Eine Schicht muß von einer Vollschwester mit 2 -3 Schülern bewältigt werden. Eine Schwester muß an zwei Wochenenden hintereinander Dienst machen.

Im Aufwachraum der Chirurgie arbeiten normalerweise 10 Beschäftigte, davon 2 Schüler. Einer ist jetzt in Urlaub. Es wird gesagt, jetzt würde weniger operiert, und, daß auch viele Chirugen in Urlaub sind. Das stimmt aber nicht, weil durch den Reiseverkehr vermehrt Autounfälle passieren und die Verletzten versorgt werden müssen. Das wirkt sich natürlich auch auf die Wachstation, den Operationssaal und die Unfallstation aus.
Folgende Dienstanweisung der Oberschwester hing an den Heidelberger Unikliniken dazu aus:

Bereitschaftsdienst und Teildienst für examiniertes Personal an Wochenenden und Feiertagen. Dienstanweisung.

Ab sofort muß pro Etage eine examinierte Schwester, in der Zeit von 6.30 -20 Uhr anwesend sein. Das heißt, wenn auf einer Etage im Spätdienst keine ausgebildete Krankenschwester im Dienst ist, muß wechselweise eine Schwester der beiden Stationen, die Frühdienst hatte, von ca. 13-17 Uhr Bereitschaftsdienst übernehmen. Um 17 Uhr muß diese Schwester wieder zum regulären Dienst kommen, wobei sie für die ganze Etage verantwortlich ist. Derjenige, der Bereitschaftsdienst hat, muß im Hause bleiben. Beisel. leitende Krankenschwester. Dienst rund um die Uhr – das strebt der bürgerliche Staat für die Beschäftigten an den Krankenhäusern an.

Kampfschritte gegen die imperialistischen Energieprogramme

Schweiz. Am 2. Juli demonstrierten erneut rund 6 000 Menschen aus allen Teilen der Schweiz gegen den Bau des Kernkraftwerkes Gösgen im Kanton Solothurn, unter ihnen „vermehrt auch ältere Personen", wie die Neue Zürcher Zeitung feststellen muß. In drei getrennten Zügen besetzten die Demonstranten drei Bahnunterführungen von Zufahrtswegen und errichteten Barrikaden aus Holzstämmen und Eisenstangen. Erst nach stundenlangen Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei Wasserwerfer, Hartgummigeschosse und das Tränengas Chloracetophonon einsetzte, das zahlreiche Hautätzungen und -verbrennungen hervorruft, konnte die Polizei zwei der drei Sperren auflösen. Die dritte Besetzungsaktion bei Dullikan wurde am Sonntag nachmittag von den Demonstranten selbst abgebrochen. Das „Schweizerische Aktionskomitee gegen das AKW Gösgen" (SAG), in dem sich über 100 Organisationen zusammengeschlossen haben, erklärte in einer anschließenden Pressekonferenz, daß diese Aktion den Widerstand des Volkes gegen die Kernkraftwerke weiter gefördert habe.

Österreich. Am 2. Juli tagte mit über 100 Delegierten die Delegiertenkonferenz der „Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner", um Bilanz über den bisherigen Kampf zu ziehen und die nächsten Schritte festzulegen. Einstimmig beschlossen wurde eine zentrale Demonstration zum Parlament am 26. Oktober, die unter der Losung durchgeführt wird: „Atomkraftwerke nein – kein Parlamentsentscheid darf anders sein!"

Spanien: Revisionistische PCE drängt mit Macht in die Reihen der Bourgeoisie

In einer offenherzigen Enthüllung hat die revisionistische PCE in der vergangenen Woche vorgeführt, wie sie sich die Aufrüstung der spanischen Profitwirtschaft vorstellt. Die Kennworte für die Richtung ihrer Bemühungen sind: bessere Bedingungen zum Funktionieren und zur Steigerung der Ausbeutung durch Vereinheitlichung des Lagers der Bourgeoisie und durch Spaltung und Fesselung der Arbeiterklasse.

Zur Vereinheitlichung des Lagers der Bourgeoisie und als Ergebnis der Aussöhnung mit ihr streben die Revisionisten die Große Koalition in Spanien an. Carrillo, der Führer der spanischen Revisionisten, schreibt im Wahlbericht seiner Partei: Sie „seien (selbst) für eine Große Koalition gewesen, die von der PCE über die Sozialdemokraten bis zum Zentrum gereicht hätte, doch weder Suarez noch Gonzales hätten diesen Plan akzeptiert". (Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 2.7.77)

Erbost über den Korb, den die Revisionisten nach den Wahlen bekommen hatten, versuchten sie daraufhin in der vergangenen Woche die von ihnen beherrschte Gewerkschaft der Arbeiterkommissionen für ihre Ziele einzuspannen. In Verhandlungen mit den Kapitalisten über einen „Sozialpakt" sagte der Vorsitzende der Arbeiterkommissionen Camacho (ZK-Mitglied der PCE): „Zwar müsse alles getan werden, um aus der Krise herauszukommen, aber nicht zu Lasten der Arbeiter." (Die Welt, 8.7.77)

Der Profit soll wieder sprudeln, aber nicht zu Lasten der Arbeiter? Man sieht, wie das Betrugsgeschäft laufen soll: Die Arbeiterbewegung soll dafür herhalten, daß die Revisionisten für ihre Versuche, den Klassenkampf niederzuhalten, von der Bourgeoisie auch eine entsprechende Beteiligung an der Macht als Entgelt bekommen. Dieser Versuch wird scheitern. Wann? Je eher es der spanischen Arbeiterklasse gelingt, im Aufbau ihrer Partei die Spaltung durch Revisionismus und Reformismus zu überwinden.

Imperialistischer Kampf um die Fischereirechte

„Das Heringsfangverbot kam beim Abendessen", berichtet die westdeutsche Bourgeoispresse entrüstet über das von den englischen Imperialisten während der Londoner Gipfelkonferenz verkündete Heringsfangverbot innerhalb einer 50-Meilen-Zone vor England. Mit Kanonenbooten haben sie ihre Ansprüche auch schon unterstrichen. Zähneknirschend haben die westdeutschen Imperialisten dieser Maßnahme zugestimmt. Gleichzeitig fand die UNO-Seerechtskonferenz statt, wo die BRD-Imperialisten im Verein mit allen anderen darangehen wollen, die 200-Meilen-Zone, die die Länder der Dritten Welt erkämpft haben, wieder einzureißen. Damit dies gelingen soll, haben die EG-Staaten angeblich Einigkeit mit den britischen Imperialisten hergestellt. Diese Einheit kann nicht halten, die Konkurrenz unter den EG-Staaten verschärft sich. Nicht um den Hering vor der Ausrottung zu schützen, wurde das 50-Meilen-Heringsfangverbot ausgesprochen, sondern um die imperialistischen Machtansprüche Croßbritanniens nicht auszurotten, das immer noch wie in dem alten Lied träumt: „Herrsche Britannien, herrsch über die Meere".

Scheinbar haben sich die westdeutschen Imperialisten dieser Maßnahme gebeugt. Dies ist nur vorübergehend. Gegenwärtig verhandeln sie mit Argentinien über ein Fischereiabkommen, nach dem sie jährlich 100 000 Tonnen Fisch aus den argentinischen Gewässern holen wollen.

Italien: Große Koalition gegen die Arbeiterklasse und gegen die imperialistischen Konkurrenten geschmiedet

„Revolution zu machen ist das, was die KPI zur Zeit tut", verkündete das ZK-Mitglied Lombardi der revisionistischen PCI vergangene Woche auf einer Veranstaltung in Bremen. Dabei werde die „Bourgeoisie gezwungen, Realitäten anzuerkennen". „Unsere Strategie ist der Kampf gegen die Hegemonie in der kapitalistischen Gesellschaft", und: „Wir hoffen, daß wir Arbeiter die Ordnung bringen werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 6. 77)

Trefflicher läßt sich der revisionistische Verkauf der Interessen der italienischen Arbeiterklasse kaum zusammenfassen. In der letzten Woche haben, nach viermonatigen Verhandlungen, die bürgerlichen Parteien Italiens – die Christdemokraten, die Revisionisten von der PCI, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberale – ein gemeinsames „Notstandsprogramm" vorgelegt, das voraussichtlich am 12. Juli vom Parlament verabschiedet wird. Ihrem Ziel, mit einer Allparteien-Notstandsregierung „Ordnung zu bringen", sind die Revisionisten einen ganzen Schritt näher gekommen.

„Die häßlichste Tatsache des Lebens hier ist eine pathologisch gestörte Wirtschaft", schreibt die „International Herald Tribune" in der Untersuchung des „Notstandsprogramms" (IHT vom 6.7.77). „Italien hat eine der höchsten Inflationsraten einer Industrienation während der letzten drei Jahre (im Juni 77 lag sie gegenüber dem Vorjahr bei knapp 20 % – Red.). Seine Währung hat innerhalb der letzten beiden Jahre zum dritten Mal stark abgewertet werden müssen. Seine Auslandsschulden sind inzwischen auf 18 Mrd. Dollar aufgelaufen, und seine internationale Kreditfähigkeit ist auf den Standard einer viertrangigen südamerikanischen Republik herabgesunken. Seine Netto-Inlandsschulden haben sich 1975 fast verdoppelt, auf 20 Mrd. Dollar, und alle öffentlichen Investitionen wurden seither mit geliehenem Geld gemacht ... Die Lohnstückkosten stiegen 1975 um 35 % und 1976 um weitere 10 %, verglichen mit ihrem 1- bis 2prozentigen Anstieg in Frankreich und ihrem gegenwärtigen Fall in Westdeutschland ... Mit Kosten wie diesen und einer lähmenden Immobilität der Arbeit – es ist praktisch unmöglich, einen Arbeiter wegen Arbeitsmangel zu entlassen oder ihn auch nur von einer Abteilung in eine andere derselben Fabrik zu versetzen – läuft Italien Gefahr, sich selbst aus dem Gemeinsamen Markt und jedem anderen Markt auszuschließen."

„Kosten wie diese ..." – die Löhne der italienischen Arbeiter liegen weiter unter westeuropäischem Niveau. Der Durchschnittslohn beispielsweise eines italienischen Werkzeugmachers beträgt gerade die Hälfte von dem seines westdeutschen Kollegen. Daß die italienische Arbeiterklasse, allen Unterdrückungs- und revisionistischen Fesselungsversuchen zum Trotz, an ihren Interessen festhält und den Klassenkampf führt, *das* ist es, was die in- und ausländischen Imperialisten in Rage bringt.

Der italienischen Monopolbourgeoisie schmeckt ihre mangelnde Konkurrenzfähigkeit bitter. Nicht nur, daß ihre Position im imperialistischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt geschwächt ist; abhängig von den Krediten der übrigen Imperialisten, muß sie sich auch gefallen lassen, daß diese ihr die der italienischen Arbeiterklasse abgepreßten Profite zunehmend streitig machen. Mit dem Allparteiennotstandsprogramm will sie auf breiter Basis eine Verschärfung der Ausbeutung einleiten, die Unterwerfung der italienischen Arbeiterklasse erzwingen und in Folge eine verbesserte Position im imperialistischen Konkurrenzkampf erkämpfen. Nicht die italienischen Revisionisten, wie lächerlich!, sondern ihre bitter empfundene schwache Position und ihre unersättliche Profitgier, die sie nur bei „Befriedung" der italienischen Arbeiter sättigen kann, haben sie schon längst gezwungen, die „Realitäten anzuerkennen". Als der Präsident der italienischen Zentralbank kürzlich „schmerzhafte Opfer" von der Arbeiterklasse verlangte, schilderte die „International Herald Tribune" die Aussichten der italienischen Bourgeoisie so:

„Keine demokratische Regierung könnte den Arbeitern ohne ihre Zustimmung solche überwältigenden Opfer aufbürden; und keiner außer den Kommunisten könnte diese dazu überreden ..."

Und prompt, kaum haben die bürgerlichen Parteien dem Notstandsprogramm ihre Zustimmung gegeben, bedanken sich die Revisionisten für solche „Anerkennung der Realitäten": Allein durch die Übereinstimmung zwischen den Parteien und Parlamentsgruppen sei eine Verwirklichung des Programms nicht zu erwarten, erklärten sie in ihrem Zentralorgan „Unitá"; die stärkste Garantie für die Verwirklichung stelle der einheitliche Kampf und der Druck der Massen der Arbeiter und des Volkes auf die Regierung und das Parlament dar.

Können sie wirklich glauben, die Arbeiterklasse „im Kampf gegen die Hegemonie" für die Verschärfung ihrer eigenen Ausbeutung, für die Verschärfung der Ausplünderung der Volksmassen und für die doppelte und dreifache Bereicherung der Imperialisten zu mobilisieren?

Der zentrale Punkt des Notstandsprogrammes ist der Angriff auf den Lohn: Haben die Revisionisten bisher darauf gesetzt, mit Hilfe einer „gleitenden Lohnskala" den selbständigen Lohnkampf der Arbeiter sabotieren und dem Lohnraub Tor und Tür öffnen zu können, haben sie jetzt, unter dem Punkt: „Verhandlungen über die gleitende Lohnskala", prinzipiell dem völligen Einfrieren der Löhne zugestimmt. Weiter haben sich die bürgerlichen Parteien darauf geeinigt, die im Fall von Entlassungen bisher gezahlten „Entlassungsgelder" zu streichen oder, wie es heißt, „im Lohn aufgehen zu lassen."

Um die „Mobilität der Arbeit" zu erhöhen, sieht das Programm den Abbau jedes geringsten Kündigungsschutzes vor. Die Arbeitskraft soll, je nach Profitinteresse, hin- und hergeschleudert werden und der Lohn aufgrund der Rechtlosigkeit der Arbeiter dabei ständig gedrückt werden können.

Um die „öffentlichen Finanzen zu sanieren", den bürgerlichen Staat zu einem schlagkräftigen Instrument der italienischen Finanzbourgeoisie im imperialistischen Konkurrenzkampf zu machen, haben die bürgerlichen Parteien sich auf die Erhöhung der direkten Steuern aus Lohn, auf die Erhöhung der verschiedenen Mehrwertsteuersätze und auf die umfassende Erhöhung der staatlichen Tarife und Gebühren geeinigt.

Was den Lohnabhängigen zusätzlich abgepreßt wird, soll, auch hier große Übereinstimmung, „der Verbesserung der Finanzstruktur der Unternehmen" zugeführt werden: die Kapitalisten erhalten mehrfache Steuernachlässe – die Steuern auf den Teil des Profits, der erneut in Kapital angelegt wird, werden nahezu gestrichen, die Doppelbesteuerung der Aktien abgeschafft. Den Teil der Zahlungen an die Sozialversicherung, den bisher noch die Kapitalisten zahlen mußten „übernimmt" in Zukunft der bürgerliche Staat – er treibt sie über die Steuern von den Lohnabhängigen -zigfach wieder ein.

Die bürgerlichen Parteien einschließlich der Revisionisten selbst scheinen den revisionistischen „Überredungs"künsten nicht allzu sehr zu vertrauen: In breiter Eintracht haben sie zahlreiche Maßnahmen zur Unterdrückung des proletarischen Klassenkampfes beschlossen, u.a.: verschärfte Anwendung von Vorbeugungshaft; die Ausweitung der polizeilichen Rechte bei Hausdurchsuchungen; verstärktes Abhören „verdächtiger Personen".

Vor allem die US-Imperialisten und die BRD-Imperialisten beobachten die Anstrengungen ihrer italienischen Konkurrenten mit Interesse. Ihre Sorge, daß ihnen in der italienischen Monopolbourgeoisie ein ernstzunehmender Konkurrent entstehen könnte, hält sich, vorerst zumindest, noch in Grenzen. Selbst an der Ausbeutung der italienischen Arbeiterklasse beteiligt, verlangen sie eine strikte Verbesserung der Bedingungen der Profitproduktion. Als Gläubiger der italienischen Finanzbourgeoisie, die tief bei ihnen in der Kreide steht, drängen sie auf „Sanierung des Staatshaushaltes", damit ihnen die Schulden mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden können. Sie sind zuversichtlich, daß sie den Löwenanteil aus dem Notstandskurs der italienischen Bourgeoisie ergattern können. Dabei ist in ihren Augen das Notstandsprogramm der 6 Parteien noch „nicht zufriedenstellend" (FAZ). Sie fordern, daß die italienische Arbeiterklasse bis auf den letzten Blutstropfen ausgepreßt werden kann, und haben eigentlich nur eine Sorge:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unruhen im Lande wieder zunehmen, auch Solidaritätsstreiks und andere Auseinandersetzungen auf offener Straße." (Frankfurter Allgemeine, 20. 6. 77) – (Z-Red)

Wirtschaftliche und politische Krise in der Türkei

Die Imperialisten beobachten die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Krise in der Türkei mit der Aufmerksamkeit von Raubtieren.

Im April wurde über die bürgerlichen Presseorgane gezielt ausgestreut, die Türkei sei zahlungsunfähig. Das ist eine alte Taktik, um Schuldner dazu zu bringen, ihre Verhältnisse völlig offenzulegen, neue Verpflichtungen einzugehen und die letzten Reserven zu mobilisieren. Dem ist die Regierung Demirel auch sofort nachgekommen. Sie ist, wie die ganze herrschende Kompradorenbourgeoisie des Landes, vollständig abhängig von den Krediten der Imperialisten.

Der Ausverkauf des Landes an die Imperialisten treibt breiteste Volksmassen immer tiefer ins Elend. Die Wirtschaft des Landes steht am Rande des Zusammenbruchs. Durch die imperialistischen Warenexporte ist die einheimische Industrie zu einem großen Teil vernichtet. Ausländisches Kapital beherrscht die Schlüsselbereiche der Wirtschaft. Der Aufbau einer einheimischen Grundlagenindustrie geht nur äußerst stockend voran. Der Großteil der Projekte des laufenden Fünf-Jahresplans konnte überhaupt nicht realisiert werden, oder nur mit ausländischen Kreditmitteln, die ihrerseits für den Ankauf teurer Maschinerie in den imperialistischen Ländern selbst draufgingen. Auch die wenigen landwirtschaftlichen Exporte, auf die die geldgierigen Großgrundbesitzer einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion ausgerichtet haben, können nur mehr stockend und unter Verlust abgesetzt werden. So blieben die „Überschüsse" der Weizenernte (man mag das nur in Anführungsstrichen schreiben, denn das Volk hungert) liegen und verfaulen, weil die US-Imperialisten den Weltmarkt beherrschen. Ebenso blieb ein Großteil der Tabak- und Baumwollernte liegen und mußte kürzlich zu Schleuderpreisen an die Sozialimperialisten verhökert werden, damit die neue Kredite herausrücken. Die Exporte von Zitrusfrüchten, Rosinen, Nüssen wurden gesteigert, aber der Erlös blieb gleich niedrig. Insgesamt ist der Erlös aus den landwirtschaftlichen Exporten, die den größten Teil des Gesamtexports ausmachen, um fast die Hälfte gefallen und hat die Handelsbilanz restlos umkippen lassen. 1976 standen Importen von 5 Milliarden Dollar Exporte von nur 2 Milliarden Dollar gegenüber.

Gleichzeitig hat der türkische Staat in diesem Jahr an das imperialistische Finanzkapital einen Tribut von 270 Mio. Dollar an Zinsen und 119 Mio. Dollar an Kreditrückzahlungen zu entrichten. Das sind nur die Zahlungen in barer Münze. Sie gehen großteils an die Imperialisten im Westen. Die russischen Sozialimperialisten, die anderen großen Kreditgeber der türkischen Kompradorenbourgeoisie, machen aus deren Geldnot einen Extrareibach, indem sie sich schnurstracks einen Großteil der Jahresproduktion an Baumwolle, Tabak und wertvollen Erzen wie Chrom, Nikkel, Aluminium, Antimon liefern und verpfänden lassen.

Mit einer abenteuerlichen Schaukelpolitik zwischen den beiden Supermächten sowie den EG-Imperialisten, besonders den BRD-Imperialisten, treiben die türkischen Kompradorenbourgeois und Großgrundbesitzer den Ausverkauf des Landes immer weiter voran.

So wie die Massen der Arbeiter und Bauern der Türkei sich in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, als die Imperialisten das Land völlig zerstückeln und unter sich aufteilen wollten, zum bewaffneten Kampf gegen die ausländischen Invasorenarmeen erhoben und die Nation gerettet haben, so haben sie sich in den letzten Jahren der restlosen Versklavung der Türkei durch die Imperialisten entgegengestemmt, die für sie gleichbedeutend mit restloser Verelendung ist.

Die herrschende Klasse hat darauf mit blutiger Unterdrückung reagiert. Jedermann weiß, wer die Urheber des Massakers am 1. Mai auf dem Taksimplatz in Istanbul waren.

Aber vor allem die westeuropäischen Imperialisten, insbesondere die westdeutschen, politisch vertreten durch die Sozialdemokratie, sowie auf der anderen Seite die sowjetische Revistionistenclique, haben darauf gedrängt, die Kämpfe der Volksmassen der Türkei auch ideologisch zu fesseln, um sie niederhalten zu können.

Mit Bülent Ecevit, einem in Harvard ausgebildeten, mit allen Wassern des westlichen Lumpenjournalismus und Parteienbetrugs gewaschenen Demagogen, fanden sie einen geeigneten Mann.

In keiner einzigen Lebensfrage des türkischen Volkes – Herauslösung aus der umfassenden Abhängigkeit vom Imperialismus, Demokratie oder Landreform – hat Ecevit eine fortschrittliche Haltung eingenommen.

Mit Unterstützung der Revisionisten, die den großen Gewerkschaftsbund DISK beherrschen, und verschiedenen Opportunisten hat Ecevit durch seinen „Wahlsieg" den Wunsch der Massen nach Fortschritt und Demokratie noch einmal kurzfristig in parlamentarische Bahnen lenken können, vor allem durch das Versprechen, die faschistische Unterdrückung zu beenden. Die Masse seiner Stimmen kommt aus den großen Städten. Auf dem Land sind die „freien Wahlen" nichts als eine Generalprobe darauf, inwieweit es den Grundherren und der ländlichen Bourgeoisie noch gelingt, die Bauern und Landarbeiter unter der Knute zu halten. Die „Wahl" besteht darin, daß die Bauern auf ihnen hingehaltenen Zetteln an der angegebenen Stelle ihren Daumenabdruck hinmachen müssen. So kommen die Stimmen der „Gerechtigkeitspartei" des Großgrundbesitzers und Finanzhais Demirel und der offen faschistischen „Aktionspartei" des Obersten Türkesch zustande.

Das Patt der Parteien nach der Wahl drückt sinnfällig aus, daß unter der Führung keiner der herrschenden bürgerlichen und halbfeudalen Kräfte mehr ein Ausweg aus der katastrophalen Situation gefunden werden kann, in der die Türkei sich unter dem Diktat aller imperialistischen Großmächte befindet. Es drückt aber gleichzeitig auch aus, daß, während die herrschenden Klassen in der alten Weise nicht mehr weiterkönnen, die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage ist, die Imperialisten zu vertreiben, die Herrschaft der Grundbesitzer und Kompradorenbourgeoisie zu stürzen und die Neue Demokratie des Volkes zu errichten.

Die Streikkämpfe der Arbeiter verstärken sich dabei immer mehr. Eine westdeutsche Wirtschaftszeitung schätzte im Juni die Zahl der Streikenden auf mehrere hunderttausend. Besonders erschüttert zeigte sich der Autor darüber, daß selbst in staatlichen Betrieben, wo sofort Polizei und Armee eingesetzt werden, die Arbeiter im wochenlangen Streik für ihre Forderungen ausharren, sowie mit besonderer Entschiedenheit die ausländischen Kapitalisten bestreiken. Aber gleichzeitig ist die große Welle der Landbesetzungen und Kämpfe der Bauern seit dem letzten Jahr zurückgegangen. Es ist handgreiflich, daß alle Fortschritte jetzt abhängen von der Fähigkeit der Marxisten-Leninisten der Türkei, die Arbeiterklasse zu befähigen, die Führung in der Agrarrevolution und demokratischen Revolution wahrzunehmen, in deren Verlauf auch die NATO-Truppen aus dem Lande verjagt und die Souveränität über die türkischen Meerengen erkämpft werden muß. – (Z-Red)

Imperialistisches Komplott zur Einsperrung der Palästinenser in Reservate und Spaltung der arabischen Staaten zum Scheitern verurteilt

Die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, betreiben unter dem Deckmantel der Friedenssuche die Vorbereitung der bewaffneten Intervention im Nahen Osten.

Deutliches Zeichen dafür ist, daß die Täuschungsversuche über ihre Absichten zunehmen. Das merkt man daran, daß sie immer mehr von Frieden reden. In den letzten Wochen haben sich alle Imperialisten „besorgt" über die Situation im Nahen Osten geäußert.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Überschrift „Amerika und Israel":

„Präsident Carter ist beunruhigt über Israel ... Anlaß zur Besorgnis des Präsidenten sind die starken Worte, mit denen der neue israelische Ministerpräsident Begin für Israel auf das Westjordanland Anspruch erhob ..." (30.6.)

Dieselbe Zeitung kann am nächsten Tag von der anderen Supermacht ganz Gleichartiges berichten:

„‚Prawda: Die Welt ist besorgt.' Mit der neuen israelischen Regierung sind nach Ansicht des sowjetischen Parteiorgans Prawda die reaktionärsten und chauvinistischsten Elemente an die Macht gekommen ... Nach Ansicht der Zeitung sind praktische Maßnahmen erforderlich, um der aggressiven Entwicklung Einhalt zu gebieten und einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herbeizuführen." (1.7.)

Sodann haben die Imperialistenhäupter Europas beschlossen, daß man sich der Erklärung der US-Imperialisten anschließt. Von allen Zeitungsschreibern wird berichtet, diese Erklärung der EG-Staaten sei ein Entgegenkommen für die arabischen Staaten.

„In der neuen Deklaration der EG heißt es, nur wenn das palästinensische Volk seine nationale Identität verwirklichen könne, könne auch der Konflikt gelöst werden ... Israel müsse die legitimen Rechte der Palästinenser anerkennen, umgekehrt müsse die arabische Seite Israel in sicheren und anerkannten Grenzen leben lassen."

Die bürgerlichen Schreiberlinge haben einen Unterschied ausgemacht zwischen der Erklärung der EG-Imperialisten und der Erklärung der US-Imperialisten. Der Unterschied besteht darin, daß die EG-Imperialisten in ihrer Erklärung vom „palästinensischen Volk" reden, während die US-Imperialisten von „Palästinensern" reden. – Dieser Preis wird gezahlt, weil man als europäischer Imperialist noch
man als europäischer Imperialist noch im Geschäft kommen will über die Spaltung. Der Unterschied bei allen Imperialisten zu früher besteht darin, daß sie da von Flüchtlingen und Terroristen geredet haben.

Weiter heißt es, alle zionistischen Parteien lägen jetzt im Streit mit den US-Imperialisten und auch den EG-Imperialisten. Sie seien den arabischen Staaten zu weit entgegengekommen.

Unter Überschriften wie „Schwere Zerwürfnisse" und „Tiefgehende Spannungen" wird jedoch als Differenz zwischen den Zionisten und ihren Herren lediglich enthüllt:

„In der israelischen Hauptstadt ist allgemein aufgefallen, daß die am Dienstag von Begin und Dajan gemeinsam formulierte Erwiderung auf die Erklärung des amerikanischen Sprechers in einem ruhigen Ton gehalten war. Die Antwort wies ausdrücklich nur einen Vorwurf zurück, nämlich den, Israel sei nicht bereit, über eine Räumung des Westjordanlandes zu verhandeln."

Über alles weitere, so die Zionisten, könne man sich anläßlich des Besuchs Begins bei Carter unterhalten.

Schon im letzten Monat sind die US-Imperialisten mit einem Friedensplan herausgerückt. Die FAZ hatte ihn am 27.6. auf Seite 1 veröffentlicht.

„Diese Provinz (der Palästinenser, die Red.) wird innere Autonomie haben und entmilitarisiert werden. Die Israelis sollen das Recht haben, Patrouillen über die Entmilitarisierung wachen zu lassen. Jordanien wird für die innere Sicherheit dieser Provinz verantwortlich sein, aber ausschließlich Polizeikräfte dort stationieren können. Jordanien erhält einen Freihafen in Haifa. Jerusalem bleibt die wiedervereinigte Hauptstadt Israels, wird gleichzeitig aber auch die Verwaltungshauptstadt der palästinensischen Jordanien-Provinz sein können. Ein gemischtreligiöser Rat soll die Kontrolle über die heiligen Stätten erhalten. Gaza wird ein Teil der palästinensischen Provinz. Die israelischen Siedlungen in diesem Gebiet werden geräumt. Israel wird den Sinai in drei Etappen räumen und zu den Grenzen von 1967 zurückkehren. Die ägyptischen Truppen sollen jedoch eine gewisse Linie im Sinai nicht überschreiten können. Die UN-Truppen bleiben in diesem Raum. Syrien erhält den Golan zurück. Das Gebiet wird innerhalb von zwei Jahren nach Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens in drei Etappen geräumt werden. Die gesamte Region wird entmilitarisiert. Die UN-Truppen bleiben für unbestimmte Dauer im Golan, Israel erhält das Recht zur Entsendung von Patrouillen in die entmilitarisierten Zonen."

Wir haben in der Zeitschrift Kommunismus und Klassenkampf geschrieben, daß das ein Plan ist, in dem versucht wird, die arabischen Staaten zu spalten, sie für Teilzugeständnisse für die Existenz der Imperialisten im Nahen Osten zu gewinnen und dafür zu gewinnen, die Palästinenser in Reservate zu sperren, Jordanien eine Aufpasserrolle zuzuschustern und überdies der israelischen Besatzermacht militärisch weiteren Zugang zu verschaffen. Der Vergleich Israels mit einem vorgeschobenen Fort im feindlichen Gebiet, das man vollends unterwerfen will, ist passend.

In den letzten Wochen haben die Imperialisten nur noch in Andeutungen von diesem Plan gesprochen. Sie sprechen vielmehr von Zugeständnissen an die arabischen Staaten und wedeln damit, daß sie für die Anerkennung der Grenzen von 1967 sind.

Die arabischen Staaten sollen das gemeinsame Interesse vergessen, jedem einzelnen Staat wird etwas hingehalten. Vergessen soll werden, daß diese „Zugeständnisse", nimmt man sie zusammen, nichts anderes bedeuten als die feste Stationierung des Imperialismus im Nahen Osten und Ausgangsbasis für die völlige Unterwerfung der arabischen Nation insgesamt.

So ist auch der Angriff auf Begin, dem die Imperialisten wohlgewogen sind, Teil dieses Plans, durch Spaltung- und Verwirrungstiften die Voraussetzung für eine Intervention zu schaffen, oder wie die Sozialimperialisten es nennen: für „praktische Maßnahmen".

Das Begin-Regime trägt zur Verschärfung der Widersprüche im Nahen Osten bei – es gibt keinen arabischen Staat und keine nationale Organisation unter den Arabern, die nicht gegen dieses Regime und seine offen vorgetragenen imperialistischen Eroberungspläne sind.

Mit dem Geschrei gegen Begin und sein offen vorgetragenen Ansprüche auf weitere Gebiete im Nahen Osten wollen die Imperialisten einen Teil der arabischen Staaten abspalten, mit den gegenüber Begin fortschrittlich vorgetragenen Absichten, man sei ja „nur" für die Existenz des Staates Israel in den Grenzen von 1967.

Eine Abspaltung soll erreicht werden zur PLO, die für die Zerschlagung des Staates Israel kämpft und am bewaffneten Kampf festgehalten hat. Diese Einigung in der „Mitte" soll dann von den Imperialisten gegen die „Extremisten von links und rechts" durchgesetzt werden. So stellen sich die Imperialisten ihre Intervention vor.

Über dieses Ziel sind sich alle Imperialisten vollständig einig. Die Sache hat einen Haken. Sie kann nur gehen, wenn eine Spaltung gelingt, und kann nur gehen, wenn das palästinensische Volk so niedergedrückt werden kann, daß es den bewaffneten Kampf aufgibt. Also nur, wenn eine Abspaltung der arabischen Staaten von der PLO gelingt und die PLO zerschlagen wird. Die Komplotte, die die Imperialisten zu diesem Zweck geschmiedet haben, sind unzählig. Eines dieser gefährlichen Komplotte hat die syrische Regierung aufgedeckt. Am 27.6. berichtete die FAZ:

„In einem am 25. Juni veröffentlichten Interview mit dem Wochenmagazin ‚Al Mustqbal' sagte Assad, auch die Sowjetunion sei der Meinung gewesen, daß sie im Libanon eine Rolle spielen müsse. ‚Ich bin nicht, daß es vorher eine amerikanisch-sowjetische Übereinkunft gegeben hat, aber sobald die Ereignisse im Libanon begannen, gab es Übereinstimmung zwischen der amerikanischen und sowjetischen Politik.' Er sei nicht überrascht gewesen, daß die Vereinigten Staaten ihn fünfmal vor einer Intervention des Libanon gewarnt hätten."

Diese Übereinstimmung bestand darin, diese Gelegenheit zu nützen zur Intervention, nachdem der Krieg geschürt worden war. Bekanntermaßen ist dies nicht gelungen. Daß es nicht gelungen ist, liegt daran, daß die Verbundenheit der arabischen Staaten ständig wächst und die PLO niemals den bewaffneten Kampf aufgegeben hat.

Heute gehen die Imperialisten noch raffinierter vor. Umsonst.

Die PLO hat auf die Erklärung der US-Imperialisten richtig geantwortet. Sie hat bekanntgemacht, daß die US-Imperialisten Waffen im Wert von 438 Millionen DM was an Begin-Regime geliefert hat, und folgende Einschätzung zum Friedensvorschlag abgegeben:

„Die amerikanische Erklärung zur Nahostpolitik vom Montag deute lediglich die fortgesetzte amerikanische Entschlossenheit an, in dem Gebiet eine Lösung zu erreichen, die den amerikanischen und zionistischen Interessen diene."

So Abu Maizer, ein Sprecher des Exekutivkomitees der PLO. Kurz darauf sind die Führer des palästinensischen Volks zusammengetreten und haben über die Intensivierung des Kampfes gegen Imperialismus und Zionismus beraten und die nächsten Schritte festgelegt.

Die Presse meldet: Die Kämpfe an der südlibanesischen Grenze nehmen zu. – (Mi-Red.)



Zionistische Soldaten kontrollieren die Straßen der palästinensischen Stadt Nablus im Westjordanland.

„... eine Revolution ist eine Revolution und muß ernsthaft zu Ende gebracht werden"

Streiks der Industriearbeiter / Streikgesetze und Agrarreformgesetze / Kampf gegen Polizeiüberfälle auf Kooperativen

„Weiterhin warten, heißt darauf warten, daß uns das Elend dahinrafft." So die 900 Arder Textilfabrik Caneiro in Braga im Norden Portugals. Sie besetzten am 4. Mai die lokale Behörde des Arbeitsministeriums. Ihre Forderung: Auszahlung der Ferien- und Weihnachtsgelder aus den Jahren 1975 und 1976. Unterstützung kam aus fast allen Betrieben.

Die Arbeiterbewegung erstarkt im Norden des Landes. Es finden große Streikkämpfe von Arbeitern ganzer Branchen statt, die Studenten sind an allen Universitäten gegen Prüfungsverschärfung und Wiedereinsetzung faschistischer Professoren in Bewegung, die Landarbeiter schließen sich gegen die Polizeiüberfälle zusammen.

Die Massenbewegung drängt auf Massenstreiks hin. Die Revisionisten wollten den Kampf der Metallarbeiter Mitte Mai in eine vierstündige Arbeitsniederlegung einzwängen, So können die Metallarbeiter ihre Forderungen nicht durchsetzen. Ihre Lage ist elend. Schon zwei Jahre Kampf um den Tarifvertrag. Der heute einzig gültige Tarif- und Arbeitsvertrag stammt aus dem Jahr 1972, aus der Zeit des Faschismus. Die letzte Lohnerhöhung hatte die Regierung im Juni 1975 dekretiert. Seither hat sich das Leben um 50% verteuert, für 200 000 Metallarbeiter 50% Lohnsenkung in zwei Jahren. Die Metallarbeiter bleiben nicht bei befristeten und kurzen Arbeitsniederlegungen. Ende Mai demonstrieren sie in allen Städten.

Die Revisionisten versuchen die Forderung nach einem Tarif- und Arbeitsvertrag vom Tisch zu kriegen und die Arbeiter auf die Forderung nach einem Regierungsdekret festzulegen. Auf der Linie des Sozialpakts soll die Regierung Lohnerhöhungen dekretieren. Die Arbeiter jedoch fordern Koalitionsrecht und Tarifvertrag. Einzelne Belegschaften werden durch den Kampf der gesamten Metallbranche gestärkt.

Die Arbeiter von Titan beispielsweise erkämpfen in mehrtägigem Streik eine 10prozentige Lohnerhöhung. Die Revisionisten von der PCP erklären diesen Streik für illegal, weil die revisionistische Gewerkschaftsführung ihn nicht unterstützt.

Neben den Metallern streiken die Transportarbeiter von Porto. Jeden Tag um 8.30 und 16.00 Uhr tagen sie als Vollversammlung, geführt von einer gewählten Streikkommission aus revolutionären Arbeitern, die schließlich von der revisionistischen Gewerkschaftsführung anerkannt werden muß. Acht weitere Gewerkschaften erklären ihre Solidarität. Der Streik ist im wesentlichen siegreich, die Regierung holt gleich aus und will jetzt über 1000 Disziplinarverfahren anlaufen lassen.

Siegreich sind auch die 1000 Fleisch-Arbeiter von Lissabon. Sie erkämpfen für sich den Tarifvertrag. Der Streik ist nahezu geschlossen, vornehmlich Frauen ziehen vor noch arbeitenden Betrieben Streikketten auf. Schließlich treten im Juni die Textilarbeiter im ganzen Land in Streik. Hier gelingt es den Revisionisten, den Streik abzutöten. Sie blasen ihn ab, nachdem er gerade begonnen, obwohl die Kapitalisten ihre Haltung nicht geändert hatten und dem Tarifvertrag nicht zustimmten.

Die Regierung legt im Juni ein Streikgesetz vor, dem die Revisionisten sofort zustimmen. Darin ist jeder Streik im öffentlichen Dienst verboten. Streiks müssen 2 bis 5 Tage vorher angemeldet werden, sie dürfen nur von der Gewerkschaft erklärt werden. Streikbrecher darf man nicht an der Arbeitsaufnahme hindern, sie haben ein „Recht auf Arbeit". Der Abgeordnete der UDP legt im Parlament einen Vorschlag für das Streikgesetz vor, den die PCP(R) ausgearbeitet hat und in dem ein uneingeschränktes Streikrecht festgelegt ist.

Die Entwicklung der Kämpfe drängt auf eine Zusammenfassung zu. Die Arbeiter unterstützen sich gegenseitig. Die Revisionisten müssen für den 22. Juni zu Kundgebungen der Industriearbeiter im ganzen Land aufrufen. Dort finden die Losungen, die von der PCP(R) vorgeschlagen wurden, breite Unterstützung. „Tarifvertrag ja, Regierungsdekret nein!", „Die Reichen sollen die Krise zahlen, weg mit dem Sozialpakt!".

Die Arbeiter demonstrieren überall ihre Solidarität mit den Landarbeitern und Bauern. Die Regierung hatte im Mai das Gesetz Barreto vorgelegt, mit dem alte Agrarreformbestimmungen rückgängig gemacht werden sollen. Großgrundbesitzer dürfen danach Land bis zu 200 000 Punkten behalten. Die Zwischenhändler werden ausdrücklich in Schutz genommen. Es gibt keine Preisgarantie, die Kooperativen werden mit Steuern belegt. Die Revisionisten brachten keinen eigenen Vorschlag für das Gesetz ein. Die PCP(R) brachte einen Gesetzesentwurf ein, der die vollständige Enteignung allen Besitzes über 300 ha vorsieht, sich gegen jegliche Staatsaufsicht über die Kooperativen wendet, den Staat zu Preisgarantie, billigen Krediten, Nationalisierung der die Landwirtschaft beliefernden Industrie zwingt, alle Steuern für Kooperativen und Produktionseinheiten abschafft und die Durchführung der Agrarreform in die Hände der Massen selber legt. Dieser Gesetzesvorschlag findet Unterstützung, in Betrieben und Kooperativen werden Erklärungen beschlossen, die das ausdrücken.

Den Revisionisten gelingt nur durch bürokratische Maßnahmen, den Drang der Massen hin zu Massenstreiks zu bremsen. Mitte Mai auf einer Versammlung von 500 Delegierten der Kooperativen, Produktionseinheiten und Kommissionen dieses Gebietes sprechen sich fast alle Redner für den Streik gegen das Gesetz Barreto aus. Die revisionistische Versammlungsleitung konnte den Streikbeschluß nur abwenden, indem sie ihn gar nicht zur Abstimmung bringt. Die Revisionisten verhindern somit den Kampf gegen die Großgrundbesitzer. Die Reaktion glaubt frech werden zu können.

In Mora, einem kleinen Dorf im Alentejo, soll Ende Mai ein Großgrundbesitzer, der verjagt worden war, wieder die Einzug halten und den besten Teil seines ehemaligen Besitzes zurückerhalten. Die Kooperative „Der Kampf ist der aller" mobilisiert die Landarbeiter. Die Nationalgarde geht mit berittenen Pferden gegen die Arbeiter vor und verletzt Frauen, Kinder und Alte. Am nächsten Tag, am 26. Mai, kommt es zu einer Demonstration von 20 000 Menschen in dem kleinen Dorf. Der Haß auf die Nationalgarde, die alte faschistische Polizeielite, ist groß.

Ein Landarbeiter erklärt gegenüber der Zeitung „Bandeira Vermelha" nach dem Kampf: „Wir haben eine große Gelegenheit verloren, 25. April, 26., 27., hätten wir die Revolution nach vorn gebracht, es gäbe heute keine Nationalgarde mehr hier. Was wir nicht mit ihnen gemacht haben, machen sie jetzt mit uns; eine Revolution ist eine Revolution und muß ernsthaft zu Ende gebracht werden." Dann fährt er fort: „Alles, was auf diesen Ländereien ist, die Arbeiter haben es gemacht. Nichts, rein gar nichts hat dieser Großgrundbesitzer getan, der niemals gearbeitet hat. Sie haben uns schon ein Stück für den Großgrundbesitzer reserviertes Land weggenommen, wenn sie jetzt noch mehr wegnehmen, dann wird die Kooperative zuviele Arbeiter haben, sie ist dann zu klein für soviele Arbeiter, sie kehrt zur Arbeitslosigkeit zurück. Wir haben schon viel Hunger erlebt, wir haben den Hunger ausgehalten, die Hungerlöhne, alles, aber das Land ist unseres!" – (kkw, Nürnberg)

„Der Kampf um die Erzhügel von Wologisi"

Unter dieser Überschrift berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 30.6.77 über die Hauptversammlung der Aktionäre der Liberian International American Company (Liac). Die Versammlung im Künstlerlokal „Malkasten" zu Düsseldorf endete nach 11 Stunden im Tumult, nachdem Wahlfälschung festgestellt worden war.

Die Liac wurde 1964 in New Jersey, USA, von amerikanischen Finanziers gegründet und verschaffte sich von der liberianischen Regierung eine Konzession auf die Eisenerzvorkommen von Wologisi für einen Zeitraum von 70 Jahren. Die Erzvorkommen von Wologisi sollen 1 Milliarde Tonnen wenigstens betragen, das Fünfzigfache der gesamten gegenwärtigen Jahresproduktion Liberias – „ein Berg von Eisenerz", wie die Hyänen in Düsseldorf immer wieder mit heiserer Kehle brüllten. Ein Berg, den sie zu Gold zu machen hoffen.

Der erste Zweck der Gründung der Liac war freilich nur der, mit der *Aussicht* auf solche goldenen Berge einen saftigen Gründerprofit zu machen. „Unter Mitwirkung namhafter deutscher Banken (die sich später zurückzogen)", berichtet die FAZ, wurden die Aktien in den späten 60er Jahren für 20 DM das Stück dem zahlungskräftigen westdeutschen Publikum vor die Nüstern gehalten. Schätzungsweise fünf- bis achttausend Herrschaften – kleine und mittlere Börsenjobber, Chefärzte, leitende Beamte, reiche Witwen etc. – witterten märchenhafte Reichtümer und griffen zu. Schon nach wenigen Jahren waren die Aktien noch genau 2,80 DM das Stück wert.

Anfang der 70er Jahre wurde dann der Amax Inc., einem führenden US-Bergbaukonzern, im Konsortium mit einer Gruppe japanischer Stahlkapitalisten von den Liac-Finanziers die stufenweise Übernahme einer neugebildeten Tochtergesellschaft, der Lisco, angeboten, die mit Investitionen von einigen Milliarden DM an die eigentliche Ausbeutung der Erze gehen soll. Vielleicht stand überhaupt die Amax hinter der ganzen Gründung. Wie immer: auf der Hauptversammlung 1976 besetzte „eine neue deutsche Aktionärsgruppe", wie die FAZ sie mit gespielter Harmlosigkeit nennt, in einem Putsch die Führungspositionen der Liac. Wahrscheinlich war diese „deutsche Aktionärsgruppe" eine der „namhaften deutschen Banken" und hatte hintenrum ein dickes Aktienpaket zusammenge-
ein dickes Aktienpaket zusammenge-
kauft. Ein unbedeutender Börsenjournalist, offensichtlich ein Strohmann, wurde auf den Stuhl des Vorsitzenden gesetzt. Noch hektischer wurde alles, als sich herausstellte, daß eine zweite deutsche Finanzgruppe, ebenfalls bis heute anonym, vertreten durch einen anderen Börsenjournalisten als Strohmann, exakt dasselbe gemacht hatte und ebenfalls nach der Führung griff. Zuerst wurden durch die westdeutschen Finanzbourgeois die japanischen Stahlkapitalisten aus dem Konsortium mit der US-Amax herausgebrochen, die Übernahme der Lisco durch die Amax in letzter Minute verhindert. Neuverhandlungen mit „sonstigen Interessenten" wurden aufgenommen. Wieder die FAZ mit gespielter Harmlosigkeit: „Von europäischen – auch deutschen – Stahlwerken wird ein grundsätzliches Interesse an diesem Liberia-Erz nicht ausgeschlossen." (FAZ, 28.6.)

„Grundsätzliches Interesse ... nicht ausgeschlossen" ist wirklich gut, wo man sich das brennende, gierige Interesse der BRD-Imperialisten an fünf Fingern ausrechnen kann. Die Stahlkapitalisten stekken mit ihren Profiten tief in der Krise und liefern sich eine Vernichtungsschlacht, Zufuhr billiger Rohstoffe ist ein Schlüssel für die Hebung des Profits. Die westdeutschen Stahlkapitalisten beziehen den Großteil ihres Erzes mittlerweile aus der Dritten Welt, wo es ihnen schwarze, braune oder gelbe Arbeiter aus der Erde graben und auf Schiffe verladen, zu Hungerlöhnen, die diese Profitjäger genießerisch schnalzen lassen. Aus Liberia beziehen die westdeutschen Monopole schon 20 % ihres Eisenerzes. In einem weiteren Großprojekt im liberianischen Erzbergbau, der Bong Mining Co., steckt westdeutsches Kapital zu 30 % drin.

Von der zweiten deutschen Finanzgruppe, den japanischen und US-Finanziers hart bedrängt, zum Überfluß mit einer Meute erbittert kläffender Kleinaktionäre in der Seite, hat sich die jetzige Liac-Führung mit Wahlfälschung zu retten versucht. Vielleicht war es aber auch von vornherein geplant, die Versammlung platzen zu lassen. Scheiß auf gute Sitte, wenns ums gute Geld geht.

„... die Liac, ihre Aktionäre und die Machtkämpfe ... (erinnern) lebhaft an die großen spekulativen Unternehmensgründungen des vorigen Jahrhunderts", schreibt der Beobachter der FAZ auf dieser Versammlung. Wohl wahr. Aber warum ins vorige Jahrhundert ausweichen? Wie eh und je geht die Konkurrenz der Imperialisten mit Lug und Trug, mit Hauen und Stecken vor sich. Solche Skandale sind nur die Vorläufer globaler bewaffneter Auseinandersetzungen der Imperialisten im Kampf um Märkte und Rohstoffquellen. Die reichen Erzvorkommen Liberias sind ein Kreuzungspunkt der Raubinteressen aller imperialistischen Mächte. – (Z-Red)

USA-Imperialismus – ein Völkergefängnis

Präsident Carter sei mit seiner „aggressiven" Politik der Menschenrechte ein großer Fortschritt in der Politik der US-Imperialisten gegenüber den Sozialimperialisten gelungen, lobt „Die Welt". Erstmals seit langem wieder ein Präsident, der die Russen Mores lehrt, loben sie. Imperialistische Expansion, Kriegsvorbereitung und Interventionsvorbereitung unter der Flagge der Freiheitsrechte der bürgerlichen Revolution, das sei einfach großartig, gebe der ganzen Politik wieder jugendliche Frische, finden die Imperialisten aller Länder.

Der Imperialismus ist Reaktion auf der ganzen Linie, ist faulender, sterbender Kapitalismus. Nur durch maßloseste Ausbeutung der Arbeiterklasse und völlige Rechtlosigkeit und Unterdrückung der besitzlosen Volksmassen kann die Schmarotzerklasse ihre Herrschaft aufrechterhalten. Wie die US-Finanzbourgeoisie die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die Zusammenballung riesiger gesellschaftlicher Produktivkräfte unter dem Kommando der Profitwirtschaft auf die Spitze getrieben hat, hat sie auch die wildeste Ausbeutung der Arbeiterklasse, den Raub und die Plünderung fremder Völker und Länder und die brutalste und reaktionärste Willkürherrschaft über die Volksmassen errichtet.

Mußte sich der Kapitalismus in Europa in den Schranken des Feudalsystems entwickeln, um gestützt auf Raub und Plünderung als Mittel zur Zusammenfassung gesellschaftlichen Reichtums die kapitalistische Produktion zu entwickeln und die ökonomischen und politischen Schranken des Feudalsystems zu durchbrechen, so entwickelte sich der Kapitalismus und Imperialismus in den USA auf der unmittelbaren Basis von Raub, Plünderung, Ausrottung ganzer Gesellschaften, die der kapitalistischen Profitproduktion im Wege standen. Raub und Plünderung großer Landflächen und ihrer natürlichen Reichtümer, Ausrottung der Indianer als der Besitzer dieses Landes, Raub von billigster Arbeitskraft durch die Versklavung von Millionen von Afrikanern und ihrer Nachfahren, Import vogelfreier Arbeiter, die durch das Elend in Europa zur Auswanderung getrieben wurden, Aneignung der Arbeit der kleinsten Warenproduzenten, die nach dem Osten des Landes gingen, Kauf Alaskas von den Zaren und Unterdrückung der Eskimos, Annexion und Einverleibung von Teilen Mexikos und Unterdrükkung der Mexikaner und Bauern indianischer Herkunft, Kolonialisierung Puerto Ricos und Hawais. Das ist die großartige menschenrechtliche Grundlage des US-Imperialismus, ist die Grundlage für die Spaltung und Unterdrückung der amerikanischen Arbeiterklasse und der unterdrückten Volksmassen Amerikas und ihre maßlose Ausbeutung. Der US-Imperialismus ist ein Völkergefängnis für die Arbeiter und besitzlosen Massen.



19. Jahrhundert



Heute

In den letzten Jahren haben die Kämpfe der verschiedenen Völker und nationalen Minderheiten an der Seite der amerikanischen Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung in den Betrieben und gegen ihre politische Unterdrükkung große Heftigkeit erlangt. Sie sind eine wesentliche Reserve des Kampfes der amerikanischen Arbeiterklasse im Kampf um den Sturz der Bourgeoisie.

Eine wichtige Rolle haben in den letzten Monaten die Kämpfe der Chicanos im Süden der Staaten gespielt.

Der größte Teil von ihnen arbeitet als Pflücker auf den Plantagen. Viele kommen nur während der Ernte aus Mexiko und werden dann wieder abgeschoben. Der Tagesverdienst liegt unter einem Dollar. Im Staat Alabama wohnen laut Angaben des Statistischen Amtes über eine halbe Million Chicanos und Schwarze unter Lebensbedingungen, die selbst die US-Behörden als unter dem Lebensstandard bezeichnen. Sie hausen in Holzhütten ohne jegliche sanitäre Einrichtung. Ihre Bezahlung richtet sich nach den gepflückten Einheiten. Auf den Spargelfeldern beispielsweise erhalten die Pflücker 6 Pence für das Pfund. Dieser Preis ist seit 12 Jahren unverändert geblieben. Das macht bei einem Zwölfstundentag etwa 1,5 Dollar. Die Arbeitszeit beträgt 12 bis 14 Stunden an sieben Tagen in der Woche. Im Winter dieses Jahres waren große Teile der Pflücker von Hunger und Kälte bedroht. Ende Januar führten 1000 Feldarbeiter eine Demonstration in Florida City durch und forderten Unterstützung durch die Regierung.

Die Kapitalisten und die US-Regierung versuchen diese unerträglichen Zustände aufrechtzuerhalten durch Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter und durch direkte Unterdrückung. Um den Kampf der Landarbeiter niederzuschlagen und um zu verhindern, daß sie die Arbeit verlassen, werden Lager eingerichtet und die Arbeiter werden mit Waffengewalt am Verlassen gehindert.

Bereits vor einem Jahr mußte ein Vertreter der Behörde für Landarbeit in Carolina auf Anfrage einer Lokalzeitung zugeben, daß es üblich sei, Landarbeiter mit Waffengewalt am Verlassen der Lager zu hindern. Das sind überhaupt die Methoden, wie die US-Imperialisten allein glauben, den Kampf der farbigen und nationalen Minderheiten der USA unterdrücken zu können durch Polizeischikane und Unterdrückung. Im Kampf um Demokratie kann die amerikanische Arbeiterklasse alle diese Kämpfe zusammenfassen und gegen die Monopolbourgeoisie führen. – (Z-Red.)

Verfassungsentwurf der Sozialimperialisten: Verschärfte Unterdrückung der nationalen Minderheiten

Die revisionistischen Machthaber in der Sowjetunion betreiben heute dieselbe Politik der Unterdrückung gegenüber den nationalen Minderheiten des Landes, die schon die russischen Zaren im 19. Jahrhundert betrieben haben.

Die Leitlinie der alten Zaren bei der Unterdrückung der verschiedenen nationalen Minderheiten Rußlands und der umliegenden Völker war: „Solange ein Volk seinen Glauben, seine Sprache, seine Bräuche und Gesetze behält, kann es nicht als unterworfen gelten."

Die neuen Machthaber im Kreml haben sich jetzt einen neuen Verfassungsentwurf geschaffen, mit dem sie ihre Herrschaft der Ausbeutung und Profitwirtschaft in der Sowjetunion festigen wollen. Gegenüber den nationalen Minderheiten verkündet Breschnew in einer Rede zur Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs (Neue Zeit, 24/77): „Die Gleichheit der Nationen ist bei uns nicht nur juristisch, sondern auch tatsächlich verwirklicht worden. Alle unsere Republiken, darunter auch diejenigen, die früher ökonomisch und kulturell zurückgeblieben waren, haben jetzt einen hohen Entwicklungsgrad erreicht. Gleichzeitig ist die Wirtschaft jeder Republik zu einem festen Bestandteil des einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes geworden."

Was hier umschrieben wird und verfassungsmäßig verankert, bedeutet für die nationalen Minderheiten Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und Ausplünderung der Ressourcen des Landes. Denn die Einbeziehung in den „einheitlichen Volkswirtschaftskomplex", von dem Breschnew spricht, bedeutet in der Praxis die Errichtung einer einseitigen, auf Monokultur basierenden Wirtschaft in den verschiedenen Republiken. Wie die Feudalherren und Großbourgeois im zaristischen Rußland erlaubt die heutige herrschende Clique z.B. in den Unionsrepubliken Mittelasiens nur den Anbau von Baumwolle. Das führt dazu, daß in den Gebieten der nationalen Minderheiten keine allseitige Entwicklung der Wirtschaft eintreten kann. In vielen Gebieten sind die Sowchosen und Kolchosen durch die ihnen aufgezwungene Wirtschaftsstruktur in arge Schwierigkeiten gekommen. Die Landwirtschaft selbst wird dadurch vernichtet. Nutzflächen für andere landwirtschaftliche Produkte fallen weg. Die sowjetische Zeitung „Landleben" schreibt, daß in vielen Gebieten Usbekistans „Baumwollfelder 80 – 90 % der Gesamtanbaufläche einnehmen. Jahrzehntelang ist ohne jeden Wechsel auf demselben Boden Baumwolle gepflanzt worden. Das hat zum Zerreißen der Fruchtfolge und zur Verbreitung von Welkkrankheiten bei den Pflanzen geführt."

Diese Entwicklung führt besonders auch in den nichtrussischen Republiken Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Armenien zu immer größerer Arbeitslosigkeit, verursacht durch die wirtschaftlich einseitige Entwicklung der Gebiete. Nach Angaben der Albanischen Nachrichtenagentur ATA gibt es in den Städten Nordkasachstans über 5 000 Arbeitslose, und in den Städten Zentralasiens sind 15 – 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung.

Diese erzwungene „Arbeitsteilung", von der die neuen Zaren stets so sehr schwärmen, hat für die nationalen Minderheiten umfassende Abhängigkeit zur Folge. Die ökonomischen Tatsachen ermöglichen es am besten, zu verstehen, warum die neuen Zaren in dem neuen Verfassungsentwurf unbedingt festgelegt haben wollen:

„Artikel 69: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein einheitlicher *multinationaler* Bundesstaat, hervorgegangen aus der freien Selbstbestimmung der Nationen und der freiwilligen Vereinigung gleichberechtigter Sozialistischer Sowjetrepubliken." (Neue Zeit, 24/77) Breschnew liefert die süßliche Phrase dazu: „Immer näher kommen sich durch den ganzen Verlauf ihres Lebens alle Nationen und Völkerschaften unseres Landes, eine neue historische Gemeinschaft von Menschen – das sowjetische Volk – ist entstanden." Schamlos verfälscht die Monopolbourgeoisie die revolutionäre Nationalitätenpolitik der KPdSU unter Lenins und Stalins Führung, die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung und weitgehende Autonomie der einzelnen Republiken vertreten hatten. So hieß es in der revolutionären Verfassung von 1936:

„Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein Bundesstaat, gebildet auf der Grundlage freiwilliger Vereinigung gleichberechtigter Sozialistischer Sowjetrepubliken." (Artikel 13; vgl. auch KVZ Nr. 24/77)

In der Periode des Sozialismus war und ist das die Voraussetzung, um den Zusammenschluß der unterdrückten Nationalitäten mit den Arbeitern und Bauern aus derjenigen Nationalität zu erreichen, aus der vor der Revolution die Unterdrücker kamen. Das ist auch die Voraussetzung dafür, um die Bedingungen für eine selbständige und allseitige Entwicklung der Gebiete der nationalen Minderheiten zu erreichen.

Die Politik der nationalen Unterdrückung und Annexionen des großrussischen Chauvinismus, den die neue Bourgeoisie in der UdSSR betreibt, führt auch dazu, daß einige nichtrussische Nationalitäten ununterbrochen relativ und absolut kleiner werden. Insgesamt gibt es in der SU über hundert verschiedene Völker und Nationalitäten. Die Revisionisten haben verschiedene Methoden, um die „schrittweise Annäherung" der Völker voranzutreiben. Eine ist die gewaltsame Verschmelzung der Nationalitäten. Bereits im Jahre 1961 begann die zwangsweise Umsiedlung der Bevölkerung unter dem Vorwand, daß „neue Industriezentren entstehen, Naturreichtümer gefunden und erschlossen werden und Brachland urbar gemacht wird." (XXII. Parteitag der KPdSU) Allein im Zeitraum von 1968 bis 1969 wurden 2,2 % der Bevölkerung der Sowjetunion gezwungen, von einer Stadt in die andere umzusiedeln. „Die Zahl der von ‚Stadt zu Stadt' umgesiedelten Russen erreichte 2,9 %. Durch diese Maßnahme wird die Bevölkerung in verschiedenen Unionsrepubliken immer gemischter. Z.B. in den Städten der usbekischen, moldauischen, turkmenischen und tadschikischen Unionsrepubliken macht die Zahl der Einwohner russischer Abstammung 28,3 bis 30,4 % aus." (Peking Rundschau, 13/77) Eine gezielte Maßnahme zur Verschmelzung der Nationalitäten ist die staatliche Förderung der Heirat mit Russen, um so die „Russifizierung" zu beschleunigen." In Lettland betrug die Zahl der Heiraten zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten 21 % der Bevölkerung. In den moldauischen und ukrainischen Städten machte die Zahl der Heiraten zwischen unterschiedlichen Nationalitäten ein Viertel aus." (Peking Rundschau Nr. 13/77) In der Mehrzahl sind das Heiraten mit Russen. Auch dadurch wird die Abnahme der Zahl der nationalen Minderheiten gefördert. Nach Bevölkerungsstatistiken von 1959 gab es in der Sowjetunion 115 Nationalitäten. 1970 waren es nur noch 104. So hat sich z.B. die Zahl der Karelier von 1926: 248 100 auf 146 000 im Jahre 1970 verringert. Davon sprechen ca. 50 000 nur russisch. Chruschtschow hatte, als er 1956 die Macht erobert hatte, gleich mit der Unterdrückung der nationalen Minderheiten begonnen und die karelische Unionsrepublik zu einer „autonomen Republik" degradiert.

Die Revisionisten verkünden laut, daß alle Nationalitäten freiwillig die russische Sprache als die allgemeine Sprache aller wählen. Verdecken soll das, daß die nationalen Minderheiten rücksichtslos gezwungen werden, russisch zu lernen, z.B. Georgien. In den höheren Lehranstalten müssen alle Lehrbücher in russisch abgefaßt werden und alle Arbeiten in russischer Sprache geschrieben werden. Nach dem Sowjetischen Statistischen Jahrbuch 1975 sind in der Zeit von 1970-75 die Buchveröffentlichungen in georgischer Sprache um 14 % weniger geworden, bei Zeitschriften um 13 %. Die georgische Zeitschrift „Zaraya vostoka" mußte zugeben, daß Schriftsteller keine eigenen Druckmöglichkeiten haben und keine georgischen Veröffentlichungen rezensiert und empfohlen werden.

Doch: „Jede nationale Unterdrükkung ruft in den breiten Massen des Volkes Widerstand hervor." (Lenin) Das weiß die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion genau. Aus der Verfassung von 1936 hat sie den Passus gestrichen, der den selbständigen Republiken eigene Truppenverbände zusichert. Das zeigt, daß die neue Bourgeoisie sich auf die gewaltsame Niederschlagung bewaffneter Erhebungen der Nationalitäten vorbereitet. – (Z-Red)

Strauß wirbt für härtere Gangart des westdeutschen Imperialismus

National-reaktionäre und sozial-demagogische Programmerklärung von Amberg / „Strategiekommission" von CDU und CSU

Am Mittwoch letzter Woche trat die „Strategiekommission" von CDU und CSU zusammen: Die CDU hatte Kohl, Carstens, Dregger, Filbinger, Katzer, Stoltenberg und Geißler benannt. Für die CSU kamen Strauß, Dollinger, Röhner, Streibl, Stücklen, Zimmermann und Tandler.

Die treibende Kraft und entscheidende Figur für die Bildung dieser Kommission ist der CSU-Vorsitzende Strauß.

An der Wiederherstellung, dem Aufbau und dem Ausbau der imperialistischen Herrschaft in Westdeutschland hat Strauß entscheidenden Anteil: Zunächst in den 50er Jahren unter Adenauer hat er den Aufbau der Bundeswehr betrieben und wurde dann Verteidigungsminister. Nach der „Spiegel-Krise" zum Rücktritt gezwungen, machte er sich Mitte der 60er Jahre stark für die Einrichtung der Großen Koalition und wurde Finanzminister. Unter anderem wurden die „Notstandsgesetze" und die „Stabilitätsgesetze" verabschiedet.

Drei Tage vor der „Strategiekommission" hat Strauß vor dem Parteiausschuß der CSU in Amberg sein Programm vorgestellt. Er fordert die Finanzbourgeoisie auf, den Ausweg aus der Krise durch eine selbständige Politik im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu suchen. Dieses Programm der Expansion und Kriegsvorbereitung gestützt auf die Vormachtstellung in Europa ist die Fortsetzung und Zuspitzung der Politik und Linie, die Strauß zuerst 1966 ausführlich begründet und entworfen hat in seinem Buch: „Entwurf für Europa".

Strauß als Propagandist der „Einigung Westeuropas"

1966, als die westdeutsche Bourgeoisie infolge von Überproduktion von Kapital vor einem großen Rückschlag in der Profitmacherei stand, trat Strauß mit dem „Entwurf für Europa" hervor und legte als Aufgaben der westdeutschen Bourgeoisie die forcierte Expansion und den Kampf um die politische Vormachtstellung in einem „vereinigten Westeuropa" fest:

„Aber die Zeit drängt. Wir können nicht warten. Wir müssen heute (. . .) den politischen Willen haben, ein Europa zu schaffen, das eine Rolle in der Welt spielen kann, das ständig mehr Einfluß auf die osteuropäischen Staaten ausübt, Vertrauen genießt und weltweite Bedeutung hat. Ein solches Europa könnte auch einen Ausgleich mit der Sowjetunion anstreben. Ein solches Europa könnte ferner ein gleichgewichtiges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten erreichen. Ein solches Europa müßte sich in Übereinstimmung mit Amerika an der gemeinsam koordinierten Entwicklungshilfe für die afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Länder beteiligen. Auch hier würde sich der wechselseitige Vorteil der neuen Partnerschaft zeigen, da in bestimmten Gebieten der Einfluß Europas eher akzeptiert wird als der Amerikas. Eine weitere Aufgabe eines solchen Europa wäre es, eine neue Rolle in der Weltpolitik zu spielen." (Entwurf für Europa, S. 17)

Mit diesem Programm forderte Strauß die Beseitigung der Abhängigkeit der einzelnen westeuropäischen Mächte vom US-Imperialismus zugunsten der „Partnerschaft" Westeuropas, das heißt Herstellung „gleichwertiger" imperialistischer Konkurrenzbedingungen.

„Wahre Partnerschaft kann es nur geben, wenn die Beteiligten in etwa gleich stark sind und auch eine gewisse Bewegungsfreiheit behalten. Deshalb muß das gegenwärtig bestehende ungleiche Verhältnis zwischen Amerika und den einzelnen europäischen Staaten mit den potentiellen Machtverhältnissen besser in Einklang gebracht werden." (Seite 29)

Als Weg dahin propagierte Strauß das Zusammengehen mit dem französischen Imperialismus unter der Führung der westdeutschen Imperialisten:

„Wir müssen (. . .) schleunigst das Tor aufstoßen, das zur deutsch-französischen politischen Identität führt. Schaffen wir auf diese Weise sachliche Voraussetzungen für ein eigenständiges Europa!" (Seite 12)

1975, in Vorbereitung der letzten Bundestagswahl, hat Strauß dieses Programm fortgeschrieben entsprechend der gewachsenen Stärke des westdeutschen Imperialismus und der sich abzeichnenden weiteren Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und dem damit wachsenden Zwang, erfolgreich in dem Kampf um die Rohstoffe, die Märkte und Kapitalanlagesphären zu bestehen: es heißt jetzt „*Deutschland* Deine Zukunft". Der „geschichtliche Auftrag" wird wieder entdeckt, auf den sich die deutschen Imperialisten schon bei ihren beiden vorherigen Versuchen beriefen, um die imperialistischen Konkurrenten militärisch aus dem Felde zu schlagen:

„Im Laufe dieses, spätestens des nächsten Jahrzehnts wird sich entscheiden:
- Ob die Europäer eine Großmacht im Wartestand sind, wozu sie auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer Bevölkerungszahl, der Kapazität und Leistungsfähigkeit ihrer Industrie sowie ihres wissenschaftlich-technischen Niveaus ohne weiteres befähigt sind.
- Oder ob sie ein Altersheim der Geschichte sind (. . .).

Nur in der Gemeinschaft können die einzelnen europäischen Völker und ihre Staaten das Mitbestimmungsrecht über sich selbst erhalten, ein gewisses Mitbestimmungsrecht in Fragen außerhalb ihres Staatsgebietes wiedererlangen – oder aber durch Mangel an Gemeinschaft endgültig aufgeben! (. . .)

Ich bin aber sehr wohl der Meinung, daß unsere geographische Lage, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere politische Verpflichtung (die wir nicht der Vergangenheit wegen leugnen oder schamvoll unterdrücken dürfen) uns eine Aufgabe in Europa zuweisen. Die niederdrückende Last zweier verlorener Kriege, die Befleckung, die dem deutschen Namen unter Hitler geschehen ist, entbinden uns nicht von dem geschichtlichen Auftrag. (. . .)

Die Europäer haben alle Voraussetzungen, im Konzert der Neuordnung der Kräfte der Welt den ihnen zukommenden Rang einzunehmen (. . .)." (Deutschland Deine Zukunft, S. 71/72)

Selbständige imperialistische Politik oder die westdeutschen Imperialisten als Juniorpartner des US-Imperialismus?

Diese Frage stellt sich für das westdeutsche Finanzkapital bei seinem Versuch, die gegenwärtige Überproduktionskrise zu überwinden, in aller Schärfe. Schmidt, der die Geschäfte des Finanzkapitals führt, hat dazu in seiner Regierungserklärung eine klare Position bezogen:

„Wir wissen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika auch in Zukunft ihrer besonderen Verantwortung für die Sicherheit der westlichen Welt gerecht werden. Wir begrüßen die Botschaft des gewählten Präsidenten Carter an die Nordatlantische Allianz vom 9. Dezember dieses Jahres. Die Präsenz der Amerikaner in Europa ist weder politisch noch militärisch ersetzbar. Auf der Grundlage unserer ausgezeichneten zweiseitigen Beziehungen hat sich inzwischen ein nie zuvor gekanntes Vertrauensverhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Es bestimmt unsere Zusammenarbeit auch im Bereich einer koordinierten Wirtschafts- und Währungspolitik."

Strauß greift diese Regierungspolitik von Schmidt an, weil er nicht entschlossen genug für die selbständigen Interessen der westdeutschen Imperialisten auftrete: sich zum Beispiel hinter den US-Imperialisten verstecke, wo gerade der westdeutsche Imperialismus in seiner Vormachtstellung in Westeuropa „gefordert" sei, wie zum Beispiel in der Propagandaoffensive gegenüber den Sozialimperialisten unter der Flagge der „Menschenrechte". Gleichzeitig wirft er Schmidt Nachgiebigkeit gegenüber dem US-Imperialismus zum Schaden der Interessen des

bigkeit gegenüber dem US-Imperialismus zum Schaden der Interessen des

westdeutschen Imperialismus vor, wie zum Beispiel in der Auseinandersetzung um den Export der Wiederaufbereitungsanlagen:

„Darum würde es uns gut anstehen, wenn wir ein deutliches Wort zu den Menschenrechten sagen. (. . .) Wenn Amerika spricht, ist immer gleich das große machtpolitische Spiel angesprochen. Es wäre besser, wenn die Amerikaner hier sozusagen im zweiten Glied ihre Stimme erheben könnten. (. . .) Ich bin der Meinung, daß wir unsere Interessen furchtlos auch gegenüber Amerika vertreten müssen, dort wo es um unsere Energieversorgung geht, wo es um unsere militärische Sicherheit geht, daß wir nicht aus Gründen der freundlichen Gefälligkeit gegenüber den Amerikanern unsere Interessen etwa verleugnen sollten. Aber da, wo die Amerikaner für uns einmal die Stimme erheben, (. . .) da ist unser Platz noch vor den Amerikanern." (Bayernkurier 9.7.)

Über die Notwendigkeit, zur Verwirklichung dieser „Grundlinie" der Expansion des westdeutschen Imperialismus den Krieg vorzubereiten, läßt Strauß in der gleichen Rede keinen Zweifel aufkommen. Er äußert seine „Sorgen" angesichts von „Bestrebungen zum Bündnis mit dem Eurokommunismus" in Westeuropa, fragt heuchlerisch, was nach Titos Abgang werden solle und aus dem Frieden im Mittelmeer und stellt fest:

„Wenn die Dinge so weitergehen, sind wir dem nächsten Kriege schon näher als wir vom letzten entfernt sind."

Alle Kräfte der Durchsetzung dieser Expansion und der Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg nutzbar zu machen, sind die „Kernfragen deutscher Politik", die Strauß zum „Konzept für morgen" erklärt: – Die ganze Last der Finanzierung des imperialistischen Staatshaushaltes soll von der Arbeiterklasse und den Volksmassen abgepreßt werden:

„Wir brauchen eine Senkung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer als einen ersten Schritt in Richtung auf die Beseitigung wirtschaftsfeindlicher und investitions- und beschäftigungshemmender steuerlicher Bestimmungen."

Verstärkung der sozialen Demagogie gegenüber der Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Spaltung durch die Arbeitslosigkeit sowie Vorbereitung des Arbeitsdienstes:

„Wovon sollen wir morgen leben? Wenn das so weitergeht, haben wir in drei, vier Jahren (. . .) drei, dreieinhalb Millionen Arbeitslose. Man soll endlich die Marktwirtschaft wieder atmen lassen, leben lassen. (. . .)

Dazu gehört einmal eine Änderung der Bestimmungen, daß die unechten Arbeitslosen, die vom Fleiß der anderen sich ein faules Dasein verschaffen, sich diesen Mißbrauch des Sozialstaats nicht mehr länger leisten können. (. . .) Den anderen muß der Staat die Möglichkeit geben, einen Arbeitsplatz zu finden."

Erhöhung des aus der Arbeiterklasse herausgepreßten Mehrwerts, Verschärfung der Schweißauspressung und zügige Aufrüstung für die Schlachten der imperialistischen Konkurrenz:

„Wenn z.B. von 1970 bis 1976 (. . .) die Lohnquote am Sozialprodukt von 66,7% auf 70,1% angestiegen ist, dann wird vielleicht der Gewerkschaftspolitiker sagen, großartig, auf dem Weg müssen wir weitermachen. Nein, auf diesem Wege dürfen wir nicht weitermachen (. . .)

Es ist einfach falsch, wenn man den Leuten sagt, es ist kein Investitionsbedarf da. Ich kann nur beschwörend davor warnen, den Prozeß der Veralterung unseres Produktionsapparates durch eine falsch verstandene Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik noch immer zu verstärken und zu begünstigen. (. . .)"

„Die Parteienlandschaft muß in Bewegung gebracht werden"

Mit diesem Ruf hat Strauß die Durchsetzung dieses Programms eingeleitet: Lösung der besonderen Bindung als Juniorpartner und europäischer Festlandsdegen des US-Imperialismus – selbständiges Eingreifen der westdeutschen Bourgeoisie in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt, gestützt auf die Vormachtstellung in Westeuropa und im begrenzten Bündnis mit den US-Imperialisten.

Es geht Strauß darum, dieses Programm zum Regierungsprogramm zu machen, um die Expansion und zielstrebige Kriegsvorbereitung unter direkter Berufung auf die Interessen der westdeutschen Finanzkapitalisten nach innen wie nach außen zu forcieren und zu beschleunigen. Dieses Programm ist ausgerichtet auf die unvermeidliche Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz, in der das westdeutsche Finanzkapital in seiner Vormachtstellung zwangsläufig und zu-

deutsche Finanzkapital in seiner Vormachtstellung zwangsläufig und zu-

nehmend in schärfere Auseinandersetzung mit der Konkurrenz der US-Finanzkapitalisten tritt. Um die Sicherung der Interessen der westdeutschen Imperialisten in diesen Auseinandersetzungen geht es Strauß. Weil dieses Programm für das westdeutsche Finanzkapital eine klare Linie zur Durchsetzung seiner Interessen festlegt, macht es Strauß in den Mitteln zur Durchsetzung dieses Programms äußerst flexibel. Die „Vierte Partei" als Hebel, um dieses Programm gegenüber den anderen Parteien der Bourgeoisie durchzusetzen und für den Versuch, ihm die notwendige national-reaktionäre Massenbasis zu schaffen, ist eines dieser taktischen Mittel. Die Herstellung einer Großen Koalition, mit der nicht zufällig Strauß immer wieder in Zusammenhang gebracht wird, ein anderes. Auch das Angebot an Schmidt, die parlamentarische Mehrheit zu stellen, wenn Schmidt auf der Grundlage dieses Programms handelt, gehört ebenso dazu:

„Wir hauen die Bundesregierung heraus, dort wo sie mit ihren eigenen Regierungsparteien nicht mehr zurecht kommt."

In welchen bestimmten Formen und zu welchem Zeitpunkt die Finanzbourgeoisie sich auf dieses Programm auch einigt und es zu ihrem Regierungsprogramm macht – für die Arbeiterklasse ist die mit seiner Propagierung verbundene national-reaktionäre und sozialdemagogische Mobilisierung ein Grund mehr, sich im Kampf um die wirtschaftliche Existenz und die politischen Rechte gegen die imperialistische Reaktion zur selbständigen Partei zusammenzuschließen und die Volksmassen zum Angriff auf die Herrschaft des Imperialismus zu führen. – (Z-Red.)

Wir sind Unternehmer. In Geld und Kredit.

„Selten zuvor gab es in der Bundesrepublik Kredit so günstig wie heute. Wir, die Banken, leisten damit unseren Beitrag zur Belebung der Konjunktur und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit." So schreibt der Bundesverband deutscher Banken in einer 23 mal 34 cm großen Zeitungsanzeige. Es ist wahr, seit Jahren waren die Zinsen nicht so niedrig wie zur Zeit. Indes, auch niedrige Zinsen bringen den Banken Höchstprofite. Brach liegendes Geld zu niedrigen Zinsen sammeln und zu höherem Zins verleihen, das hat allein den drei Großbanken im vergangenen Jahr einen „Nettozinsertrag" von rund 3,2 Milliarden DM eingebracht.

Nicht „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" haben die Banken im Sinn, sondern die Erhaltung der Ausbeuterherrschaft. Die große Masse angesammelten Geldes bei den Banken – was zu den günstigen Krediten führt – ist gerade Ausdruck der Krise, nicht etwa Mittel, sie zu überwinden.

Es ist Ergebnis der Überproduktion von Kapital, Ausdruck der Vernichtung von gesellschaftlicher Produktivkraft durch die Fesseln des Privateigentums an Produktionsmitteln. Reaktionär ist die kapitalistische Produktionsweise, und reaktionär sind die idealistischen Anschauungen der Kapitalisten, die wie die Anzeige der Banken die Wahrheit auf den Kopf stellen müssen.

Auf der Jagd nach „eigener Rohölbasis"

Nach wie vor ist das Mineralöl der entscheidende Energieträger für die Imperialisten. Wollen die westdeutschen Monopolbourgeois Erfolge erzielen auf ihrem Expansionsfeldzug, so brauchen sie gesicherte Energiequellen. Lediglich etwa 4% des in Westdeutschland verbrauchten Öls werden auf westdeutschem Gebiet gewonnen. Noch nicht einmal den Vertriebsweg ihres importierten Rohöls haben Westdeutschlands Kapitalisten in der Hand, 73% mußten sie im letzten Jahr über Umwege aus der Hand ihrer imperialistischen Konkurrenten beziehen. Um so heftiger jagen sie jetzt in der Nordsee nach dem Besitz eigener Ölquellen.

Schon vor Jahren haben die westdeutschen Finanzbourgeois ihre Öljagd durch Bildung eines einheitlichen Monopols vorbereitet, das überhaupt in der Lage ist, den Kampf mit den US-, den britischen und niederländischen sowie dem Staatsmonopol der UdSSR aufzunehmen. Dieses westdeutsche Ölmonopol ist zusammengefaßt in der VEBA. Neben Vertretern der Bundesregierung sitzen die Vertreter der Deutschen wie der Dresdner Bank im Aufsichtsrat, Dr. Poullain von der Westdeutschen Landesbank ist ebenso vertreten wie Otto Graf Lambsdorf und die Bayer AG.

Mitte letzter Woche hat der Vorstand der VEBA angekündigt, im November beginne die Produktion in dem Ölfeld Thistle A, in dem der Konzern sich eingekauft hat. Obwohl die Erschließungs- und Betriebskosten angeblich fünfmal so hoch sein sollen wie in den Ölfeldern im Nahen Osten oder in Westafrika, springen immer noch Superprofite ab. In nur 18 Monaten Förderzeit soll sich das gesamte eingesetzte Kapital reproduziert haben. Eine Umschlagszeit, von der die Kapitalisten sonst nur träumen. „Im übrigen soll die Politik des Aufbaus einer eigenen Rohölposition konsequent fortgesetzt werden", hieß es auf der Bilanz-Pressekonferenz letzten Mittwoch.

Daß bei der Verfolgung dieser Politik jedes Mittel der Erpressung recht ist, beweist der Verkauf von 17% der Aktien der BP Ende Juni. Für 2,3 Milliarden DM mußte die Bank von England ihren Anteil an dem Ölkonzern feilbieten. Es fanden sich fast fünfmal soviele Kaufgebote, wie Aktien zum Verkauf standen. Scheinheilig schrieb die „Wirtschaftswoche": „Auch deutsche Anleger sind eingeladen." In Wirklichkeit haben die westdeutschen Finanzbourgeois schon lange die Messer gewetzt, um ein Stück von dem britischen Ölmonopol zu ergattern. Schließlich haben sie gemeinsam mit den US-Imperialisten die Finanzschwäche des britischen Konkurrenten genutzt, um zuzuschlagen. Bei den Kreditverhandlungen Anfang

den Kreditverhandlungen Anfang

des Jahres mußte die britische Regierung einwilligen, 17% der BP-Aktien zum Verkauf zu stellen. Damals wurde das Erpressergeschäft dementiert, nachträglich bestätigt sich das Gaunerstück. Es handelt sich dabei um den größten Aktienverkauf, der je in diesem Jahrhundert stattgefunden hat. Man weiß jetzt, daß jährlich 40 in den Tod gehetzte Taucher und Öl-Arbeiter nur der Anfang bei der Öljagd in der Nordsee sind.

Das Nordsee-Öl ist für die westeuropäischen Imperialisten bedeutsam, weil diese Ölquellen außerhalb der Kontrolle der Dritten Welt liegen. Die „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe" hat im März errechnet, daß etwa 4% der Erdöl-Reserven der Welt in der Nordsee in „logistisch und versorgungspolitisch" günstiger Lage liegen. Zwar reicht dies längst nicht für eine eigene Versorgung aus, aber es reicht aus, um Druck auf den Ölpreis auszuüben und dem Kampf der Dritten Welt um ihr Öl die Wirkung zu nehmen. Das ist der Hauptzweck der Jagd nach dem Nordseeöl.

Die Anstrengungen der Imperialisten, die OPEC zu spalten, sind verzweifelt, aber vergeblich. Seit dem 1. Juli haben sich wiederum alle OPEC-Länder auf einen einheitlichen Ölpreis geeinigt. Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate haben ihre Preise nochmal um 5% erhöht, und sie sind damit genauso hoch wie die Preise der anderen Ölländer, die ihre Preise vor Jahresbeginn um 10% erhöht hatten. Dies ist ein Erfolg für die Einheit der OPEC und für den Kampf der Dritten Welt um die Verfügung über ihre Rohstoffe. – (Z-Red.)

Ferienspaß: Ferien daheim

Kurz vor den Sommerferien sind die Schüler froh, daß sie in den Ferien bald der täglichen Schikane und Unterdrückung in den Schulen entkommen. Was erwartet die Kinder aus den arbeitenden Klassen in den Ferien. Schwimmen, tollen, die Ferienreise mit den Eltern? Für die Eltern aus den arbeitenden Klassen stellt sich die Frage ganz anders: Wo bringe ich mein Kind während der Ferienzeit unter. Viele Familien mußten die Ferienreise dieses Jahr streichen, weil der niedrige Lohn schon ohne Urlaub nicht reicht. Der bürgerliche Staat verspricht mit Freizeitprogrammen den Kindern Möglichkeiten, in den Ferien das zu machen, was in den Arbeitervierteln wegen enger Wohnungen, fehlender Spielplätze und Freizeitmöglichkeiten nicht geht: „Schwimmen, Wandern, und mit Freunden Spielen" (Ankündigung der Ferienspiele 77 durch das Stadtschulamt). Tausende von Kindern nehmen jährlich an diesen Ferienspielen teil und es werden immer mehr. „Es melden sich zu viele, wir können gar nicht alle aufnehmen, wenn wir da noch Reklame machen, ist es ganz aus", meinte ein Vertreter des Stadtschulamtes. Das drückt nicht den Wunsch der Kinder und Eltern aus, auch während der Ferien der Kontrolle des bürgerlichen Staates unterworfen zu sein, sondern der Grad der Verelendung der Volksmassen. Der Urlaub „an der Ecke" unter Staatskontrolle wird propagiert.

Die Ferienspiele oder Stadtranderholung werden meist vom bürgerlichen Staat durchgeführt, von städtischen Einrichtungen, teilweise von der Kirche. Den Wunsch der Kinder, zu spielen, die Natur zu beherrschen und sich zusammenzuschließen und die Unmöglichkeit für die Arbeiterfamilien das zu gewährleisten, nutzt der bürgerliche Staat, um auch während der Ferien die Kinder des Volkes unter Kontrolle zu haben.

Kinderplanet: „... ein Konzept, das potentiell von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann".

Der Frankfurter Kinderplanet war ein Projekt, wo 1971 4 000 Kinder 15 Tage in den Messehallen zusammengepfercht waren, ein „Experiment", daß sich den Anspruch gab, den Kindern eine „reale und realistische Alternative zur Erziehung in der Familie, in Kindertagesstätten und Schulen" zu bieten. „Der Kinderplanet, ein Konzept, das potentiell von Abhängigkeit und Unterdrückung befreien kann", so im rororo Buch „Kinderplanet oder Das Elend der Kinder in der Großstadt". Ehemalige Studenten, die als Aufseher an diesen Kinderspielen teilgenommen haben, berichten: „Im wesentlichen haben wir damals auf die Kinder aufpassen müssen, wenn sie rumtobten. Sicher gab es auch Angebote verschiedener Gruppen, wie Fotoshop, Siebdruck usw. Da war der Andrang auch immer groß, vor allem beim Siebdruck, da konnten gar nicht alle mitmachen und es gab Zank und Streit und Eifersuchtsszenen. Spielzeug war auch nie genug da. Einige Firmen hatten was gespendet: meist Stoffe, Leder usw. Die Kinder hatten für das Stoffzeugs nicht viel übrig und ließen es links liegen. Manche bastelten auch was für zu Haus, weil sie da nicht genug hatten. Als eines Tages viele Eltern kamen und sich von den Stoffen und Leder Stücke abschnitten, weil sie es zu Hause gut für Kleider und so gebrauchen konnten, da regte sich der Projektleiter fürchterlich auf. Die Eltern würden den Kindern das Spielzeug klauen, das sei doch barbarisch und die da aus der 'Unterschicht' hätten überhaupt kein Verständnis für die Kinder."

Im Kinderplaneten sähen sie nur „Müll, nicht in Mülleimern, fühlten sich und ihre Kinder um die Unterhaltung betrogen" (Buch Kinderplanet). Die Zwänge der Arbeiterfamilien, der niedrige Lohn, ist für den Kerl barbarisch. Die Kinder von ihren Eltern abspalten, sie kontrollieren und für die Schulunterdrückung fit machen, das sollte der Kinderplanet. Eine der „Alternativen" hat darin bestanden, daß die Kinder alte Autos zerstören durften. Wenn die Kinder aus dem Nordend aus der Schule kommen, sind sie aggressiv. Den ganzen Tag sind sie in der Comenius Grundschule eingepfercht, die Schule liegt zu ebener Erde, es weht kein Luftzug. Im Sommer ist es unheimlich heiß wie im Brutkasten, die Fenster dürfen nicht aufgemacht werden, weil dort gebaut wird. Das bei über 30 Schülern in einigen Klassen. Die Alternative zum Spielen auf dem Hinterhof, wo nichts erlaubt ist, die Befreiung durch den Kinderplaneten bestand im Dampfablassen, in der Zerstörung. Die Bourgeoisie hat kein Interesse, daß die Kinder lernen, die Produktion und Gesellschaft zu beherrschen, in dem Planeten werden keine positiven Kenntnisse vermittelt. Beaufsichtigung und Dampfablassen, um neuerlich unterdrückt zu werden, diese „Befreiung" bietet die Stadtranderholung den Kindern der arbeitenden Klassen.

Stadtranderholung um die Ecke. Die Spielkarten werden bezahlt und abgehakt.

Heute finden solche „Planeten" zumeist in den Stadtteilen Frankfurts statt, auf Spielplätzen. Im ganzen Nordend gibt es einen Kinderspielplatz an der Lortzigstraße. Der Platz ist eingezäumt, dort finden Ferienspiele um die Ecke statt. Die Kinder kommen morgens zu diesen Plätzen hin, meist mit Bussen rangekarrt und werden dann beaufsichtigt, meist von Schülern und Studenten, die sind billiger, oder Sozialarbeiter aus den Kindertagesstätten, die dafür keinen Urlaub mehr nehmen dürfen. Die Unterdrückung der Jugend soll effektiv aber auch billig sein. Dafür wird den Lohnabhängigen der niedrige Lohn noch weiter gekürzt. Um an den Spielen teilzunehmen, müssen die Kinder sich Karten kaufen, wo Spiele draufstehen. Spiele, die man schon mal gemacht hat, werden angekreuzt, die darf man nicht mehr machen. Mittags hauen die Kinder mal ab, weil es se leid sind.

In Bad Homburg wird die Stadtranderholung von der Kirche organisiert, die Stadt finanziert und kontrolliert. Eine Schülerin, die als Betreuerin teilgenommen hat, berichtet: „Bevor es anfing, haben wir eine Sitzung machen müssen mit dem Jugenddezernten der Stadt. Der kam auch immer wieder hin und schaute nach dem „Rechten". Welch Glück diese Erholung für die Kinder sei, hat er uns erzählt. Viel Spielzeug ist zwar nicht da, aber wir wußten ja schon, wie wir die Kinder beschäftigen ... Auf der Wiese angekommen, wurden morgens dann Gruppen eingeteilt. Sie mußten sich aufstellen, ihr Name wurde aufgerufen und sie mußten mit „Ja" antworten. Ab mittags war mit den Kindern nicht mehr viel anzufangen. Trotz Spielen sind sie abgehauen und durch die Gegend gestreunt ... Große Bedeutung haben auch die Wettspiele. Die sollten wir immer machen. Geschürt werden sollte damit die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Gruppen."

„In den Ferienspielen findet die Schürung der Konkurrenz an der Schule, zur Vorbereitung der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern ihre vollständige Ergänzung. Die Ferienlager, Stadranderholungen, Planeten, die von der Bourgeoisie organisiert werden, entsprechen vollständig ihren finsteren Zielen, Abrichtung der Jugend auf Lohnsklaverei, um sie in ihren Fabriken und Profitschlachten verheizen zu können. Die Kommunistischen Jugendbünde in Frankfurt und Kassel organisieren in diesem Sommer Ferienlager, die den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen. Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Kapitalisten und ihren Staat und mit der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern.



Braunschweig. „Ferien daheim" veranstaltet die Stadt Braunschweig in Zusammenarbeit mit mehreren Kirchen, Sozialarbeitern und der Verkehrswacht u.a. In über 30 Seiten „Ferienkalender" und täglichen Ankündigungen in der Lokalpresse sind Betriebsführungen, Spielen und Basteln, Filme etc. aufgeführt. Was auch veranstaltet wird, überall sind die Kinder und Jugendlichen unter der Aufsicht von Sozialarbeitern und Pfaffen gestellt. Die Jugendlichen, die gerade dem Zuchthaus Schule entronnen sind, nehmen jede Gelegenheit wahr, ihrer Fuchtel zu entkommen. Zum Beispiel wird ihnen von der Stadt ein „Badepaß" angeboten. Damit dürfen sie jedoch nur in bestimmte Bäder und werden dort auch noch vor Ende der Badezeit über Lautsprecher rausbeordert. Da machen viele Jugendliche von vornherein nicht mit. „Wir baden hier in der Kiesgrube, weil wir da machen können, was wir wollen, z.B. Schlauchboot oder Floß fahren, mit der Luftmatratze paddeln oder ganz einfach auch nur schwimmen. Wo kann man das schon in den öffentlichen Bädern. Da ist es doch nur voll und dreckig, und springt man vom Rand ins Becken, wird man sofort angeschnauzt. Außerdem brauchen wir hier auch nicht zu bezahlen! Und hier kommt es einem wenigstens auch noch etwas wie Urlaub vor".



„Ferienspaß" verspricht die Braunschweiger Stadtverwaltung. Wie dieser Spaß aussieht, verrät die „Braunschweiger Zeitung": Um eine Runde in der Manege reiten zu dürfen, mußten die Kinder, deren Eltern keine 6 DM für einen „Ferienpaß" ausgegeben hatten, eine halbe Stunde lang arbeiten, nämlich Unkraut jäten. „Wer nicht arbeitet, erreicht auch nichts", sollten sie lernen. Die Kinder wußtens zu schätzen und entfernten neben dem Unkraut die Zierpflanzen gleich mit, so war das Beet schneller bearbeitet, als wenn jedes Unkrautpflänzchen einzeln entfernt worden wäre.

BILD: „Beckenbauer ist Klasse – Cosmos ist nix!"

Das Leben des Franz Beckenbauer in Amerika beschäftigt die Bild-Zeitung. Nachdem jetzt die erste Serie ausgelaufen ist, der neue Knüller: „Netzer testet für Bild: Cosmos und Beckenbauer in Amerika."

Als Beckenbauers Amerikapläne ruchbar geworden waren, deckte „Bild" den „Vaterlandsverräter" Beckenbauer zunächst mit schmutziger Wäsche und einer Liebesgeschichte mit einer Münchner Sportfotografin ein. Er war zum Abschuß freigegeben. Beckenbauer wollte Geld verdienen in Amerika. Springer brauchte einen Nationalhelden. Weil Beckenbauer keinen abgeben wollte, wurde das Sperrfeuer eröffnet. Zweck: Der „deutsche Fußball" mußte hochgehalten werden und damit „Deutschlands Stellung in der Welt". Wer die Nationalmannschaft verläßt, gilt als Fahnenflüchtiger. Wer das auch noch für amerikanisches Geld macht, sollte nach „Bild" ein Lump sein. Die Leser haben das dem Blatt nicht abgenommen. Bei Umfragen haben die meisten sich so oder ähnlich geäußert: „Ich hätte das genauso gemacht. Bevor er aufhört, nochmal kräftig absahnen!" Der erste Anlauf in Sachen Chauvinismus ging daneben. Beckenbauer ist ein Profi, der seine Arbeitskraft zu verkaufen versteht.

Jetzt haben die Springer-Kommentatoren sich auf eine andere Taktik verlegt: „Franz verletzt – Cosmos verlor!" Nachdem angeblich klar war, daß es in der deutschen Nationalmannschaft ohne den abtrünnigen Beckenbauer viel besser ging, die Mannschaft endlich „befreit aufspielen" kann, wird Beckenbauer jetzt anders eingesetzt: „Franz ist immer noch der große Meister. Aber: Cosmos New York hätte in der Bundesliga keine Chance" ist das Ergebnis der Netzer-Tests am 8. Juni in „Bild". „Einen Kopf größer als die anderen von Cosmos" heißt es unter dem Bild von „Bild".

„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!" „Bild" setzt wieder auf Beckenbauer – als Erneuerer des Weltfußballs (der ja inzwischen schon durchgesetzt habe, woran „die anderen nie gedacht hätten"; daß auch am Tag vor dem Spiel trainiert wird).

Kein Wunder scheinen dem Tester Netzer die anderen Cosmos-Spieler „nur der Statur nach Athleten. Sie scheinen mir nicht richtig austrainiert." Alles südamerikanische und sonstige levantinische Faulpelze, soll sich der Leser denken! Dagegen das deutsche Fußballwesen: „Das Trikot wird naß, die Luft ist feucht und heiß. Der Kaiser verdient sein (Zukker)Brot im Schweiße seines Angesichts." – So wie es sich gehört für einen deutschen Fußballer.

„Bild" am 4. Juli: „Ein Sportjournalist, der ihn so geschmeidig dahinlaufen sah, rief wie nach der Entdekkung eines Weltwunders aus: *Oh nein, oh nein, ich kann es einfach nicht glauben, daß er wirklich hier ist.* Er ist es leibhaftig, man kann ihn anfassen ..."

Chauvinismus, diesmal andersherum: Der deutsche Kaiser zeigt den Amis das Fußballspielen: zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl ...



Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Hellmuth Kaiser! Sofortige Einstellung des Verfahrens – für uneingeschränktes Rede-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht! Lohnfortzahlung in der Armee! Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat Hellmuth Kaiser, den Fahrer des Lautsprecherwagens, nach dem Soldaten- und Reservistentag in München unter Anklage des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung gestellt, um einen Schlag gegen den Fortschritt der Soldatenbewegung durch die Soldaten- und Reservistentage in München, Köln und Hannover zu führen. Der Kampf hat weitere Fortschritte gemacht, und bei der letzten Rekruteneinziehung haben die Soldaten- und Reservistenkomitees eine weitere einheitliche Aktion in der gesamten BRD gegen die Kasernenunterdrückung und für die Forderungen der Soldatenbewegung geführt.

Die Staatsanwaltschaft hat Hellmuth Kaiser in Untersuchungshaft gesteckt und die Haftbeschwerde mit der Begründung abgelehnt, er habe keine gesicherten Lebensverhältnisse. Eine Begründung, mit der jeder Arbeiter und jeder Revolutionär von der Straße weg festgenommen, dem Haftrichter vorgeführt und erstmal eingelocht werden kann. Das will die Bourgeoisie als geltendes Recht gegenüber der Massenbewegung durchsetzen.

Der Kampf um die Freilassung Hellmuth Kaisers hat sich schwungvoll entwickelt. Weit über hundert Resolutionen wurden in Kasernen, Betrieben, Schulen, Hochschulen gefaßt. Protestaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen wurden in mehreren Städten durchgeführt. Der Kampf um die Freilassung Hellmuth Kaisers wurde als Gegenschlag geführt. Als Kettenglied, um den Kampf für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht fortzusetzen. In vielen Erklärungen haben sich Arbeiter, Soldaten, Schüler, Studenten für die Unterstützung dieser Forderungen ausgesprochen. Arbeiter von der Ehm in Heidelberg haben einen Brief geschrieben, in dem sie die Freilassung Hellmuth Kaisers fordern und ihn einladen, bei ihnen über den Kampf der Soldaten und ihre Forderungen zu berichten. In Heidelberg wurde an der Universität von einer Aktionseinheit für die Freilassung Hellmuth Kaisers ein Tribunal durchgeführt, an dem 450 Menschen teilgenommen haben.

Jetzt wurde der Haftbefehl von der Staatsanwaltschaft außer Kraft gesetzt und Hellmuth Kaiser nach den Vorstellungen der Bourgeoisie zwischenzeitlich auf „freien Fuß" gesetzt, wie sie das nennt. Denn wenn es nach den erklärten Plänen der Staatsanwaltschaft geht, soll Hellmuth Kaiser eine Haftstrafe ohne Bewährung nicht unter einem Jahr bekommen. Der Haftbefehl besteht weiter. Das heißt, daß weiter mit der gleichen Begründung wie bei Hellmuth Kaiser jeder Arbeiter und Revolutionär auf unbestimmte Zeit eingelocht werden kann und daß Hellmuth Kaiser selbst natürlich auch jederzeit wieder eingebuchtet werden kann. Er muß sich zweimal in der Woche beim Polizeirevier melden, jede Veränderung des Wohnsitzes angeben. 5 000 DM Kaution hat die Bourgeoisie dafür kassiert.

Mit dieser Außerkraftsetzung zeigt die Bourgeoisie, daß ihr das Risiko des sich ausweitenden Kampfes gegen diese Willkürmaßnahmen und gegen die Kasernenunterdrückung zu groß wird. Jetzt hofft sie, daß der Massenbewegung nach der Außerkraftsetzung die Kraft ausgeht, weil Hellmuth Kaiser nicht mehr im Gefängnis, sondern außerhalb der unmittelbaren Polizeigängelung und Schikane unterworfen ist. Mit der Außerkraftsetzung hofft sie, die Unterdrükkung und willkürliche Festnahme gestützt auf genau diesen Haftbefehl eben dann an anderer Stelle um so kraftvoller anzuwenden und sich dabei auch noch zinslose Kredite zu verschaffen. Diese ihre Hoffnung ist zwar ziemlich lächerlich, aber sie ist so.

Der Kampf für die Aufhebung des Haftbefehls muß mit aller Kraft fortgeführt werden. Der Genosse Kaiser wird den Kampf unter den neuen Bedingungen fortführen können, wie er es auch aus dem Gefängnis getan hat.

Die Bourgeoisie wird mit ihrer beabsichtigten Inhaftierungspolitik gestützt auf Haftbefehle wie den gegen Hellmuth Kaiser nicht durchkommen, er muß aufgehoben werden. Immer noch steht die Anklage wegen Landfriedensbruch gegen ihn. Schon versucht die Bourgeoisie an anderen Punkten die Ausweitung der Bewegung der Soldaten nach den Soldaten- und Reservistentagen zu unterdrücken. Gegen den Flieger Karl Bueb wurde 21 Tage Disziplinarstrafe verhängt, weil er Flugblätter und Aufkleber des KBW mit den Forderungen nach Lohnfortzahlung und jederzeitigem Kündigungsrecht für Polizisten und Zeitsoldaten aufgehängt hat. Der Soldat Andreas Pecht vom 5. JG Lehrbataillon 351 in Hammelburg wurde zu 10 Tagen Bau verurteilt, weil er die „Militärzeitung" Nr. 2 in Würzburg verteilt hat, in der die Forderungen der Soldaten propagiert werden und die Freilassung von Hellmuth Kaiser gefordert wird. 23 Soldaten des Mörserzuges haben dagegen eine Presseerklärung verfaßt und die Rücknahme der Disziplinarstrafe gefordert.

Der Beginn der Kampagne für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht, für den Zusammenschluß der Soldatenbewegung mit der Arbeiterbewegung als wichtiges Kettenglied für die proletarische Revolution und gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten hat die Bourgeoisie tief getroffen. Die Soldatenbewegung muß ihr weitere Schläge versetzen. Die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht sind dabei eine scharfe Waffe. Das hat sich gezeigt. Sie haben sich zur Einleitung des organisierten Angriffs auf die Kasernenunterdrückung ausgezeichnet bewährt. Das hat sich gezeigt in den letzten Wochen. Sie sind ebenso geeignet, die Gegenschläge der Bourgeoisie zurückzuschlagen. – (S-Red.)

„. . müssen wir darum planen, die Tiefe des Raumes ‚vorwärts' zu suchen"

„Vorwärtsverteidigung" – Propaganda für den „elastischen" und „offensiven" Eroberungsfeldzug

Eine Weiterentwicklung der Militärpolitik der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie stellt Adelbert Weinstein am 4. Juli in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vor. „Abschreckung durch elastische Verteidigung" heißt die Überschrift, „Offensiv planen bedeutet glaubwürdig warnen" die Unterzeile des Artikels. Weinstein, Oberst der Reserve, aktiver Generalstabsoffizier im Zweiten Weltkrieg, Chefkommentator und -berichterstatter der FAZ über Militär, Militärpolitik und Rüstung, trägt folgende Überlegungen vor:

„Der Angriff des Warschauer Paktes würde nach Ansicht militärischer Fachleute mit zehnfacher Überlegenheit geführt. Die westlichen Verteidigungslinien würden aufgerissen, und unter Unterstützung von Artillerie und taktischer Bombardierung würden Panzertruppen und mechanisierte Einheiten bis an den Rhein „vorgeschossen" werden. Der Gegner würde in diesem „möglichen Feindbild" mit verbundenen Waffensystemen kämpfen, das heißt Panzer, gepanzerte Artillerie, motorisierte und gepanzerte Infanterie. Zwar sei die Fähigkeit der militärischen Führer des Ostblocks für dazu erforderliches „elastisches Denken" zu bezweifeln, man müsse sich aber auf die Militärdoktrin des Ostens einstellen.

Der Westen wolle die Schlacht nicht, er wolle abschrecken. Dies mit abgestuften Mitteln: „mit herkömmlichen, den taktisch-atomaren und den nuklear-strategischen Waffen". Jedes dieser drei Elemente müsse kraftvoll genug sein, um den Auftrag nötigenfalls allein zu lösen. Also auch die „klassischen Truppen", die deshalb über eine überzeugende operative Konzeption" verfügen müßten sowie über „eine vorbildliche Bewaffnung und sowie die Aufstellung politisch realisierbarer Ziele". Man setze in der Bundeswehr auf die Selbständigkeit der Unterführer, auf die technische Überlegenheit des Leopard II sowie ebenfalls auf die verbundene Gefechtsführung, wozu dann auch der Panzerabwehrhubschrauber gehöre.

„Hunderte Kilometer dehnt sich ihr Kampffeld." (Das der Panzerabwehrhubschrauber) „Die Kombination Panzer plus Panzerabwehrhubschrauber ergibt eine elastische und bewegliche Verteidigungsfront in Breite und Tiefe ausrüsten. Bei jetzt schon 300 modernen T 72 auf der anderen Seite und insgesamt 16 000 Panzern des Warschauer Paktes ist das eine strategische Notwendigkeit."

Jetzt folgt der vorbereitete Kerngedanke:

„Raum ohne Tiefe

Doch wo soll die Tiefe hergenommen werden, die zur dynamischen Abwehr eines möglichen Feindes gebraucht wird? Unser Operationsgebiet ist nach dem Westen hin zu schmal. Wir können auch nicht linear verteidigen. Die Gegenseite zerschmetterte mit ihrem Massenaufgebot sofort jede Stellung. Wir können aber auch keinen Raum aufgeben. Denn unser Raum ist Siedlungsgebiet und Produktionsstätte. Allein in dem hundert Kilometer breiten Streifen entlang der innerdeutschen Grenze und der Tschechoslowakei wohnen 30 Prozent unserer Bevölkerung. Ein Viertel unserer Industrie ist hier konzentriert. Wenn wir so schnell sein wollen wie die Angreifer, wenn wir ihnen in einer Krisensituation den Anfangserfolg verwehren wollen, müssen wir darum planen, die Tiefe, die die Beweglichkeit des modernen Krieges verlangt, ‚vorwärts' zu suchen. Aus der Vorneverteidigung muß eine Vorwärtsverteidigung werden. Nur die Drohung mit dieser Form der kriegerischen Aktion schreckt auch konventionell ab."

Äußerst nützlich ist die bürgerliche Presse für die herrschende Klasse. Sie erlaubt wie in diesem Fall die öffentliche Verkündung der Angriffsplanung durch die Bourgeoisie, während ihre Regierung „Friedensgespräche" und Konferenzen durchführt. Wie würde es auch zu KSZE-Zeiten wirken, wenn die Bundesregierung erklären würde:

„Zum Zweck der Abschreckung planen wir, die DDR, die Tschechoslowakei und Teile von Polen anzugreifen und zu besetzen, falls wir es für nötig halten, um in einem Krisenfall unserem Gegner einen Anfangserfolg unmöglich zu machen. Dies tun wir, um den nötigen Raum zu unserer Verteidigung zu haben. Weil unsere Panzerabwehrhubschrauber mehrere hundert Kilometer Raum brauchen, kann es leicht sein, daß diese unsere Verteidigung noch weiter ostwärts beginnen muß."

Nichts anderes hat Weinstein erklärt. Die „Vorwärtsverteidigung" hat, etwas weiter gedacht, noch ungeheure Möglichkeiten: Man kann zum Beispiel mit gutem Recht die Ukraine besetzen wegen der dort vorhandenen Raketensilos, die zweifellos einem „Anfangserfolg" des Gegners nutzen würden! Wir können sicher sein, daß es sich *nicht* um die versponnenen Gedanken eines senilen Offiziers mit imperialistischen Fieberträumen handelt, sondern um das Kalkül des westdeutschen Generalstabs, also des militärischen Planungsausschusses der Bourgeoisie. Der Herr Oberst a.D. Weinstein und seine Zeitung sind *eng* mit ihm verbunden.

Der imperialistische Krieg ist ein Raubkrieg zwischen Räubern. Weinstein, mit dem Instinkt dessen begabt, der aus fremder Arbeit schmarotzt, weiß, wie wichtig „unsere Produktionsstätten" sind. Denn *darum wird der Krieg um Europa geführt,* um die Beherrschung von Arbeitern und den Produktionsmitteln, die zur profitbringenden Ausbeutung dieser Arbeiter nötig sind. Die sozialimperialistische Gier nach den Profitquellen Westeuropas ist bekannt. Bekannt ist auch, daß die US-Imperialisten große Mengen Kapital in Westeuropa „angelegt" *haben* und keineswegs bereit sind, diese einfach herzugeben. Nicht nur das, sie haben ebenso wie die BRD-Imperialisten großen Appetit auf die Länder Osteuropas. Polen, seine erfahrene Arbeiterbevölkerung, seine Rohstoffquellen, seine Fabriken unter Kontrolle haben! Die Tschechoslowakei, eines der höchstindustrialisierten Länder überhaupt! Und, wenn möglich, auch die Sowjetunion, oder zumindest Teile davon. Keine Träume, sondern *Absichten* der Imperialisten. Seit Adenauer erklären die westdeutschen Monopolkapitalisten ihre Gier auf Osteuropa. Die Eroberungstaktik hieß „Roll Back" und war fertig geplant. Die Umwandlung der Sowjetunion in einen ebenso raubgierigen imperialistischen Räuber führte dazu, daß die militärische Lage für die westdeutsche Kapitalistenklasse sich änderte, daß sie umrüsten mußte, weil die sozialimperialistischen Expansionsinteressen – im Gegensatz zur sozialistischen Sowjetunion – einen Angriff auf das Gebiet der westdeutschen Kapitalisten möglich machten. Daran war nichts „Friedliches" oder „Defensives".

Die Imperialisten bereiten den Krieg, der die aus der imperialistischen Konkurrenz erwachsenden Widersprüche lösen soll, zielstrebig vor. Dazu gehört auch die Planung der „elastischen Vorwärtsverteidigung".

Es ergibt sich für die Imperialisten ein Problem. Sie haben bisher schon immer behauptet, ihre Armee diene allein der „Verteidigung". Jetzt erklären sie, sie diene der Verteidigung, nur müsse diese sich mehrere hundert Kilometer weit ostwärts abspielen. Natürlich ging es auch bisher nicht um „Verteidigung", sondern um *Verteidigung und Mehrung des Profits.* Bekannt ist das fortwährende Stöhnen der Bourgeois über die mangelnde „Verteidigungsbereitschaft" der Arbeiterklasse, aus deren Reihen die Masse der Soldaten kommt. Wie soll jetzt die Arbeiterklasse für die „Vorwärtsverteidigung" gewonnen werden?

Eine der wesentlichen Quellen der Ablehnung des imperialistischen Krieges sind die Erfahrungen der Arbeiterklasse aus zwei Weltkriegen. Die Erfahrungen, daß die Arbeiter für die Interessen der Imperialisten in Kriegen, die diese vom Zaun gebrochen hatten, sich millionenfach hinmetzeln lassen mußten. Die Wiederentdeckung der „Vorwärtsverteidigung" kann nicht gehen, ohne daß die Bourgeoisie große Anstrengungen zur *Rechtfertigung des letzten Raubkrieges unternimmt* und zur Zerstörung der Erfahrungen der Arbeiterklasse.

Joachim Fest ist einer von sechs Herausgebern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", als solcher eng mit Weinstein verbunden, Leiter des Kulturteiles und „Hitler-Forscher". Seit über 10 Jahren forscht er, herausgekommen sind eine Biographie und ein Film mit dem Titel „Hitler – eine Karriere", der jetzt in den Kinos läuft. Der „Spiegel" strickt bereits seit Jahren an der Legende vom großartigen Feldherrn Hitler, der durch die Unfähigkeit seiner Generale, die seinem Genie nicht folgen konnten, den Krieg verlor. Jetzt wird die politische und „menschliche" Seite an der Ausgeburt der imperialistischen Weltherrschaftspläne der deutschen Finanzbourgeoisie und skrupellosen Verkörperung der Bestialität, mit der die Imperialisten den Profit verfolgen, „rehabilitiert". Vor allem kommt es Fest auf eins an:

„Hitler war weder käuflich noch im Bund mit dem Großkapital." Sondern: „Sein Ziel war es, gesellschaftliche Barrieren niederzureißen und die Volksgemeinschaft zu schaffen."

Die „Volksgemeinschaft" in der „Vorwärtsverteidigung" auf dem Weg nach Osten also. Andere Bourgeoisautoren ergänzen, machen Hitler „sympathisch", er habe nie von der Vernichtung der Juden gewußt. Die „Welt am Sonntag" beschreibt die „Hinwendung des Diktators zur modernen Technik, seine prophetische Vorausschau der Zukunftsprobleme, etwa des Umweltschutzes, der Energieverknappung und der Überurbanisierung".

„Prophetisch" der Hitler! Auch heute wegen „knapper Energie" und „Überurbanisierung" („Volk ohne Raum") zu den Waffen?

Die historische Lüge soll eine neue Generation Arbeiter auf die Schlachtfelder treiben helfen. Die westdeutsche Bourgeoisie bereitet den Krieg „offensiv" und „elastisch" vor. Nicht unbedingt ein neuer Hitler, aber ein Krieg à la Hitler, mit der Aussicht, ihn mit Hilfe der Verbündeten diesmal zu *gewinnen.* Es gibt überhaupt keinen Anlaß, die westdeutsche Monopolbourgeoisie inklusive ihrer Söldlinge Weinstein und Fest bis dahin an der Macht zu lassen. – (Z-Red.)



– 40-Stunden-Woche!
– Früher Dienstschluß am Wochenende!
– Reinigung von Ausrüstungsgegenständen usw. während der Dienstzeit!
– Abschaffung des Erlasses „Erzieherische Maßnahmen"!

Sofortige Freilassung von H. Kaiser!

Die Forderung nach sofortiger Freilassung von H. Kaiser, Einstellung aller Verfahren und Demonstrations- und Rederecht wird unterstützt von 28 Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Nordhorn; Chilekomitee Kiel (einstimmig), Fachschaftsgruppe für Sozialwesen in Kiel (mehrheitlich); den drei Teilnehmern der Sitzung des Fachschaftsrates Slavistik in Göttingen; der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden in Hamburg; der Lehrveranstaltung „Kommunikation in der Hauptschule" in Bremen und den Teilnehmern einer Diskussionsrunde zur Militärfrage am 29.6. in Bremen.

Fregatten für Nigeria

München. Der Rüstungskonzern Dornier hat nach Angaben auf einer Betriebsversammlung Subaufträge für die beim Bau der Bundeswehrfregatten federführende Vulcan-Werft in Bremen erhalten. Daß es sich hierbei um einen Großauftrag handelt, ließ der Betriebsrat durchblikken. Angeblich geht es nicht nur um die Fregatten, die die Bundeswehr in Auftrag gegeben hat, sondern auch um Fregatten, die die Bundesregierung nach Nigeria liefert. Nach der Ausstattung der nigerianischen Luftwaffe durch Dornier jetzt die Ausstattung der nigerianischen Marine. Dahinter steckt nichts anderes als die imperialistische Expansion des BRD-Imperialismus, der Nigeria ökonomisch und militärisch von sich abhängig und der nationalen Reichtümer heranzukommen.

Tödliche Arbeitshetze für Zivildienstleistende

Osnabrück. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) wirbt für seine Aktion „Essen auf Rädern" so: „Essen auf Rädern ist für viele unserer älteren Mitbürger die einzige Möglichkeit, um nicht ins Alten- oder Pflegeheim eingeliefert zu werden". Mit der Durchführung dieser Aktion sind ausschließlich Zivildienstleistende beauftragt, die unter dem Motto ‚Dienst am Menschen' jeden Mittag ihren Hals riskieren müssen. Vier Minuten Zeit haben sie für die Fahrt zum Kunden. Warten, bis geöffnet wird, hochrennen, das Essen abgeben und mit den Leuten reden (oft ist man der einzige, den die alten Menschen am Tag zu sehen bekommen.) und wieder runterlaufen.

15,70 DM bzw. 17,20 DM bekommen die Zivildienstleistenden für die gefährlichen Touren. Am 25.2., 13.4., am 7.6. und am 23.6. sind aufgrund dieser Arbeitshetze Unfälle passiert, einer beinahe tödlich.

Die Zivildienstleistenden fordern zusätzlich zu diesen drei Touren eine vierte, um die Arbeit nicht mehr unter Lebensgefahr durchführen zu müssen und um mehr Zeit für die alten Menschen zu haben. Diese vierte Tour wird verweigert, weil sie ein zusätzliches Auto und daher mehr Geld bedeuten würde.

Der ‚Dienst am Menschen', mit dessen Hilfe die Zivildienstleistenden zu dieser Arbeit getrieben werden, sieht praktisch so aus: Das Essen kostet 4 DM, bzw. 4,80 DM für Zuckerdiät. Es ist wenig und schmeckt miserabel. Für den ganzen Monat sind das schon 120, bzw. 144 DM. Viele Rentner nehmen unter diesen Bedingungen nur drei oder vier Essen in der Woche.

Urlaub-Zwang zur Ausdehnung der Schichtarbeit

Unikliniken Heidelberg. Auf der Station Frerichs der Ludolf-Krehl-Klinik mit 20 Betten arbeiten normalerweise sechs Vollschwestern mit zwei Schülern in zwei Schichten. Jetzt sind drei Vollschwestern weggegangen, eine ist in Urlaub. Die Folge ist: Eine Schicht muß von einer Vollschwester mit 2 -3 Schülern bewältigt werden. Eine Schwester muß an zwei Wochenenden hintereinander Dienst machen.

Im Aufwachraum der Chirurgie arbeiten normalerweise 10 Beschäftigte, davon 2 Schüler. Einer ist jetzt in Urlaub. Es wird gesagt, jetzt würde weniger operiert, und, daß auch viele Chirugen in Urlaub sind. Das stimmt aber nicht, weil durch den Reiseverkehr vermehrt Autounfälle passieren und die Verletzten versorgt werden müssen. Das wirkt sich natürlich auch auf die Wachstation, den Operationssaal und die Unfallstation aus. Folgende Dienstanweisung der Oberschwester hing an den Heidelberger Unikliniken dazu aus:

Bereitschaftsdienst und Teildienst für examiniertes Personal an Wochenenden und Feiertagen. Dienstanweisung.

Ab sofort muß pro Etage eine examinierte Schwester, in der Zeit von 6.30 -20 Uhr anwesend sein. Das heißt, wenn auf einer Etage im Spätdienst keine ausgebildete Krankenschwester im Dienst ist, muß wechselweise eine Schwester der beiden Stationen, die Frühdienst hatte, von ca. 13-17 Uhr Bereitschaftsdienst übernehmen. Um 17 Uhr muß diese Schwester wieder zum regulären Dienst kommen, wobei sie für die ganze Etage verantwortlich ist. Derjenige, der Bereitschaftsdienst hat, muß im Hause bleiben. Beisel. leitende Krankenschwester. Dienst rund um die Uhr – das strebt der bürgerliche Staat für die Beschäftigten an den Krankenhäusern an.